

# Gedenkstätten- Nr. 30 / April 2023 / 2,- Euro Rundschau

*Gemeinsame Nachrichten von: Arbeitskreis „Wüste“ Balingen, Gedenkstätten KZ Bisingen, KZ-Gedenkstätten Eckerwald/Schörzingen und Dautmergen-Schömberg, Ehem. Synagoge Haigerloch, KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen, Alte Synagoge Hechingen, Stauffenberg Gedenkstätte Albstadt-Lautlingen, Löwenstein-Forschungsverein Mössingen, Ehem. Synagoge Rexingen, Gedenkstätte Synagoge Rottenburg-Baisingen, Ehem. Synagoge Rottweil, Geschichtswerkstatt Tübingen, Verein Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus, Tübingen*

## Vor 90 Jahren. Machtübernahme der Nationalsozialisten in der Universitätsstadt Tübingen und in der Region im Frühjahr 1933

*Martin Ulmer, Tübingen*

Im Landkreis Tübingen (damals Oberamt Tübingen und Rottenburg) zeichnete sich bei den Reichstagswahlen 1932 und im März 1933 eine deckungsgleiche geografische und politische Zweiteilung ab: Während in den Kommunen im Norden, Osten und Süden des Landkreises mit überwiegend protestantischer Bevölkerung – darunter die Gemeinden im Steinlachtal, Kirchentellinsfurt, die Gemeinden des heutigen Ammerbuchs sowie die Universitätsstadt Tübingen – die NSDAP stärkste Partei wurde, konnte das katholische Zentrum als Milieupartei im Westen seine Führungsrolle in der Bischofsstadt Rottenburg und dem katholischen Umland bis nach Tübingen behaupten.<sup>1</sup> Selbst im „roten Mössingen“, in dem bis 1930 über 40 Prozent der Bevölkerung für die Arbeiterparteien stimmte und dabei die KPD dominierte, erzielten die Nazis 1933 mit 54,7 Prozent hohe Gewinne und die KPD hatte nur noch rund 21 und die SPD 8,5 Prozent.<sup>2</sup> Bezeichnenderweise war bereits bei der Reichstagswahl im September 1930

1 Projektgruppe Heimatkunde des Nationalsozialismus am Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft: Nationalsozialismus im Landkreis Tübingen. Eine Heimatkunde. Tübingen 1988, S. 108.

2 Bernd Jürgen Warneken, Hermann Berner: Da ist nirgends nichts gewesen außer hier. Das „rote Mössingen“ im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfs. Mössingen-Talheim 2012, S. 73f.



*Übernahme des Tübinger Rathauses. Foto von Hugo Kocher vom 9. März 1933, in der Tübinger Chronik vom 10. März 1933. Bildnachweis: Stadtarchiv Tübingen*



**Zur Reichstagswahl am 5.3.1933 war das Mössinger Rathaus mit Hakenkreuzfahnen beflaggt. Bildnachweis: Stadtarchiv Mössingen**

*in den 1. Tagen nach dem 30. Januar berief Oberbürgermeister Scheef eines Vormittags die Vertreter der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zu einer vertraulichen Sitzung zur Stellungnahme zu dem Antrag der Nationalsozialisten, die Hakenkreuzfahne auf dem ehrwürdigen Rathaus der Stadt aufzupflanzen. Ein Dozent der Universität, Bebermayer, und*

*ein anderer Nazi, vermutlich Weinmann, (...) hatten dieses Verlangen an Scheef herangebracht. Anwesend waren die Deutschnationalen, das Zentrum, die Sozis, die deutsch-demokratische Partei, repräsentiert durch mich, (...) der christl. Volksdienst. Ich selbst gab der Ansicht Ausdruck, dass die Stadtvertretung keinen Anlass habe, auf dieses Verlangen einzugehen und abwarten könne, ob eine Anordnung der Regierung erfolgen werde. Die Stimmung war sehr verängstigt und führte zu keiner offenen Aussprache seitens der politischen Gegner der Nazis und man ging auseinander, ohne einen Beschluss zu fassen, man überliess die Entscheidung dem Oberbürgermeister, der dann auch schon bald die Hissung des Hakenkreuzes, sei es aus eigenem Entschluss,*

3 Ebd., S. 193 ff.

4 Urban Wiesing, Klaus-Rainer Brintzinger, Bernd Grün, Horst Junginger, Susanne Michel (Hg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Stuttgart 2010.

5 Geschichtswerkstatt Tübingen (Hg.): Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden. Stuttgart 1995, S. 81 ff.; Benigna Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus. Tübingen 1991, S. 73 ff.

6 Schönhagen 1991, S. 107.

7 Den Begriff prägte der Historiker Frank Bajohr. Siehe Frank Bajohr: Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hrsg.): Hamburg im „Dritten Reich“. Göttingen 2005, S. 69–121.

8 Simon Hayum. Erinnerungen aus dem Exil. Lebensweg eines Tübinger Bürgers. Herausgegeben von der Geschichtswerkstatt Tübingen. Kleine Tübinger Schriften Heft 29. Tübingen 2005, S. 163.

im protestantischen Mössingen der konservativ-pietistische Christlich Soziale Volksdienst (CSVD) mit 39 Prozent stärkste Partei geworden. Der große Wahlerfolg der NSDAP 1933 und das schlechte Ergebnis für die Arbeiterparteien ist auf die Wählerwanderung vom CSVD zu den Nationalsozialisten und auf die hohe Beteiligung von Nichtwählern zurückzuführen, die – wie im Deutschen Reich – vorwiegend für Hitler votierten. Zuvor gelang den Arbeitern in Mössingen ein eintägiger Generalstreik am 31. Januar 1933 gegen die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler. Diese einzige kollektive und couragierte Widerstandsaktion in ganz Deutschland endete mit Staatsrepressionen gegen zahlreiche Streikende durch die noch nicht gleichgeschaltete Justiz und Polizei.<sup>3</sup>

### **Tübingen als Schrittmacher des Nationalsozialismus**

Das bürgerlich-protestantische Tübingen war bereits vor 1933 eine Hochburg des Nationalsozialismus und der Deutschnationalen Volkspartei. Die Universität<sup>4</sup>, die Beamtenschaft und der gewerbliche Mittelstand wählten zusehends die NSDAP. Nationalistische und völkische Aufzüge, Umtriebe und Angriffe der Studentenschaft gegen politische Gegner, demokratische Institutionen, Juden und Arbeiter prägten die Weimarer Republik.<sup>5</sup>

Die Studenten und die meisten

Professoren waren die Schrittmacher in die völkische Diktatur. Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 erreichten in Tübingen die Nationalsozialisten 49,2 Prozent und die Deutschnationale Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 12,8 Prozent der Stimmen.<sup>6</sup> Damit hatte die Hitler-Hugenberg-Regierung in Tübingen eine deutliche Mehrheit und auch deutlich mehr Stimmen als im Reichsdurchschnitt, wo die NSDAP bei 43,9 Prozent und die Deutschnationalen bei 8 Prozent lagen. Die liberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) hatte in ihrer einstigen Hochburg lediglich knapp 4 Prozent erzielt, während Zentrum, SPD und KPD auf schwachem Niveau stabil blieben. Es war das nach rechts gedriftete protestantische Bürgertum, das für die „Zustimmungsdiktatur“<sup>7</sup> in Tübingen votierte.

Der jüdische Rechtsanwalt und Fraktionschef der DDP-Gemeinderatsfraktion Dr. Simon Hayum erinnert sich an nationalsozialistische Machtübernahme: „*Hatte vorher schon das ‚Juda verrecke‘ in Wort und Schrift die Öffentlichkeit beherrscht, so tobte nun der Antisemitismus ungehemmt auf der Strasse in den Chören der marschierenden Kolonnen der Nazis und in der sofort umgeschalteten Tübinger Chronik.*“<sup>8</sup> Und weiter „*Ich war damals noch Mitglied des Gemeinderats der Stadt Tübingen. Schon*

sei es infolge Veranlassung der Regierungsbehörden anordnete.“<sup>9</sup>

Am 9. März besetzten die Nationalsozialisten das Rathaus. Zeitgleich hissten zwei radikale Studenten und spätere SS-Täter die Hakenkreuzfahne auf dem Zentralgebäude der Universität, der Neuen Aula.

### Sehr hohe Zustimmung an der Universität

An der Universität Tübingen herrschte bereits vor 1933 eine jüdenfeindliche Atmosphäre. Der Biologe Ernst Lehmann schrieb 1935: „Jüdische Professoren hat Tübingen, ohne viel Worte zu machen, stets von sich fern zu halten gewusst.“<sup>10</sup> Während der Weimarer Republik von 1919 bis 1933 gab es nur einen jüdischen Lehrstuhlinhaber, der Tübingen bereits 1931 verließ. Zahlreiche Professoren bekundeten nach der Machtübernahme 1933 ihre Treue zur neuen nationalsozialistischen Regierung. Angehörige der Universität trieben die Selbstgleichschaltung der Hochschule bereitwillig voran. Neue Institute wie das Institut für Volkskunde und das Institut für Rassenkunde auf dem Tübinger Schloss entstanden, um die Verbrechen der Nazis pseudo-wissenschaftlich zu legitimieren. An den Universitätskliniken wurden ab Sommer 1933 rund 1.100 Menschen sterilisiert, die nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1933 zu „Erbkranken“ gemacht worden. Mehr als ein Dutzend SS-Kriegsverbrecher hatten sich im deutschnational und völkisch-antisemitisch geprägten akademischen Milieu der Universitätsstadt als Studenten politisiert und machten später Karriere in den Partei- und Polizeistellen des nationalsozialistischen Deutschland. Sie waren an Verbrechen bis hin zur Leitung von Erschießungskommandos und Deportationsplanungen beteiligt.<sup>11</sup>

### Zerschlagung der Arbeiterbewegung

In katholischen Landstrichen und gegenüber politischen Gegnern und Juden gingen die Nazis zusammen mit der württembergischen Polizei mit massivem Terror, Propaganda und Einschüchterungen vor. Den Indif-

ferenten und NS-Anhängern lockte dagegen die Verheißungen der »deutschen Volksgemeinschaft«.

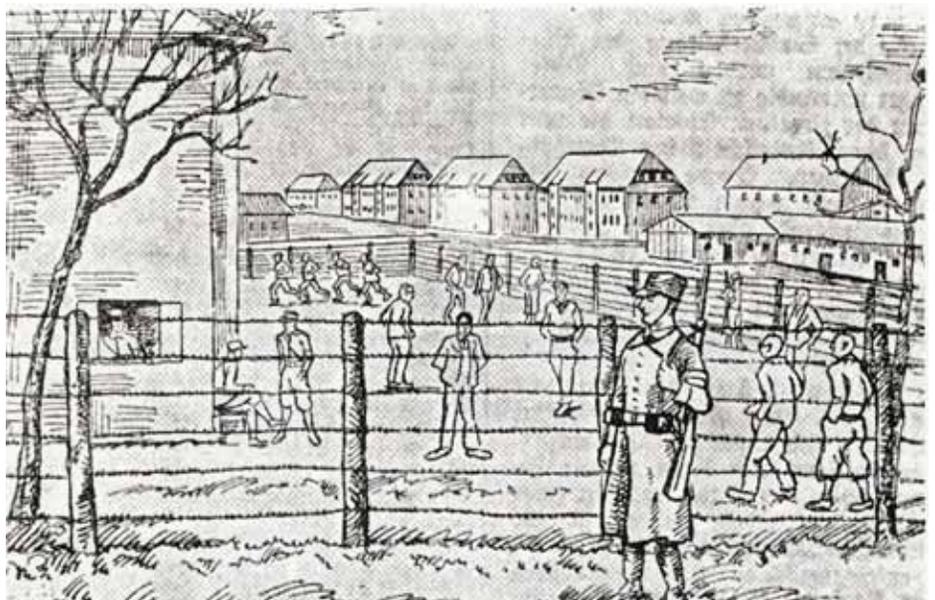
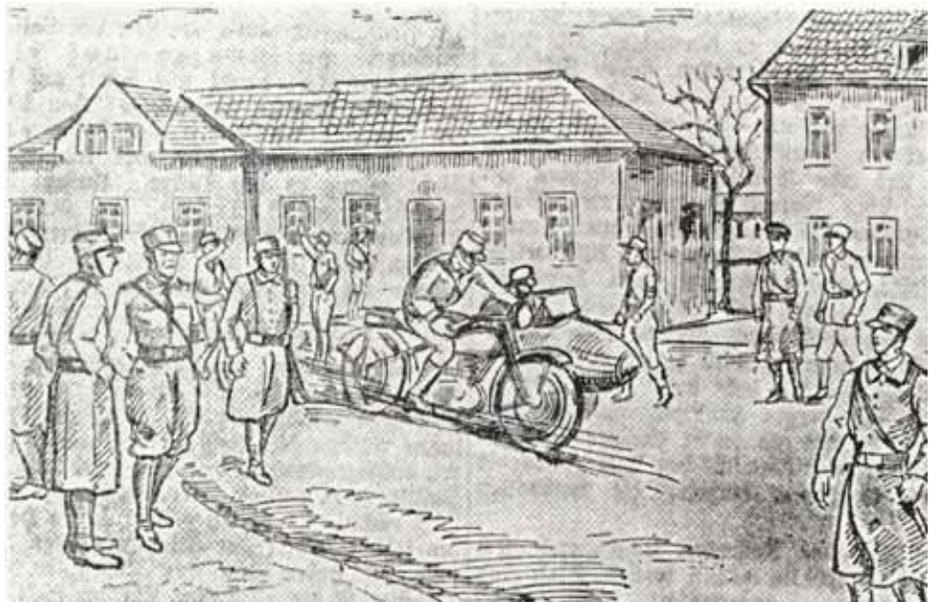
Rasch nach dem Wahlsieg am 5. März 1933 begannen die Nationalsozialisten Mitte März mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung d.h. ihrer Institutionen und der Verfolgung der politischen Gegner. Aus Tübingen wurden 27 Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter ins neu eingerichtete Konzentrationslager Heuberg in Stetten am Kalten Markt verschleppt. Nachdem 58 Mössinger Streikteilnehmer im Februar 1933 verhaftet und in verschiedenen Gefängnissen festgehalten wurden,

brachte das Landjägerkommando Rottenburg im Auftrag des Landespolizeipräsidiums im April 1933 drei weitere Kommunisten in das KZ Heuberg. In dem Lager wurden im Frühjahr 1933 2.000 Menschen aus Württemberg und Hohenzollern mit

<sup>9</sup> Ebd., S. 161 f.

<sup>10</sup> Zitiert in: Poliakov, León /Wulf, Joseph: Das Dritte Reich und seine Denker, Gütersloh 1959, S. 421, zitiert in: Uwe Dietrich Adam.: Hochschule und Nationalsozialismus: Die Universität Tübingen im Dritten Reich, Tübingen 1977, S. 30.

<sup>11</sup> Michael Wildt: „Von der Universität ins Reichssicherheitshauptamt. Tübinger Exekutoren der ‚Endlösung‘“, In: Wiesing 2010, S. 791-807; Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003.



**Bilder vom „Besuch im Schutzhaftlager Heuberg“, Rottenberger Zeitung, 15.4.1933. Der Kommentar zum oberen Bild lautete: „SA-Posten bewachen die Lager der Heubergstadt, in deren Straßen sich buntes Leben abspielt.“ Bildquelle: Nationalsozialismus im Landkreis Tübingen. Eine Heimatkunde, S. 257**

Drill, Terror und Einschüchterung festgehalten.<sup>12</sup> 7 linke Funktionäre wurden zudem in Dettenhausen, 13 in Pfrondorf, 13 in Gomaringen, 10 in Hagelloch und 15 in Lustnau von der Polizei und SA verhaftet.<sup>13</sup> Schließlich wurden Ende März 1933 reihenweise die Arbeitersportvereine verboten und ihre Heime wie das Turnerbund-Haus in Tübingen besetzt und die Hakenkreuzfahne gehisst.<sup>14</sup> Am 2. Mai stürmten die lokalen Nazis die Häuser der Gewerkschaften und beschlagnahmten deren Vermögen und politische Unterlagen. Auch in Tübingen wurden Gewerkschaftler verhaftet. Dem Gewerkschaftsvorsitzenden Heinrich Kost gelang es jedoch, die Protokollbücher in der elterlichen Scheuer zu verstecken.<sup>15</sup>

Am 24. März 1933 stimmte der Reichstag mit breiter Mehrheit gegen die Stimmen der SPD für das Reichsermächtigungsgesetz und die Beseitigung der Demokratie und des Rechtsstaats.<sup>16</sup> Auch alle Reichstagsabgeordneten des katholischen Zentrums, darunter der von den Nazis abgesetzte württembergische Staatspräsident Eugen Bolz aus Rottenburg, votierten für die Ermächtigung. Die KPD war nach dem Reichstagsbrand vom 28. Februar im März bereits verboten worden. Nun war der Weg frei für die radikale Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft zur Sicherung der totalitären Macht der Nationalsozialisten.

### Gleichschaltung des Tübinger Gemeinderats

Aufgrund dieser „Machtergreifung“ erzwang die Reichsregierung Ende März 1933 das vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder.<sup>17</sup> Das Gesetz sah die Auflösung der frei gewählten Gemeinderäte vor. Dies wurde in der Sitzung am 31. März im Tübinger Rathaus vollzogen. Alle 28 Tübinger Stadträte verloren ihr Mandat. Die württembergische Staatsregierung entthob den kommunistischen Stadtrat Hugo Benzinger bereits am 28. März 1933 mit sofortiger Wirkung vom Amt.<sup>18</sup> Der DDP-Fraktionsvorsitzende und jüdische Rechtsanwalt Simon Hayum kam seiner Zwangsenthebung und der drohenden Demütigung im Gremium durch ein Rücktrittsgesuch zuvor.<sup>19</sup>

Im April wurde der Gemeinderat auf der Grundlage des Gesetzes der württembergischen NS-Staatsregierung über die „Neubildung der aufgelösten Gemeinderäte vom 12. April“ neu gebildet. Die Basis bildeten die für die Nationalsozialisten günstigen Wahlergebnisse der Reichstagswahl vom März 1933, abzüglich der Stimmen für die KPD. Dieser Wahlerfolg, das KPD-Verbot und die Verkleinerung des Gemeinderats von 28 auf 22 Sitze bescherten den Nationalsozialisten mehr als Hälfte der Sitze. Hinzu kam der gemeinsame Wahlvorschlag von NSDAP und Deutschnationalen, der ihnen eine deutliche Zwei-Drittel-Mehrheit erbrachte. Der verkleinerte Gemeinderat hatte folgende Zusammensetzung: 13 Sitze für die NSDAP, drei Sitze für die Deutschnationalen, drei für die SPD, zwei für das Zentrum und ein Sitz für den CSVD. Bei der Konstituierung des gleichgeschalteten Gemeinderats am 4. Mai 1933 betonte die NSDAP ihre neue Weltanschauung und ihren totalen Machtanspruch. Damit entstand in den ersten Sitzungen bereits ein enormer Druck auf Konformität, der auf den sechs Stadträten von SPD, Zentrum und CSVD lastete.

Zur Agitation des NSDAP-Fraktionsvorsitzenden Dr. Ernst Weinmann



**Rechtsanwalt und linksliberaler Fraktionsvorsitzender Dr. Simon Hayum.**  
**Bildnachweis: Stadtarchiv Tübingen**

herrschte im Gemeinderat allgemein beredtes Schweigen: „*Freudig übernehmen wir die Verantwortung die uns durch das Vertrauen unseres Führers uns übertragen worden ist, getreu unseres Programms.*“<sup>20</sup> Seine Anträge auf die Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler und die Umbenennung der Mühlstraße in Adolf-Hitler-Straße wurden kommentarlos und einstimmig beschlossen. Das Resultat spiegelte das Klima der Einschüchterung gut wieder. Nur der anwesende SPD-Stadtrat Arno Vödisch setzte seine Unterschrift nicht unter das Sitzungsprotokoll.<sup>21</sup>

Bei der Besetzung der Ausschüsse in der Gemeinderatssitzung am 8. Mai kam es zum Widerspruch des Zentrums, weil die NSDAP sich diktatorisch weigerte, der demokratischen Minderheit überhaupt Ausschusssitze einzuräumen. Fraktionschef Weinmann bestand mehrfach auf die Besetzung allein durch seine Mehrheitsfraktion, weil diese jetzt allein die gesamte Verantwortung in der Gemeindepolitik tragen würde. Die beiden Stadträte vom Zentrum wehrten sich gegen den Machtmissbrauch. Josef Held fand deutliche Worte: Es berühre ihn peinlich, wenn sofort zu Beginn der gemeinsamen Arbeit die Nationalsozialisten die anderen Fraktionen von der Mitarbeit ausschalten würden, gab er zu Protokoll.<sup>22</sup> Die SPD-Stadträte äußerten sich nicht. Schließlich führte die Wahl zur alleinigen Besetzung der Ausschüsse mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Als der Stadtrat Paul Schwarz vom Zentrum weiter um einen Ausschusssitz bat und dieses

12 Warneken, Berner 2012, S. 231.

13 Projektgruppe 1988, S. 254.

14 DGB Tübingen (Hg.): Arbeitertübingen. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in einer Universitätsstadt. Tübingen 1980, S. 210 ff.

15 Ebd., S. 215f. und S. 220f.

16 Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München 1997, S. 448 f.

17 Ebd., S. 490f.

18 Geschichtswerkstatt Tübingen (Hg.): Zerstörte Demokratie. Zwangsweise ausgeschiedene Tübinger Stadträte 1933. Eine Dokumentation Tübingen 2013, S. 16.

19 Stadtarchiv Tübingen: A 150/275, Schreiben von Hayum an OB Scheef vom 31.3.1933.

20 Stadtarchiv Tübingen: Gemeinderatsprotokoll vom 4.5.1933, § 250.

21 Ebd.

22 Ebd.: Gemeinderatsprotokoll vom 8.5.1933, § 255.



**SA-Marschkolonne und »Volksgemeinschaft« in Tübingen. Aufmarsch Erntedankfest, 6. Oktober 1935.  
Bildnachweis: Foto: Kleinfeldt / Stadtarchiv Tübingen**

Ansinnen vom Stadtrat des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Otto Kübler, unterstützt wurde, machte Weinmann im Falle des Zentrums eine Ausnahme. Gleichzeitig betonte er scharf: „*Insbesondere lehne er es prinzipiell ab, mit dem Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in einem Ausschuss zusammenzuarbeiten.*“<sup>23</sup>

Dies war ein klares Signal, dass jede Basis für eine sachliche und demokratische Zusammenarbeit seitens der NSDAP vorbei war und bei Widerspruch und Widerständigkeit Repressalien drohen würden. Zur nächsten Sitzung legten die drei SPD-Stadträte ihr Mandat nieder.<sup>24</sup> Durch die Beschlagnahmung des Parteivermögens der SPD und der damit verbundenen Auflösung des Ortsgruppe sowie der Verfolgung von führenden Parteifunktionären standen die SPD-Parlamentarier inner- und außerhalb des Rathauses unter massivem Druck. Sie sahen trotz Appellen der Landespartei, standhaft in den Gremien auszuharren, keine Arbeitsgrundlage mehr, weil die lokale SPD dem neuen Regime

auch keine Legitimation verschaffen wollte.<sup>25</sup> Die Stadträte des Zentrums verließen Anfang 1934 das Gremium. Eine der ersten Maßnahmen der NSDAP-Fraktion war das Zutrittsverbot für Juden im Freibad im Mai 1933, das erste Freibadverbot im nationalsozialistischen Deutschland.

Der seit 1927 amtierende Oberbürgermeisters Adolf Scheef (bis 1933 DDP) bekräftigte von Beginn an sein Arrangement mit den neuen Machthabern.<sup>26</sup> Er wurde zwar kein Parteimitglied, förderte den Nationalsozialismus nach Kräften, z.B. den Ausbau von Tübingen zur Parteistadt. Er blieb bis zur Pensionierung 1939 im Amt.

### **Die Gleichschaltung in einzelnen Kreisgemeinden**

Über die Kreisgemeinden Dettenhausen und Reusten (heute Ortsteil von Ammerbuch) ist bekannt, dass aufgrund der sozialen Nähe im Dorf die Gleichschaltung nicht so reibungslos verlief wie in Tübingen. Da in Dettenhausen ein Teil der Dorfbewohnerschaft links eingestellt war, hatte

NSDAP-Ortsgruppenleiter Zeyer offenbar Schwierigkeiten, den Gemeinderat gleichzuschalten. Die SPD, der noch Sitze zustanden, reichte keine Liste ein, wohl um dem Nationalsozialismus die Unterstützung zu verweigern. Daher bestimmte der braune Ortsführer alle acht neuen Gemeinderäte für die NSDAP. Der Ortsgruppenleiter machte Konzessionen, um den geschassten Räten einen sozialen Ausgleich anzubieten, damit seine Macht nicht gefährdet war.<sup>27</sup> Auch in Reusten bestimmte der Ortsgruppenleiter nach der Auflösung des Gemeinderats die neuen Mitglieder, allesamt Nationalsozialisten oder Sympathisanten; es war jedoch nach Aussagen eines Zeitzeugen schwer, politisch geeignete Personen zu finden und die entlassenen Gemeinderäte waren sehr verärgert.<sup>28</sup>

<sup>23</sup> Ebd.

<sup>24</sup> Ebd.: A 150/276, Auszug aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 15.5.1933, § 276.

<sup>25</sup> Geschichtswerkstatt 2013, S.20.

<sup>26</sup> Ebd.

<sup>27</sup> Projektgruppe 1988, S.110.

<sup>28</sup> Ebd., S. 111.

## Gleichschaltung und Selbstgleichschaltung der Presse und Vereine

Die einst liberale Tübinger Chronik (heute Schwäbisches Tagblatt) war seit dem Verkauf durch den jüdischen Verleger Albert Weil an den deutschnationalen Karl Höhn Ende 1930 deutlich nach rechts gerückt. Der Sohn Hermann Weil wurde als Geschäftsführer eingesetzt und musste im September 1933 die Zeitung verlassen. Er wurde mehrfach auf der Straße bedroht und beschimpft.<sup>29</sup>

Obwohl die Tübinger Chronik 1933 die Machtübernahme des Nationalsozialismus begrüßte, machten die Nazis wegen „jüdischem Einfluß“ in der Redaktion und zur Einverleibung in die württembergische NS-Presse massiv Druck: Die Tübinger Chronik wurde Ende August 1933 vorübergehend verboten, Hermann Weil wurde entlassen und Karl Höhn verkaufte im Dezember 1933 das Blatt an die NS-Presse.<sup>30</sup> Die endgültige Gleichschaltung der Presse war vollzogen.

Ähnlich erging es der Rottenburger Zeitung im Sommer 1933. Das Blatt hat sich im Gegensatz zur Tübinger Chronik im Wahlkampf zur Reichstagswahl 1933 noch unerschrocken für die Weimarer Demokratie und das Zentrum eingesetzt.<sup>31</sup> Der verantwortliche Redakteur Fritz Kiefer wurde Anfang März in „Schutzhaft“ genommen. Er kam zwar nach zehn Tagen frei und arbeitete noch drei Wochen. Doch Rottenburger Nazis terrorisierten ihn und seine Familie und er wurde als „schwarzer Hund“ beschimpft. Er floh im Sommer 1933 mit seiner Familie nach Brasilien. Der NS-loyale Redakteur Alfred Schwenger brachte das Zentrumsblatt im Sommer 1933 schließlich auf Linie.

Während die Arbeitervereine verboten wurden, passten sich die bürgerliche Vereine freiwillig der nationalsozialistischen Ideologie und Politik an. Sie nahmen Bekenntnisse zum Nationalsozialismus sowie das Führerprinzip in ihre Versammlungen und Statuten auf, führten sogenannte „Arierparagrafen“ ein und schlossen Linke aus den Vereinen aus. Dazu gehörte z.B. der Schwäbische Albverein mit seinem Vorstand Eugen

*Plakat „Ein Volk. Eine Gemeinschaft. Ein Opferwille“. In Rottenburger Zeitung vom 3.11.1933.*

*Bildquelle: Nationalsozialismus im Landkreis Tübingen. Eine Heimatkunde, S. 174*



Nägele ebenso wie die Tübinger Gesangsvereine und Sportverbände, die auch Wehrsport zur Pflicht machten.<sup>32</sup> Der zum Christentum konvertierte Hans Spiro musste die Schriftführung bei den Tübinger Sportfreunden niederlegen und der Kassierer des Anwaltvereins Dr. Simon Hayum verlor seinen Posten. Diese freiwillige Selbstgleichschaltung des öffentlichen Lebens war Ausdruck der breiten Zustimmung zur sich formierenden Volksgemeinschaft.

### Volksgemeinschaft und Ausgrenzung

In Tübingen zelebrierten der Kreisleiter Helmut Baumert und die NS-Organisationen bei allen sich bietenden Anlässen die Volksgemeinschaft mit zahlreichen Feiern wie dem 1. Mai, den Erntedank-Umzügen und Heldengedenktagen. Marschkolonnen der SA, Wehrmacht und der Hitlerjugend und Hakenkreuz-Fahnen prägten das Tübinger Stadtbild.<sup>33</sup> Die Mitglieder der Volksgemeinschaft profitierten von der NS-Wohlfahrt, z.B. den Spenden aus dem Winterhilfswerk und durch die „Kraft durch Freude“-Reisen. Viele Menschen machten begeistert

mit, wie aus Interviews von Tübinger Bürger:innen und zeitgenössischen Fotos bekannt ist. Neben der Hitlerjugend und dem Bund Deutscher Mädel war auch der NS-Lehrerbund an der Indoktrination junger Menschen beteiligt. Zugleich wurden Juden, politische und kirchliche Gegner, Sinti und Roma, Homosexuelle, geistig und psychisch kranke Menschen und sogenannte „Asoziale“ aus der deutschen Volksgemeinschaft gezielt ausgeschlossen. Bereits im Frühjahr 1933 bekam die jüdische Bevölkerung die Kaufboykotte und Berufsverbote sowie Übergriffe in Schulen und im Alltag massiv zu spüren.

<sup>29</sup> Ulrike Baumgärtner: Fluchtort Afrika. Von der Tübinger Chronik zur Kaffeeplantage. Hermann Weil in Tansania. In: Geschichtswerkstatt 1995, S. 358-364, S. 358.

<sup>30</sup> Hans-Joachim Lang: Die „Tübinger Chronik“ in der Ära Albert Weil. In: Geschichtswerkstatt 1995, S. 154-172, S. 167 ff.

<sup>31</sup> Projektgruppe 1988, S. 286, die weiteren Informationen hieraus.

<sup>32</sup> Schönhausen 1991, S. 143.

<sup>33</sup> Geschichtswerkstatt Tübingen: Tübingen im Nationalsozialismus, siehe <https://www.ns-akteure-in-tuebingen.de/bereiche/tuebingen-im-nationalsozialismus>

# Das Jahr 1933 im Spiegel einer demokratischen Zeitung in Horb, die sich zum NSDAP-Blatt entwickelt.

Heinz Högerle, Horb am Neckar



Das bürgerlich-demokratische Schwarzwälder Volksblatt mit seinem Titel vom 2. Januar 1933.  
Alle Bilder aus dem Zeitungsbestand des Ortsarchiv Rcxingen.

Am **2. Januar 1933** druckt das Schwarzwälder Volksblatt in Horb unter der Überschrift „**Es geht aufwärts!**“ Aussagen von angesehenen Unternehmern und Vertretern von Wirtschaftsverbänden. Dr.-Ing. Robert Bosch, der Stuttgarter Großindustrielle erklärte: „*Der Aufschwung in unserer Wirtschaft ist zu bemerken. ... Eine Verständigung mit Frankreich außenpolitisch und die Beseitigung der innenpolitischen Hemmungen würden Wunder tun.*“ Der Präsident der Internationalen Handelskammer, Abraham Frowein, war der Meinung: „*... daß der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise in Deutschland und der Welt überwunden ist und daß eine hoffnungsvollere Prognose für das Jahr 1933 durchaus nicht unbegründet ist.*“ Dr. Claude Dornier, der Mitinhaber der Dornier-Werke in Friedrichshafen, war zuversichtlich: „*... daß das Jahr 1933 eine Besserung der Gesamtlage bringen wird.*“ Und das Lichtspielhaus in Horb zeigte den Film „*Es wird schon wieder besser*“, in dem Heinz Rühmann sonnigen Optimismus ausstrahlte.<sup>1</sup>

Auf der Ebene der großen Politik in Berlin wurde gleichzeitig darüber spekuliert, ob eine Reichstagsauflösung notwendig sei. Die Nazis forderten „*Fort mit Schleicher*“ – dem amtierenden Reichskanzler, der mit Notverordnungen regierte. Die NSDAP, als stärkste Partei im Reichstag, hatte ein Misstrauensvotum

eingebraucht, über das am 24. Januar abgestimmt werden sollte.

Als demokratische Zeitung berichtet das Schwarzwälder Volksblatt über den Dreikönigstag der Deutschen Demokratischen Partei, wo Dr. Reinhold Maier die Aussage machte: „*Schleicher ist uns lieber als Papen und Hitler.*“

Am **26. Januar** dokumentiert die Zeitung die Erklärung des Parteivorstands der SPD, der Plan eines staatlichen Notstandsrechts von rechts laufe auf einen Staatsstreich hinaus, der einen rechtlosen Zustand schaffen solle, gegen den jeder Widerstand erlaubt und geboten sei. Bis dann am 31. Januar auf der ersten Seite die Meldung alles erschlägt: „**Hitler ist Reichskanzler**“ und der Untertitel verkündet: „*Die Lösung der Regierungskrise – Drei Nationalsozialisten in der Regierung<sup>2</sup> – Papen, Hugenberg und Seldte Reichsminister*“.

Der Reichstag wurde auf Druck der neuen Regierung am 1. Februar von Reichspräsident Paul von Hindenburg aufgelöst und Neuwahlen wurden für den 5. März angesetzt.

In den folgenden Wochen berichtet das Schwarzwälder Volksblatt über die Vorbereitungen der verschiedenen Parteien für die anstehende Reichstagswahl, und es kamen durchaus auch kritische Stimmen gegen die neue Regierung zu Wort. Am **9. Februar** erscheint der Artikel „*Rufer im Streit. Ein politisches Spektrum. Von links*

*nach rechts*“, in dem die Positionen der Deutschen Staatspartei, der SPD und der NSDAP vorgestellt werden.

Am **13. Februar** folgen die programatischen Aussagen des Bauernbundes und der Deutschen Demokratischen Partei. Am **14. Februar** wird in einem ganzseitigen Leitartikel auf der ersten Seite der Zeitung über das Wahlprogramm des Zentrums ausführlich informiert und aus einer Rede des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Eugen Bolz gegen die NSDAP zitiert.

Am **16. Februar** berichtet die Zeitung über den Wahlkampfauftritt von Adolf Hitler vor 7.000 Zuhörer\*innen in der Stuttgarter Stadthalle, die über den Rundfunk übertragen werden sollte, was durch einen Sabotageakt, bei dem das Übertragungskabel durchtrennt worden war, verhindert werden konnte. Am **20. Februar** dokumentiert das Volksblatt ausführlich eine Wahlveranstaltung, bei der der württembergischen Justizminister Dr. Josef Beyerle und Landesvorsitzender des Zentrum in Württemberg in Horb die Politik seiner Partei erläutert. Über den Ablauf der Veranstaltung wird bemerkt: „*Eine Störung wurde von keiner Seite versucht.*“

1 Zitate hier und im Folgenden jeweils aus Schwarzwälder Volksblatt. Die jeweilige Ausgabe ist mit Datum im Text angegeben.

2 NSDAP: Adolf Hitler, Reichskanzler; Wilhem Frick, Innenminister; Hermann Göring, ohne Geschäftsbereich

Am **28. Februar** lautet die Schlagzeile: *„Der Reichstag brennt“*. Es wurde angekündigt: *„Scharfe Maßnahmen gegen Kommunisten und Sozialdemokraten“*. Funktionäre und Abgeordnete der KPD seien verhaftet worden. Die kommunistischen Zeitungen seien für vier Wochen, die Zeitung der SPD für 14 Tage verboten worden. Schon am 24. Februar war in Berlin das Karl-Liebknecht-Haus, die Zentrale der KPD von der Polizei und von SA und SS besetzt worden.

Reichspräsident Hindenburg verkündete am 1. März eine Notverordnung, mit der die persönliche Freiheit, die Pressefreiheit und die Versammlungsfreiheit zur *„Abwehr kommunistischer Gewaltakte“* außer Kraft gesetzt werden konnte. Vor der Reichstagswahl begann die große Willkür. Die Zeitung bringt große Berichte über *„kommunistische Umsturzpläne“*. Rundfunkreden von Göring und Hitler werden ausführlich dokumentiert.

Einen Tag vor der Reichstagswahl berichtet das Schwarzwälder Volksblatt noch in einem langen Artikel über eine große Wahlveranstaltung des Zentrums in Essen, bei der 10.000 Teilnehmer:innen der Rede des ehemaligen Reichskanzlers Heinrich Brüning folgen. Eine Anzeige über die ganze Breite der Zeitung ruft zur Wahl des Zentrums auf.

Am Montag, **6. März**, werden auf der ersten Seite die Wahlergebnisse der Reichstagswahl im Ganzen und die Teilergebnisse in den Oberämtern von Württemberg dokumentiert. Die Schlagzeile lautet: *„52 % für Hitler-Hugenberg“*. Die KPD war verboten, hatte aber noch über 12 Prozent der Stimmen erhalten. Ihre Funktionäre waren in Haft, auf der Flucht oder im Untergrund.

Hitler warb nun für ein Ermächtigungsgesetz, das der Regierung erlauben sollte, am Parlament vorbei Gesetze zu erlassen und die Verfassung außer Kraft zu setzen. Das Schwarzwälder Volksblatt gab jetzt den nationalen Appellen der Hitler-Regierung breiten Raum.

Die Abstimmung sollte am 23. März abgehalten werden. Wenige Tage zuvor, am 21. März, wurde die symbolische Einführung von Hitler als Reichskanzler beim Tag in Potsdam zusam-

men mit Reichspräsident von Hindenburg inszeniert. Für alle öffentlichen Gebäude war Beflaggung mit der schwarz-weiß-roten Fahne und der Hakenkreuzfahne angeordnet.

Im Schwarzwälder Volksblatt wird dieses Ereignis auf mehreren Seiten abgehandelt. Beschrieben wird ein Fackelzug und eine Kundgebung auf dem Marktplatz in Horb, die von der NSDAP und den militärischen Organisationen inszeniert waren. Auch in den kleineren Orten fanden nationale Kundgebungen statt. Die Nazis hatten den öffentlichen Raum besetzt. Der Druck auf die anderen Parteien wurde immer größer.

Das Schwarzwälder Volksblatt berichtet als Randnotiz zum Tag in Potsdam, dass am 20. März auf dem Heuberg ein Konzentrationslager eingerichtet worden war,<sup>3</sup> in dem in „Schutzhaft“ genommene Kommunisten und Sozialdemokraten eingeliefert worden seien.

Das Ermächtigungsgesetz wurde bei der Abstimmung im Reichstag nur von der SPD abgelehnt. Hitler hatte jetzt freie Bahn.



*Im Horber Kino wird im April 1933 der Kriegsfilm Tannenberg gezeigt – Anzeige aus dem Schwarzwälder Volksblatt.*

In den folgenden Wochen stellt das Schwarzwälder Volksblatt in großen Artikeln die NS-Größen vor und berichtet immer ausführlicher über deren Vorhaben. Die anderen Parteien treten in den Hintergrund. Sie werden noch erwähnt, aber eher in der Rolle als Skeptiker und Miesmacher.

### **Drohungen und Hetze gegen politische Gegner und Juden**

Am **4. April** bringt die Zeitung den Artikel: *„Besuch auf dem Heuberg. Das größte Gefangenenlager Deutschlands“*. Es wird berichtet, dass dort 1.750 politische Gefangene untergebracht seien. *„Es ist ein ständiges Kommen und Gehen im Lager von der Freiheit in die Gefangenschaft und von der Gefangenschaft in die Freiheit. Die Lagerbauten sind mit Stacheldraht umgeben, SA-Wachen mit Karabinern schreiten die Lagergassen auf und ab. An den Eingängen stehen spanische Reiter. Ein Entkommen ist unmöglich.“*

Am **10. April** lautet die Schlagzeile auf der Titelseite: *„Das neue Beamtengesetz“*, *„Ausmerzung der Parteibuchbeamten – Nichtarier nicht zugelassen.“*

Im Bericht *„Beurlaubungen“* wird mitgeteilt, dass die Bürgermeister Brendle in Empfingen, Herrmann in Bisingen, Krist in Höfendorf und Scherzinger in Heiligenzimmern bis auf weiteres beurlaubt seien, nachdem die Fraktionen der NSDAP und der Liste Schwarz-Weiß-Rot im Kreistag sie der mangelhaften Amtsführung beschuldigt hatten.

Unter *„Ausschluss der Juden aus der Deutschen Turnerschaft“* wird erklärt, dass der Hauptausschuss des Dachverbandes den rassistischen „Arierparagraphen“ aus dem Berufsbeamten-gesetz auch in den Turnvereinen anwenden will.

Weitere Verhaftungen („Schutzhaft“) in Esslingen und Gmünd gegen Beamte werden gemeldet.

Unter der Überschrift *„Die ersten Urteile des württ. Sondergerichts“* wird berichtet, dass der Kaufmann Walter Raphael zu 300 RM Strafe verurteilt wurde, weil er als Jude das

<sup>3</sup> Das Konzentrationslager Heuberg, das bis Ende 1933 bestand, war das erste KZ in Deutschland. Das KZ Dachau wurde wenige Tage später, am 23. März eröffnet.

Parteiabzeichen der NSDAP auf dem Revers seines Anzugs getragen habe.

Am **11. April** erfährt man, dass die Mörder Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen, die am 26. August 1921 den damaligen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger im Schwarzwald erschossen hatten, nicht mehr verfolgt werden. Sie waren nach der Tat ins Ausland geflohen und können nun wieder unbehelligt einreisen. Im Kino in Horb wird der Film „Tannenberg“ gezeigt.

Am **12. April** wird unter der Überschrift „Die braunen Bataillone“ in einem ganzseitigen Artikel die SA verherrlicht und ihr Aufbau und ihre Gliederung mit Rangabzeichen erläutert.

Am **13. April** wird über das Gesetz berichtet, mit dem der 1. Mai zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärt wurde. „Am 1. Mai ... werden deutsche Arbeiter standesbewußt demonstrieren, nicht um Klassenvorteile zu erhalten ..., sondern um sich zu einem neuen Staat und zum gemeinsamen Kampf für die deutsche Zukunft zu bekennen.“

Am **20. April** wird verkündet, dass das Staatsministerium angeordnet habe, an diesem Tag alle staatlichen Dienstgebäude zu Ehren des Geburtstags von Adolf Hitler zu beflaggen.

Auf einer ganzen Seite unter der Überschrift: „Kämpfer! Führer! Mensch!“ „Zum Geburtstag unseres Volkskanzlers“, wird mit euphorischem Text und sieben Abbildungen der Werdegang des „Heilsbringers“ Adolf Hitler geschildert.

Die Samstagausgabe am **29. April** ist ganz der Vorbereitung des 1. Mai gewidmet. Im lokalen Teil der Zeitung werden die geplanten Maifeierlichkeiten im Detail beschrieben. Sie beginnen in Horb schon am Vorabend und sollen ihren Höhepunkt in der Pflanzung einer Hitler-Eiche auf dem Bahnhofsvorplatz und mit Straßenumbenennungen finden.

Am 2. Mai wird unter der Überschrift „Horbs erste nationale Maifeier. Eine noch nie erlebt Kundgebung“ seitenlang berichtet: „... ganz Horb tat mit. Die Jugend, das Alter; Bürger und Arbeiter; Beamte und Angestellte, alles was Beine hatte. Mein Gott, was dieses putzige Horb auf einmal viele

Leute hatte! Und wie viel Jugend – und wie viel guten Willen, wenn man's nur versteht.“ Der Artikel endet mit dem Satz: „Hat man je den 1. Mai so gefeiert?“

Am **3. Mai** berichtet das Schwarzwälder Volksblatt jetzt über etwas ganz anderes. Die Titelseite eröffnet mit der Schlagzeile: „Gewerkschafts-Gleichschaltung“. Der Untertitel lautet: „Die Gewerkschaftshäuser im ganzen Reich besetzt. Sämtliche Führer in Schutzhaft genommen“. Von langer Hand geplant, wurden die Gewerkschaften zerschlagen. Im Schwarzwälder Volksblatt kam ausführlich Dr. Robert Ley, Leiter des „Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit“ zu Wort. Er erklärte, dass man mit dieser Aktion in die zweite Phase der Erhebung Deutschlands eingetreten sei. Durch sie solle der Marxismus in Deutschland völlig zerschlagen werden.

Im Lokalteil werden Bilder von der Pflanzung der Hitlereiche auf dem Horber Bahnhofsvorplatz gezeigt.

### NS-„Volksaufklärung“, Entlassungen und Verhaftungen

Am **10. Mai** nimmt das Schwarzwälder Volksblatt die Ernennung von Dr. Achim Gerke zum „Sachverständigen für Rasseforschung“ zum Anlass, diesen zu befragen, was denn eigentlich die Definition von „arisch“ sei. Die Leserinnen und Leser erfahren, dass dies durch die jüngsten Gesetze bestimmt sei: „Wir gehen dabei nach der Rasse. Der getaufte Jude rechnet deshalb auch als zur jüdischen Rasse gehörig.“

Am **11. Mai** meldet die Zeitung die Beschlagnahme des gesamten Vermögens der SPD und der ihr nahestehenden Organisationen u.a. des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und aller ihrer Zeitungen und Zeitschriften.

Am **19. Mai** wird eine Verfügung des Reichspostministeriums bekanntgegeben, die erklärt, wie man in Zukunft richtig zu buchstabieren habe. Statt David, Jakob, Natan, Samuel und Zacharias sollen jetzt die Worte Dora, Julius, Nikolaus, Siegfried und Zeppelin verwendet werden.

Am **20. Mai** erfährt man aus einem Bericht über eine Kundgebung des

„Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand“ in Tübingen von Plänen aus dem inneren Zirkel der NSDAP-Führung, die dort von Philipp Baetzner, einem NSDAP-Mitglied der ersten Stunde, Landtagsabgeordneter seit 1932 und Kreisleiter von Nagold und später zusätzlich von Horb und Calw, vorgestellt wurden. Mit Ablauf des Jahres 1933 werde es in Deutschland keinen Landtag und keinen Reichstag, sondern nur noch Ständekammern und einen Ständestaat geben. Ebenso werde es mit Ablauf des Jahres, vielleicht noch eher, überhaupt keine Parteien mehr in Deutschland geben.<sup>4</sup>

Immer wieder findet man kurze Meldungen über Verhaftungen oder Verurteilungen von politischen Gegnern. Am **22. Mai** berichtet die Zeitung, dass ein ehemaliger Bankangestellter zu zwei Tagen Haft verurteilt wurde, weil er den Hitlergruß nicht gezeigt hatte.

Am **8. Juni** wird bekannt gemacht, dass in Schramberg durch Verfügung des Württembergischen Innenministeriums der dortige Oberbürgermeister Ritter beurlaubt und Dr. Klinger aus Heilbronn als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt worden sei.

Am **9. Juni** notiert die Zeitung für Tailfingen im Oberamt Balingen Haftentlassungen. „Vom Heuberg sind 22 hiebige Schutzhäftlinge wieder in die Heimat zurückgekehrt, in der Hauptsache Kommunisten. In Schutzhaft sind noch 25 Leute aus Tailfingen. Gegen etliche schweben Verfahren wegen Landfriedensbruch und Vorbereitungen zum Hochverrat.“

Am **20. Juni** berichtet das Volksblatt über die Verhaftung von Dr. Eugen Bolz in Stuttgart in einem großen Artikel und in einer Notiz, dass in Leutkirch der Präses des Gesellen- und Jugendvereins Leutkirch, Kaplan Saß, in „Schutzhaft“ genommen worden sei.

Am **21. Juni** meldet die Zeitung die Verhaftung von Pfarrer Alfons Admendinger in Lauffen, Oberamt Rottweil. Er habe sich bei jeder Gelegenheit gegen die nationalsozialistische Bewegung gewandt und

<sup>4</sup> Mit seinen Äußerungen gibt Philipp Baetzner einen Einblick in die inneren Pläne der Nazi-Partei zur vollständigen Zerschlagung der letzten demokratischen Strukturen.

geäußert, dass er nicht dulden könne, dass ihm seine Ministranten im Braunhemd der Hitlerjugend auf der Straße begegnen.

Die Verhaftung der langjährigen ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten Karl Roßmann, Albert Pflüger und Johannes Fischer wird mit ihrer früheren politischen Arbeit begründet.

### Ludwig Eduard Fleischmann meldet sich zu Wort

Am Samstag, **3. Juni**, ein Tag vor Pfingsten, war das Schwarzwälder Volksblatt auf der Titelseite mit dem ganzseitigen Artikel „Pfingstgeist über deutschen Landen“ erschienen. Als Autor zeichnete Ludwig Eduard Fleischmann. Der ganze Artikel war ein völkisch-rassistisches Pamphlet mit religiösem Unterton. Eine kurze Kostprobe: „Daß der Führer im großen deutschen Kampf der Gegenwart, unser Volkskanzler Adolf Hitler, der kleine unbekannte Gefreite des Weltkrieges, der schlichte einfache Sohn seines Volkes ist, daß sein königliches Herz unter einem Arbeiterkittel reifte, ist eine pfingstliche Botschaft, die jedem Volke nur in Jahrhunderten wird. Um die uns eine Welt beneidet.“ „Vom Antlitz des neuen Deutschland hell und klar lesen wir das deutsche Wesen und seine Vollendung durch die Tat der nationalen Revolution und in wunderbarer Harmonie sehen wir in dieses Antlitz eingepreßt Deutschtum und Gottesglaube, Heldensinn und Schollenkraft als jene tragenden Geisteskräfte, die zusammen mit der neugeweckten Liebe und Achtung vor jeder schwierigen Hand jeden einzelnen von uns zum Galsritter deutscher Zukunftskraft schlagen soll.“

Derselbe Autor hatte im September 1926 im Volksblatt einen Artikel über die Kleiderfabrik der jüdischen Familie Stern geschrieben. Mit Sympathie und Detailkenntnis schilderte er damals den Produktionsprozess eines modernen Betriebs mit sozialer Ausrichtung: „Beflügelt wird die Arbeit ... durch die Zufriedenheit des Personals, das guten Verdienst hat und vor allem froh ist, dauernd beschäftigt zu sein.“<sup>5</sup>

Nach einem Aufenthalt als Journalist in der Pfalz ab 1929 war Fleischmann 1933 nach Horb zurückgekehrt, schrieb nun wieder für das Schwarz-

**Günstig kaufen Sie:**

<b>Herrn Werktags-Stiefel</b> 40/44	<b>5.50</b>
<b>Damen Werktags-Stiefel</b> 36/43	<b>5.-</b>
<b>Damen Werktags-Halb-schuhe</b> kräftige Qualität 36/43	<b>4.50</b>
<b>Herrn Sonntags-Halb-schuhe</b> 40/46	<b>6.50</b>
<b>Turnschuhe</b> , Gummibesatz anvulkanisierte Sohle 43/46 36/42 29/35 22/28	<b>1.10</b>
<b>Turnschlüpfer</b> schw. u. weiß 43/46 36/42 31/35 22/30	<b>-.50</b>
	<b>1.60 1.40 1.20</b>
	<b>-.85 -.70 -.60</b>

**MARKE DER SALAMANDE** **Schuhhaus Tannhauser**

*Die Anzeige des Schuhhauses Tannhauser am 28. Juni 1933 ist die letzte einer Firma, die von einer jüdischen Familie geführt wird.*

wälder Volkblatt und zeichnete sich jetzt als Propagandist für die NS-Bewegung aus.

Am **24. Juni** veröffentlichte Ludwig Eduard Fleischmann einen weiteren langen Propaganda-Artikel mit der Überschrift: „Wir grüßen die Revolution“. Das Pamphlet liest sich wie eine Bewerbung für höhere Ämter: „Aber die vielen Hundert Toten Hitlers sind nicht gefallen, damit ihr Heldentum von einer spießberlichen Geschäftemacherei entweiht werde! Die deutsch Revolution marschieret, und auf ihren sturmheiligen Fahnen leuchtet hell ins deutsche Morgenrot das gigantische Ziel: deutsche Menschwerdung durch deutschen Sozialismus!“

Am **26. Juni** meldet das Volksblatt die Eingliederung der christlichen Gewerkschaften in die deutsche Arbeitsfront. Ihr Vermögen wurde beschlagnahmt.

Unter der Überschrift: „Vom Heuberg zurück“ wird vermerkt: „Am Samstag wurden Metzgermeister Liebmann, Horb, und Flaschner Eign, Horb, freigelassen. Einige Tage früher war schon Teichert, Isenburg, zurückgekommen. Außerdem befinden sich seit kurzem wieder in Freiheit: Ege, Eutingen, Haipt, Rexingen, Teufel, Baisingen, und Hertkorn, Felldorf. Im

Konzentrationslager befinden sich zurzeit noch 8 Leute aus dem Horber Oberamt.“

### Schwarzwälder Volksblatt – jetzt Kampforgang Adolf Hitlers

Am **30. Juni** gibt der Verlag Paul Christian unter der Überschrift „An unsere Leser!“ eine Erklärung in eigener Sache ab: „Das Schwarzwälder Volksblatt, von glühender Überzeugung getragen und daher freudigen Herzens reiht sich ein in die Front des deutschen Freiheitswillens und will als bodenständiges Kampforgang Adolf Hitlers und seiner NSDAP mithelfen an den gigantischen Aufgabe der Zukunft.“

Ab 1. Juli 1933 erscheint daher das „Schwarzwälder Volksblatt“ als amtliches Organ der NSDAP für den Bezirk Horb und ist somit das einzige Mitteilungs- und Veröffentlichungsblatt der Rechts-, Staats- und Gemeindebehörden in Stadt und Land Horb.“

Die Verlagsleitung gibt auch bekannt, dass die Zeitung ab dem 1. Juli unter der redaktionellen Leitung von Hauptschriftleiter Ludwig Eduard Fleischmann stehe.

Ab dem **1. Juli 1933** hat die Zeitung einen neuen Titel. Sie heißt jetzt: „Schwarzwälder Volksblatt. Nationalsozialistische Tageszeitung für Stadt und Bezirk Horb.“

In der ersten Nummer werden auf der Titelseite Grußworte von Reichsstatthalter Wilhelm Murr, Ministerpräsident Mergenthaler, Kreisleiter Vogt, Landrat Bushart und Hitler-Jugendführer E. Dettling abgedruckt.

Die Sprache der Zeitung wird immer unerträglicher. Die letzten Hemmungen fallen. Am **11. Juli** meldet man die Verhaftung von Kurt Schumacher, der als SPD-Reichstagsabgeordneter gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte: „Nach feiger Flucht erwischt. Oberhetzer Schumacher verhaftet.“ „Mit Dr. Schumacher ist einer der schamlosesten sozialdemokratischen Hetzer ... unschädlich gemacht.“ „Wir sprechen den Wunsch der breiten Öffentlichkeit aus, wenn wir den Fall Schumacher der politischen Polizei einer Sonderbehandlung empfehlen...“

<sup>5</sup> Die Kleiderfabrik in Horb a.N., in: Schwarzwälder Volksblatt vom 11. 9. 1926.



Der neue Titel des Schwarzwälder Volksblatts ab 1. Juli 1933. Die Zeitung ist jetzt parteiamtliches Organ der NSDAP.

Am 22. Juli berichtet die Zeitung über die Situation von geflüchteten politischen Gegner. Unter der Überschrift: „Niemand will sie. Sie tragen das Kainsmal des Verrates“, werden Fluchtorte beschrieben: „Die Hauptzentrale der Kommunisten ist heute wohl Prag, die der Sozialdemokraten Zürich und Amsterdam, die der Juden Paris.

Der ganze Abschaum aber sammelt sich im Saargebiet, das heute ein regelrechter Naturschutzpark für dieses Gesindel geworden ist.“

Am 14. August wird unter der Überschrift „Waren wir zu rücksichtsvoll?“ eine „Warnung von nationalsozialistischer Seite“ abgedruckt: „Wir dulden es nicht, daß jeder Biertischpolitiker und Spießbürger seinem Groll über die entschwundene Pracht des Liberalismus und der Demokratie durch Angriffe auf unsere nationalsozialistische Regierung und unseren nationalsozialistischen Staat Luft macht! Wir dulden es insbesondere nicht, daß schon wieder Juden frech werden und glauben, unsere Symbole und unseren Gruß herabsetzen zu dürfen. ... Wir können die Herrschaften versichern, daß sie nicht ungerupft davonkommen werden. Das Schutzhaftlager auf dem Heuberg kann wieder Viele aufnehmen, die schon längst dorthingehörten.“

In all diesem Schmutz profiliert sich Hauptschriftleiter Fleischmann mit

Artikeln, die die Richtung vorgeben. Am 1. September schreibt er auf der ersten Seite den Leitartikel zum Reichsparteitag in Nürnberg: „Aus den Mauern von Nürnberg klingt es hinaus in alle Welt. Deutschland vor den Toren der Jahrtausende!“

Aber immer wieder kann man zwischen den Zeilen lesen, dass es anscheinend nicht gelungen ist, alle Gegner mundtot zu machen. Am 5. September taucht in einem Artikel die Drohung auf: „Der Nationalsozialismus hat großmütig an seinen Feinden gehandelt. Diese versuchen nunmehr, ihm diese Großmut übel zu vergelten! Statt stündlich Gott auf den Knien zu danken, daß sie ihr schmieriges Leben nicht am Galgen aushauchen mußten, versuchen diese ehrlosen Mordbrenner immer wieder, sich zusammenzurotten und die heutige Staatsautorität zu unterminieren. Sie werden, wie bei den bisherigen, auch bei allen weiteren Versuchen auf Granit beißen.“

Die menschenverachtende Politik der NS-Partei, die sich auch in ihrer Zeitung widerspiegelt, scheint auch nicht bei allen Leserinnen und Lesern auf Zustimmung zu stoßen. Am 8. September muss Ludwig Eduard Fleischmann, der jetzt zum Kreispressewart der NSDAP im Kreis Horb aufgestiegen ist, unter der Überschrift: „Ortsgruppen, räumt auf mit der Sabotage an der nat.-soz. Presse!“ eingestehen, dass es wohl in

größerem Umfang zu Abbestellungen von Zeitungabonnements gekommen ist. Es gelte: „...diesen Saboteuren am nationalsozialistischen Erziehungswerk gründlich das Handwerk zu legen. Unter den mir gesandten Namen befinden sich solch von gemeindlichen oder staatlichen Pensionempfängern, die des (sic!) mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können glauben, von einem nationalsozialistischen Staat ihrer Gelder zu beziehen, den gleichen Staat aber durch Sabotage seiner exponiertesten Einrichtungen in seiner Entwicklung zu hemmen. ... Passive Resistenz aber und versteckten Widerstand werden wir brechen, wo wir ihn finden!“ „Abfällige Äußerungen und auffällige Abbestellungen der NS-Presse ... sind namentlich anher zu melden.“

Zum Jahresende 1933 grüßt Ludwig Eduard Fleischmann die Leserinnen und Lesern mit den Worten: „... Deutschland ist heimgekehrt aus der Nacht der Schande und des Todes in das Morgenrot des Dritten Reiches. ... Als pflichtbewußte nationalsozialistische Presse wollen wir ... das nationalsozialistische Deutschland hinausbauen helfen in ein Jahrtausend deutscher Macht und deutscher Freiheit!“<sup>6</sup>

**Anmerkung:** Herzlichen Dank an Gabriel Stängle, Rohrdorf, für die Überlassung wichtiger Forschungsergebnisse zu Horb und speziell zu Ludwig Eduard Fleischmann.



Die Ankündigung von Philipp Baetzer ist Wirklichkeit geworden. Die NS-Regierung verbietet am 14. Juli 1933 alle Parteien außer der NSDAP.

<sup>6</sup> Im Jahr 1934 wechselte L. E. Fleischmann nach Sigmaringen, wo er ebenfalls für die NS-Presse tätig war. In seinem Entnazifizierungsverfahren gelingt es ihm, sich als Redakteur mit stets sachbezogener Berichterstattung zu präsentieren. Seine Tätigkeit in Horb im Jahr 1933 als Stichwortgeber und Hetzer wurde dabei nicht behandelt. Er wurde als Mittläufer eingestuft.

# „Wenn sich einer weigert gegen die neue Regierung, wird er sofort verhaftet.“ – Rexingen im Jahr 1933

Barbara Staudacher, *Horb am Neckar*

Mit einer starken Wählerschaft für die katholische Zentrumsparlei und einem jüdischen Bevölkerungsanteil von 28 Prozent<sup>1</sup> galt Rexingen für die NSDAP bis zu ihrer Machtübernahme als „uneinnehmbare Festung“<sup>2</sup>. Bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 hatte das Zentrum 42 Prozent erreicht, die NSDAP 3 Prozent. Und bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 wählten nur 16,6 Prozent der Rexinger Bürger:innen die NSDAP, 11,2 Prozent wählten die SPD. Das Zentrum blieb mit 63,7 Prozent bis zur seiner Auflösung mit Abstand die stärkste Partei. In anderen Orten wie zum Beispiel in Nordstetten erzielte die NSDAP mit 59 Prozent fast doppelt so viele Stimmen wie die örtlichen Zentrums-Kandidaten.

Die Rexinger Widerstandskraft gegen die NSDA wurde im Laufe des Jahres 1933 durch gezielte und brutale Maßnahmen der neuen Machthaber gebrochen. „In kaum einem anderen Ort des Oberamtes Horb wurden so häufig Kundgebungen, Sprechabende und NSDAP-Festtage durchgeführt wie in Rexingen.“<sup>3</sup>

Ein großer SA-Aufmarsch fand am Sonntag, 19. Februar, vor dem Gasthaus Sonne statt. Das SA Musikkorps Nagold begleitete das Schauspiel mit Marschmusik, und die NS-Mannschaften zogen anschließend mit Musik nach Horb zur nächsten Kundgebung auf dem Turnhallenplatz.

Die systematische Verfolgung der politischen Gegner begann einen Tag nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag. Am 24. März gab es in Rexingen Hausdurchsuchungen nach Waffen durch das Landjäger-Stationskommando Horb und SA-Hilfspolizei. Hermann Gideon, jüdischer Viehhändler in Rexingen, erinnerte sich daran viele Jahre später in einem Rundfunkinterview in seinem Exilort Shavei Zion in Israel: „Ich hatte am Anfang, als Hitler zur Macht kam, (...) eine Waffe. Mit Waffenschein. Warum? Ich war damals politisch tätig. Es gab in Deutschland in diesen Jahren das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Das war von der Sozialdemokratie und Zentrum und der Demokratischen Partei ein Block gegen den Nazismus. (...) an einem Freitagabend (...), klopfte es an der Türe. Herein kam ein SA-Mann und ein Schutzmann und sagten: Sie haben eine Waffe, wir müssen die Waffe abnehmen. Ich bin aufgestanden und habe die Waffe geholt und der SA-Mann läuft neben mir. Ich hab ihm das abgegeben, und er guckt mich an und sagt: Jetzt muss ich bei dir noch Hausdurchsuchung machen. Derselbe Mann ist mit mir in die Realschule in Horb gegangen.“<sup>4</sup>

Zwei Tage später, am 26. März, kam es zu den ersten Verhaftungen. Der Mehlhändler Manfred Weil war ein knappes Jahr zuvor ins Visier der



Hermann Gideon, rechts, mit Siegfried Steinharter und Betty Kahn 1938 auf dem Schiff ins britische Mandatsgebiet Palästina. Foto: Archiv Synagogenverein Rexingen

NSDAP geraten, als er die erste und einzige Wahlveranstaltung der Hitler-Partei in Rexingen mit anderen jungen jüdischen Männern massiv durch Zwischenrufe gestört hatte. Er kam nach Horb ins Gefängnis, wurde nach einigen Tagen wieder entlassen, kurze Zeit später nochmals verhaftet und ins Konzentrationslager Heuberg gebracht, ebenso wie der Schmied Johannes Haupt, Mitglied der SPD. Maria Vögele, die zusammen mit ihrem Mann die Rexinger Omnibusfirma Vögele betrieb, schrieb darüber Ende März in einem Brief an ihren Bruder in Amerika: „Lieber Felix! Wir haben ganz unruhige Zeiten. Gestern abend hat man bei den Juden die Häuser nach Waffen durchsucht. Du kannst Dir denken, wie sie Angst haben. Gestern haben wir Kommu-

- 1 Staatshandbuch für Württemberg, Stuttgart 1936
- 2 „Rexingen schien uns eine uneinnehmbare Festung zu sein“ schrieb Kreisleiter Eugen Vogt in der Festschrift zum 1. Kreisparteitag der NSDAP in Horb in den Horber Nachrichten, dem Amtsblatt für Rottenburg und Horb vom 1.9.1935.
- 3 Ergebnis der Recherche der Jahrgänge 1933–1934 des Schwarzwälder Volksblattes durch Gabriel Stängle, Mitglied im Beirat des Rexinger Synagogenvereins. Ihm gilt mein herzlicher Dank für die Überlassung seiner Forschungsergebnisse über Horb und Rexingen.
- 4 „Es erinnert sich: Hermann Gideon“. Im Interview mit Helga Klingler, SDR Stuttgart, 1985



Am 18. Februar warb die NSDAP für den ersten SA-Aufmarsch in Rexingen im Schwarzwälder Volksblatt.

nisten vom Horber Gefängnis auf den Heuberg geführt. Wenn sich einer weigert gegen die neue Regierung, wird er sofort verhaftet.“<sup>5</sup>

Der deutschlandweite Aufruf, am 1. April Geschäfte jüdischer Inhaber, Praxen jüdischer Ärzte oder Kanzleien jüdischer Rechtsanwälte zu boykottieren, fand in Rexingen kein Echo. Da dieser Tag auf einen Samstag fiel, konnte der Boykottaufruf im dörflichen Leben keine Wirkung erzielen, denn die Rexinger jüdischen Familien ehrten den Schabbat und hielten ihre Läden geschlossen. Die Ortsgruppe Horb-Rexingen des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten wehrte sich allerdings gegen den Vorwurf, die „Greuelpropaganda“ des Auslands gegen den NS-Staat zu unterstützen und forderte in einem Aufruf, sich gegenüber der jüdischen Bevölkerung in Wort und Schrift so zu verhalten „wie es den Begriffen von Recht und Billigkeit entspricht“.<sup>6</sup>

Am 21. April wurde das allgemeine Schächtverbot erlassen. Für die drei jüdischen Metzger in Rexingen bedeutete das Berufsverbot. Sie emigrierten ein Jahr später in die USA bzw. nach Palästina.

Ende April wurde der Gemeinderat nach den Ergebnissen der Reichstagswahl im März umgebildet. Im Rexinger Rathaus saßen jetzt fünf Männer vom Zentrum einem NSDAP-Mitglied gegenüber. Sie konnten sich noch ein halbes Jahr in ihrem Amt halten. Die beiden jüdischen Gemeinderäte mussten sofort ausscheiden. Auf sie wurde das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 angewendet, das sich gegen politische Gegner und Juden im öffentlichen Dienst richtete. Im § 3 ordnete der NS-Staat rassistisch an: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.“

Die Feierlichkeiten zum 1. Mai nutzte die NSDAP mit einem Programm-Großaufgebot für ihre propagandistischen Zwecke. Hakenkreuzfahnen dominierten das Ortsbild, die Musikkapelle marschierte mit der Rexinger SA-Mannschaft, mit Feuerwehr, Krieger- und Gesangverein in die katholische Kirche. Nach dem Gottesdienst versammelte man sich zum

Frühschoppen im Gasthaus Sonne zu Festreden und Absingen des Deutschland- und Horst-Wessel-Lieds. Der Musikverein spielte, der Gesangverein trat auf und die SA war für die Marschgesänge zuständig. Nach dem Mittagessen war Zeit, die 1.-Mai-Feierlichkeiten in Horb zu besuchen, und dann traf man sich wieder in Rexingen vor dem Gasthaus Traube. Der katholische Lehrer Biehler und Bürgermeister Hermann Kinkele hielten patriotische Vorträge, Jugendliche trugen Gedichte vor, Musik- und Gesangverein lockerten das Programm auf.<sup>7</sup>

Auch im mehrheitlich katholischen Rexingen kam es zu ersten Gewalttaten gegen jüdische Bürger:innen, die ihre Wirkung nicht verfehlten. Im Mai verließ die erste jüdische Familie das Dorf. Tamara Blum, 1921 als Dorothea Bodenheimer geboren, erinnerte sich: „Es war Familie Levi: Max und Gustel und die drei kleinen Mädchen Hanni, Melli und Elfriede und die Großmutter Marie. Warum?“

Sie saßen 1933 am Sederabend vor Pessach, und mitten in der Hagadalese kam ein Stein durch das Fenster auf den schön festlich gedeckten Tisch geflogen. In demselben Moment beschlossen sie: man muss das Land verlassen! Zum Glück hatten sie Verwandte in Frankreich, die bereit waren, sie aufzunehmen. Und was später in Frankreich geschah, wissen wir doch. Nur die Mädels kamen durch, zwei in Frankreich und eine in Israel. Das war der Anfang.“<sup>8</sup>

Am 4. Juni wurde Bürgermeister Hermann Kinkele abgesetzt. Er galt bei der Kreisleitung schon länger als unzuverlässig, hatte er doch am 21. März anlässlich der Eröffnung des neuen Reichstags in Berlin die Hakenkreuzflagge am Rexinger Rathaus nicht aufziehen lassen, was als Affront gegen die neuen Machthaber verstanden wurde. Auch hatte er sich bei der Verhaftung von Manfred Weil für dessen Freilassung eingesetzt.

„Wie aus den vorgelegten Akten ersichtlich ist, besteht der Verdacht, dass Bürgermeister Kinkele sich stark pazifistisch betätigt und noch nach dem 5. März 1933 sehr enge Beziehungen mit den in Rexingen ansässigen Juden gepflogen hat. Unter diesen Umständen würde Kinkele

nicht ohne weiteres die Gewähr bieten, dass er sich für den heutigen Staat rückhaltlos einsetzt. Ich sehe mich daher gezwungen, ihn mit sofortiger Wirkung zu beurlauben und ihm die weitere Dienstausbübung zu untersagen.“<sup>9</sup>

Zehn Tage später wurde das NSDAP-Mitglied Georg Schwörer, ein Verwaltungspraktikant, als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt. Hermann Gideon im Rundfunkinterview: „Und dann kam einer, ein junger Spritzer, wie man sagt, und der ist den ganzen Tag mit seiner braunen Uniform rumgelaufen und hat den Juden den Tod gemacht, wo er nur



**Hermann Kinkele, seit 1919 Bürgermeister in Rexingen, wurde am 4. Juni 1934 abgesetzt. Foto von 1926: Privat.**

konnte. Und der war vielleicht einer von denen, der uns getrieben hat, von dort wegzugehen.“<sup>10</sup>

Eine der ersten Amtshandlungen Georg Schwörers war im Juni die Umbenennung der wichtigsten Rexinger Straßen. Die Brühlstraße, in der viele jüdischen Familien wohnten, hieß nun Adolf-Hitler-Straße, die

5 Briefe der Familie Vögele nach Amerika. Archiv Synagogenverein

6 Aufruf zitiert im Schwarzwälder Volksblatt vom 3. April 1933

7 Schwarzwälder Volksblatt vom 3. Mai 1933

8 Tamara Blum: Sie waren die Ersten... In: Högerle, Kohlmann, Staudacher: Ort der Zuflucht und Verheißung. Shavei Zion 1938-2008. Stuttgart 2008, Seite 21

9 STAL E 180 II Bü 2689. Schreiben von Staatskommissar Dr. Ludwig Battenberg an Landrat Paul Bushart vom 2.6.1933, überlassen von Gabriel Stängle.

10 Hermann Gideon 1985

Dorfstraße wurde zur Wilhelm-Murr-Straße, die Mitteldorfstraße war jetzt die Horst-Wessel-Straße. Die Bachstraße wurde Hindenburg-Straße und die Oberdorfstraße hieß jetzt Leo-Schlageter-Straße. Der Nationalsozialismus war im täglichen Leben stets präsent.<sup>11</sup>

Im Rexinger Gesangverein „Eintracht“ sangen und engagierten sich im Vorstand eine ganze Reihe jüdischer Männer. Am 11. Juni mussten sie „aus politischen Gründen“ ausscheiden. Das rassistische Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde auch hier angewandt.

Für den Tag der Jugend am 24. Juni beschloss der Gemeinderat, allen Schulkindern der katholischen Volksschule Festabzeichen und eine Wurst und einen Wecken zu schenken. Die Kinder der jüdischen Volksschule gingen leer aus.<sup>12</sup>

Am 5. Juli hatte sich das Zentrum als letzte demokratische Partei in Deutschland selbst aufgelöst. In Horb waren am 18. August alle Zentrums-Stadträte von ihrem Mandat entbunden und durch NSDAP-Mitglieder ersetzt worden. In Rexingen und einigen anderen Ortschaften übten Männer vom Zentrum noch immer ihr Amt aus. Kreisleiter Eugen Vogt forderte am 11. September im Schwarzwälder Volksblatt ihren Rücktritt, verbunden mit der Drohung: *„Wir werden bei der kommenden Prüfung keinen übersehen, und ich empfehle deshalb jedem heute schon, sich bei Zeit einen*

*anständigen Abgang zu sichern.“*

Zwei Tage später, am 13. September, war über Rexingen zu lesen: *„Sämtliche 5 Zentrumsgemeinderäte haben freiwillig ihren Rücktritt erklärt. Damit ist auch in Rexingen der Weg frei zu einer ungestörten nationalsozialistischen Aufbaupolitik.“*

Anfang September fand in Nürnberg der Reichsparteitag der NSDAP statt. Das Gemeinderatsprotokoll vermerkte Ende August, dass die Mitglieder der SA, SS und HJ, die am Parteitag teilnahmen, neu eingekleidet wurden. Außerdem genehmigte er ein „Dankopfer“ über 20 Reichsmark aus der Gemeindegasse für den NS-Parteitag.<sup>13</sup>

Die jüdische Volksschule in Rexingen war seit 1844 im selben Schulhaus und gleichberechtigt mit der katholischen Schule untergebracht. Am 1. Oktober wurde ihr der Rechtsstatus einer öffentlichen Schule genommen. Die jüdische Gemeinde musste sie als Privatschule selbst finanzieren. Der Lehrer musste die Dienstwohnung im Schulgebäude räumen. Das Klassenzimmer durfte bis zum 9. November 1938 weiter benutzt werden, allerdings mussten Schülerinnen und Schüler vom 3. Stock ins Erdgeschoss umziehen.

*„Die Juden dürfen uns nicht auf dem Kopf herumtanzen“,* hieß es.<sup>14</sup>

Zum „Deutschen Tag“ am 14. Oktober wurde in Rexingen ein in der Region einmaliges Bauwerk eingeweiht. Über dem Dorf war eine Aussichtsplattform errichtet worden.

Darauf prangte auf einer sechs Meter hohen Säule ein anderthalb Meter hohes Hakenkreuz.

**Im Bericht des Schwarzwälder Volksblatts vom 16. Okt. 1933 über die Einweihung des „Denkmals zur nationalen Revolution“ wurde dieser Linolschnitt als große Illustration abgedruckt.**

Hermann Gideon: *„Er (der neue Bürgermeister Georg Schwörer) hat eine kolossale Heldentat vollbracht. Er hat bald, ganz schnell ein Denkmal bauen lassen, mit einem Riesen-Hakenkreuz. Und das ist in Rexingen gestanden, über unseren Häusern, und das hat uns zu Tode betrübt, dieser Akt. Ich möchte sagen, auch die christliche Bevölkerung war nicht begeistert davon.“*<sup>15</sup>

Das Schwarzwälder Volksblatt sah das völlig anders und berichtete am 16. Oktober über mehr als eine ganze Druckseite u. a.: *„Die Freude darüber lebt tief und ehrlich in uns, und zwar vornehmlich deswegen, weil der Bezirk Horb als einstige schwarze Hochburg Stück für Stück in heißem zähem Kampf den Systemparteien abgerungen werden musste und weil dieses Denkmal nun wie ein Siegeszeichen davon kündigt, daß der Kampf unserer braven SA-Männern und unserer alten Kämpfer im Bezirk nicht umsonst gewesen.“*

Zur Einweihung erschienen über 600 SA-Männer, dazu Abordnungen von Kriegervereinen, Hitler-Jugend, vom Bund deutscher Mädchen und vom Jungvolk aus Rexingen und aus der Umgebung. Es gab viel Musik, Essen und Trinken. Reichsstatthalter Wilhelm Murr und Ministerpräsident Christian Mergenthaler sandten Grußadressen. Kreisleiter Vogt, Landrat Paul Bushart und Bürgermeister Schwörer hielten patriotische Reden. Und die jüdische Bevölkerung war ausgeschlossen.

Die Axt, die die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen der katholischen und jüdischen Bevölkerung zerschlagen sollte, war angesetzt. Hermann Gideon: *„Ein Teil, wenn ich die Rexinger Einwohner nenne, die haben sich von uns irgendwie getrennt. Und ein Teil, die sich offen als Nazis bekannt haben, die haben offen gegen uns Stellung genommen. Und wir haben gesehen, wie weit wir sind.“*<sup>16</sup>

11 Rexinger Gemeinderatsprotokoll vom 18. Sept. 1931 bis 27. März 1935. Ortsarchiv Rexingen

12 Ebd.

13 Ebd.

14 Carsten Kohlmann: Von Rexingen nach Malchutia. In: Högerle, Kohlmann, Staudacher. Ort der Zuflucht und Verheißung. Stuttgart 2008, S. 31

15 Hermann Gideon 1985

16 Ebd.



# „Gemeinwohl 1933“ – die Kommunalwahl in Hohenzollern am 12. März 1933 und die jüdische Gemeinde in Haigerloch

Jörg Michael Kastl, Starzach-Wachendorf

Welche Rolle spielten die jüdischen Gemeinden bei den Wahlen 1933? Spielten sie überhaupt eine? Wie haben jüdische Wähler:innen gewählt? Der Beitrag greift diese Fragen am Beispiel der Wahl zur Gemeindevertretung in Haigerloch am 12. März 1933 auf – mit einem Seitenblick auf die Ergebnisse in Sigmaringen und Hechingen.

Zunächst: Wir wissen nicht, wie jüdische Wähler:innen gewählt haben. So etwas wie repräsentative Wählerbefragungen gibt es aus der Zeit der Weimarer Republik nicht. Konfessionelle Einflüsse können nur indirekt aus der Beziehung von Wahlergebnis und dem jeweiligen Bevölkerungsanteil erschlossen werden.<sup>1</sup> Auf welche Schwierigkeiten man dabei stößt, lässt sich am Ergebnis der Reichstagswahl am 5. März 1933 am Beispiel von Haigerloch, Hechingen und Sigmaringen gut demonstrieren.

keine jüdische Gemeinde. Demnach müssten die NSDAP-Anteile in Sigmaringen gegenüber Hechingen und Haigerloch höher liegen. Das Gegenteil ist aber der Fall. Gerade Sigmaringen hat mit 31,5 Prozent den niedrigsten Anteil von NSDAP-Stimmen. Dass die völkische Koalition von NSDAP und Schwarz-weiß-rot in keiner der hohenzollerischen Städte eine Mehrheit hat, geht zwar auf einen konfessionellen Effekt zurück. Dieser beruht aber in erster Linie auf dem hohen Katholikenanteil in Hohenzollern von 94 Prozent (1933), der sich, verglichen mit dem Reich, in allen drei Städten im guten Ergebnis der Zentrumspartei niederschlägt.<sup>4</sup> Das Zentrum war bekanntlich eine katholische Konfessionspartei. Etwas Vergleichbares gab es für jüdische Wähler\*innen nicht. Grundsätzlich waren, mit Ausnahme der antisemitischen völkischen Parteien, alle Parteien für sie wählbar. Reichsweit ist eine Affinität zu DDP und SPD

statistischen Kriterien – kein Effekt im Sinne der o.a. These ablesbar ist. Da in unserer Region jüdische Gemeinden prinzipiell in katholische Ortschaften integriert sind, lassen sich jüdische und katholische konfessionelle Effekte nicht voneinander trennen. In Hechingen dürften bei einem Bevölkerungsanteil von 1,9 Prozent die jüdischen Wählerstimmen kaum ins Gewicht fallen, in Haigerloch lassen sich gegenüber Sigmaringen höhere Anteile von SPD und DDP durchaus registrieren. Theoretisch könnte man mit der in der Tabelle ausgewiesenen Verteilung allerdings auch argumentieren, in den Städten mit jüdischen Gemeinden liege der NSDAP-Stimmenanteil ggü. Sigmaringen sogar höher. Wahrscheinlich wirkt sich hier aber ein zugleich höherer evangelischer Bevölkerungsanteil aus: in Hechingen 22,4 und in Haigerloch 13,6 Prozent.<sup>6</sup>

Wie wichtig es ist, bei diesem Thema qualitatives Wissen über die jeweiligen örtlichen Verhältnisse einzubeziehen, zeigt sich, wenn man den Reichstagswahlen die Ergebnisse der eingangs erwähnten Wahlen zur

	Jüdische Gemeinde?	Anteil jüdische Bevölkerung	NSDAP	Kampfband Schwarz-weiß-rot	SPD	KPD	Zentrum	DDP Württemberg - Hohenzollern	Bauern- und Weingärtnerbund
Haigerloch	ja	13,6	38,1	3,8	9,5	4,5	41,2	2,3	0,1
Hechingen	ja	1,9	40,0	6,3	7,3	7,6	35,7	1,9	0,1
Sigmaringen	nein	>0,0	31,5	8,2	3,9	1,6	52,2	0,9	0,2
Deutsches Reich		0,8	43,9	8,0	18,3	12,3	11,2	0,9	–

**Tabelle 1: Jüdischer Bevölkerungsanteil in Prozent (Volkszählung Juni 1933); Stimmenanteile (Prozent) der Ergebnisse der Reichstagswahlen am 5. März 1933 in Hohenzollern sowie im Deutschen Reich insgesamt (dort statt DDP: Deutsche Staatspartei).<sup>2</sup>**

Dass intakte jüdische Gemeinden mit einer Reduktion des Anteils von NSDAP-Stimmen einhergehen, ist eine naheliegende Annahme.<sup>3</sup> Ein solcher Effekt könnte auch dadurch (mit) entstehen, dass dort auch Christen anders wählen. In Sigmaringen gab es

belegbar. Allerdings muss man ab 1930 mit einem zunehmend strategischen Wahlverhalten sowie einer Zunahme von Nicht-Wähler:innen rechnen.<sup>5</sup>

Was bedeutet das für die Interpretation der Tabelle 1? Schlicht und einfach, dass daraus – jedenfalls nach

1 M. Liepach: Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung. Tübingen (Mohr) 1996: 1 ff., 211 ff

2 Quellen: a) Jüdische Bevölkerungsanteile/Konfessionsdaten 1933: Haigerloch: Stadtarchiv Haigerloch (SAH) Fasz. 857; Sigmaringen: Preußisches Statistisches Landesamt: Statistisches Jahrbuch für Preußen. 30. Band, Berlin 1934: 278; Hechingen: StadtA Hechingen, A 200, Flattich-Plan 9510-1933; Reich: Statistisches Reichsamt 1936: 5; b) Wahlergebnisse: Deutsches Reich: J. Falter u.a.: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. München (Beck) 1986: 75; b) Wahlergebnisse: Sigmaringen (n=3298) - Staatsarchiv Ho 199 T 5; Haigerloch (n=792): Haigerlocher Bote vom 6. März 1933, Wahl zum Reichstag 5. März 1933, Meldung des Bürgermeisteramts an das Oberamt - Stadtarchiv Haigerloch (SAH), Fasz. Nr. 5; Hechingen (n=3102): Hohenzollerische Blätter Nr. 54/105. Jahrgang vom 6. März 1933

3 Heinz Högerle und Barbara Staudacher belegen sie für die Gemeinden im Oberamt Horb, vgl. H. Högerle, B. Staudacher: Das Oberamt Horb – ein jüdisches Zentrum am Rande des Schwarzwaldes. In T. Trautwein (Hrsg.): Jüdisches Leben im Nordschwarzwald. Neulingen (Klotz) 2021: 246

4 Preußisches Statistisches Landesamt: Statistisches Jahrbuch für Preußen. 30. Band, Berlin 1934: 254.

5 dazu generell Liepach a.a.O.: 299-309; zumindest

6 Quelle: siehe Fußnote 2

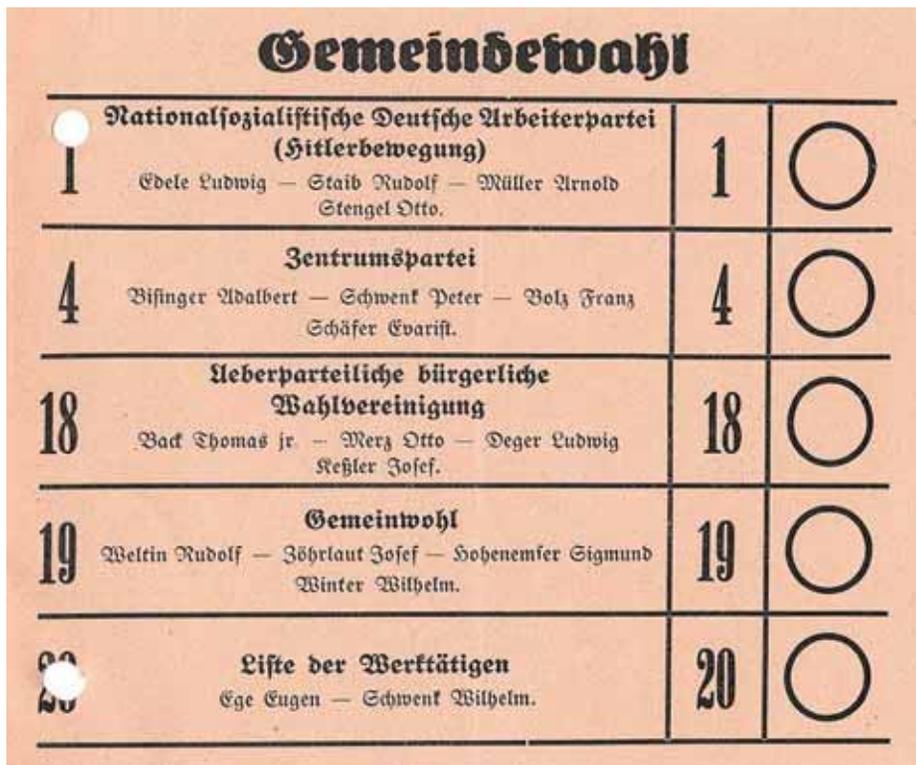


Abbildung 1: Wahlzettel der Gemeindevwahl in Haigerloch am 12. März 1933, Photo jmk, Nachlass Helmut Gabeli

	Links (linkes Lager)	Mitte (bürgerlich- katholisches/ ggf. jüdisches? Lager)	Rechts (völkisches Lager)	
Haigerloch	1,6	74,2	24,2	100
Hechingen	13,3	60,3	26,3	100
Sigmaringen	7,8	54,6	37,6	100
Ø	7,7	65,4	29,2	

Tabelle 2: Ergebnisse der Wahlen zu den Gemeindevertretungen in Haigerloch, Hechingen, Sigmaringen nach Anteilen (Prozent) zu politischen Lagern<sup>8</sup>

Gemeindevertretung im Rahmen der Preußischen Kommunalwahlen gegenüberstellt. Diese fanden nur eine Woche nach der Reichstagswahl statt. Der Einfluss der Reichspolitik und damit der Parteien war hier schon deshalb abgeschwächt, weil die Preußische Gemeindeordnung die Bildung freier, ad hoc gebildeter, bürgerschaftlicher Listen ermöglichte. In Haigerloch waren NSDAP und Zentrum die einzigen reichsweiten Parteien, die bei der Gemeindevwahl am 12. März antraten. Abbildung 1 zeigt die für Haigerloch zur Wahl stehenden Listen.

Drei von fünf Wahlvorschlägen gingen auf ad hoc gebildete bürger-

schaftliche Zusammenschlüsse zurück: zwei bürgerliche, nämlich die „Überparteiliche bürgerliche Mitte“ und die Liste „Gemeinwohl“ sowie eine linke, die „Liste der Werkstätigen“. Bemerkenswert ist nun, dass für die Liste

7 SAH Fasz. 18, Wahlvorschläge für die Wahl der Gemeindevertretung am 12. März 1933  
Bemerkenswert ist, dass offenbar eine weitere vierte Kandidatur eines jüdischen Bürgers im Gespräch war. Es gibt einen Brief von Emil Ullmann vom 24.2.33 an das Bürgermeisteramt, in dem dieser, „für den Fall, dass meine Name auf der Wahlliste ‚Werkstätige‘ trotz meiner Forderung nicht gestrichen ist“, seine Kandidatur zurückzieht. Sehr wahrscheinlich wollte er die Wahlchancen der Liste Gemeinwohl, auf denen ebenfalls jüdische Mitbürger kandidierten, nicht beeinträchtigen. (Quelle SAH, Fasz. 18)

8 Quellen: a) Haigerloch: SAH Fasz. 18 sowie Haigerlocher Bote vom 13. März 1933 (19. Jahrgang); b) Hechingen: Hohenzollerische Blätter Hechinger

„Gemeinwohl“ insgesamt drei jüdische Bürger kandidierten, nämlich Sigmund Hohenemser (auf Listenplatz 3), Louis und Albert Ullmann (auf Listenplatz 5 und 14). Zugleich stellt diese Liste von allen die meisten Kandidaten zur Wahl (16 ggü. 2 bei der Liste der Werkstätigen und zwischen 8 und 10 Kandidaten bei den restlichen). In den anderen Listen finden sich keine Namen jüdischer Bürger.<sup>7</sup>

Das Wahlergebnis ist eine Woche nach der Reichstagswahl erstaunlich und legt nahe, dass ortsbezogen offenbar nach ganz anderen Kriterien und Relevanzen gewählt wurde. Am schlechtesten schnitt mit 11 Stimmen (1,6 Prozent) die Liste der Werkstätigen ab, gefolgt von der überparteilichen bürgerlichen Mitte (43 Stimmen, 6,3 Prozent). An dritter Stelle steht die Liste der NSDAP mit 165 Stimmen (24,2 Prozent). Zweitstärkstes Ergebnis erzielte das Zentrum mit 210 Stimmen (30,8 Prozent). Stärkste Kraft wurde die Liste „Gemeinwohl“ mit 254 Stimmen, das sind 37,2 Prozent der insgesamt 683 abgegebenen gültigen Stimmen. In Haigerloch erreichte somit ausgerechnet eine Liste mit drei jüdischen Bewerbern das beste Ergebnis – noch nach den Reichs- und Landtagswahlen am 5. März 1933, die den Durchmarsch der Nationalsozialisten zur Macht endgültig besiegelten! Zwei der drei jüdischen Kandidaten erhielten einen Sitz in der Gemeindevertretung, nämlich Sigmund Hohenemser und Louis Ullmann. Insgesamt hatte die Liste Gemeinwohl fünf Sitze. Das Zentrum konnte vier Sitze verbuchen, die Nationalsozialisten mussten sich mit drei zufrieden geben.

Wie stellt sich dieses Ergebnis nun im Vergleich zu Hechingen und Sigmaringen dar? Um einen Vergleich

Tagblatt/Anzeigebblatt für Hohenzollern Nr.69, 105. Jahrgang vom 13. März 1933; c) Sigmaringen: Hohenzollerische Volkszeitung (Sigmaringer Zeitung/Donaubote/Sigmaringer Tagblatt) Nr. 55 vom 13. März 1933. Dem linken Lager wurde zugeordnet: Liste der Werkstätigen (Haigerloch), K.P.D., Sozialistische Arbeitsgemeinschaft (Hechingen) sowie die Freie Liste der Gewerbetreibenden, Handwerker und Arbeiter, K.P.D. (Sigmaringen); bürgerliches Lager: Gemeinwohl, Zentrumspartei, Überparteiliche bürgerliche Mitte (Haigerloch), Zentrum, Freie Wahlvereinigung (Hechingen), Hohenzollerische Zentrumspartei, Mittelstandsliste (Sigmaringen); völkisches Lager: NSDAP (alle drei Orte) sowie Kampfbund Schwarz-weiß-rot (Sigmaringen).

zu ermöglichen, habe ich die Listen drei politischen Lagern zugeordnet: dem linken Lager, einem bürgerlichen Lager der Mitte (katholisch, ggf. jüdisch?) und einem rechten, völkischen Lager. Im Gegensatz zur Reichstagswahl ergibt sich nun ein mit der eingangs aufgestellten These konsistenter Befund. Das Profil von Sigmaringen unterscheidet sich angebar und gleichsinnig von den Ergebnissen von Hechingen und Haigerloch. Es weist einen gegenüber beiden anderen Städten mindestens 10 Prozent höheren Anteil für das völkische Lager (NSDAP + Kampfbund Schwarz-weiß-rot) auf und dementsprechend einen geringeren Anteil der bürgerlichen Mitte. Haigerloch (mit dem höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil) bietet ein hochintegriertes Bild mit 74 Prozent Stimmenanteil für die bürgerliche Mitte. Es beruht vor allem auf zwei Standbeinen: 1. der Liste „Gemeinwohl“ unter Einschluss dreier jüdischer Kandidaten (37,2 Prozent) und 2. der Liste des Zentrums (mit 30,8 Prozent). Der Haigerlocher Anteil für das völkische Lager besteht ausschließlich aus 24,2 Prozent für die NSDAP, auf der Linken sind nicht einmal 2 Prozent zu vermelden. Hechingen weist einen ähnlich niedrigen Anteil für das völkische Lager auf (26,2 Prozent), hat aber einen höheren Stimmenanteil für das linke Lager (13,3 Prozent) und gegenüber Haigerloch einen niedrigeren für das bürgerliche Lager (60 Prozent).

Dass in Haigerloch vieles für eine integrative Wirkung der jüdischen Gemeinde auf die politische Ortskultur in Haigerloch spricht, ist bekannt. Viele Arbeiten haben auf die wichtige Rolle jüdischer Vereine in Haigerloch, aber auch der jüdischen Mitgliedschaften in christlichen Vereinen hingewiesen.<sup>9</sup> Persönlichkeiten wie zum Beispiel der Lehrer und Rabbinatsverweser Gustav Spier oder der Kaufmann und Synagogen-Vertrauensmann Alfred Levi gehörten zu den städtischen Honoratioren Haigerlochs. Diese und andere jüdische Haigerlocher wurden selbstverständlich in die Wahl(leitungs)ausschüsse der Gemeinde berufen. Durchweg gab es jüdische Mitglieder im Gemeinderat

oder jüdische Bürger wurden als Schöffen gewählt.<sup>10</sup> Der integrierte Status der jüdischen Gemeinde zeigt sich am Beispiel des Verhältnisses der unter einem Dach vereinten drei konfessionsgebundenen Schulen und ihrer Lehrer.<sup>11</sup>

Eine für die politische Kultur Haigerlochs typische Institution stellt die seit 1927 von allen drei Konfessionen gemeinsam veranstaltete Gedenkfeier für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs dar.<sup>12</sup> Die Gedenkreden hielten die christlichen Geistlichen mit dem jüdischen Rabbinatsverweser, Gustav Spier, im Wechsel. 1928 und 1931 hatte Spier die Rede gehalten, 1932 war der evangelische Pfarrer der Stadt an der Reihe. Die letzte Veranstaltung dieser Art fand nun ausgerechnet am 12. März 1933, also am selben Tag wie die eben analysierte Gemeindevahl statt. Der Haigerlocher Bote vom 13. März 1933 vermerkt eine „wichtige Rede“ des katholischen Dekans, die den örtlichen Zusammenhalt mit dem Hinweis auf den deutschen Soldaten beschwor, „der nicht nach Interessen und Parteien und Konfessionen frage, sondern der sein Leben gab für das große Ganze“. Das scheint die jüdische Konfession noch in die Logik eines „Burgfriedens“ einzubeziehen. Bereits 1934 war aber, wie Margarete Kollmar schreibt „die jüdische Gemeinde in Haigerloch aus der öffentlichen Trauergemeinschaft ausgeschlossen. Im Zusammenhang mit dem Volkstrauertag findet sie künftig in den ‚Hohenzollerischen Blättern‘ keine Erwähnung mehr.“<sup>13</sup>

### Epilog: Untergang des „Gemeinwohls“

Das nimmt bereits vorweg: die Wirkungen des erstaunlichen Wahlsiegs einer integriert jüdisch-christlichen Liste im beginnenden NS-Staat hielten nicht lange an. Was dann passierte, ist bekannt.<sup>14</sup> Die Angehörigen der Liste „Gemeinwohl“ wurden – wie alle anderen Gruppierungen – in einer Sitzung des Gemeinderats am Montag, dem 28. August 1933, „gleichgeschaltet“. Sie hatten nur die Wahl „um ihre Aufnahme als Hospitanten der NSDAP-Fraktion nachzusuchen“, so die Formulierung



**Abbildung 2: Rabbinatsverweser Gustav Spier. Bildquelle: Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb**

des Bürgermeisters in einem Schreiben vom Samstag, dem 26. August 1933 oder – nichts! Den beiden jüdischen Gemeinderäten Hohenemser und Ullmann schreibt der Bürgermeister der Stadt gleichlautend: „Bei Ihnen als nicht arischem Gemeindevertreter ist dies allerdings nicht möglich.“ Sein gut gemeinter Ratschlag, „um sich damit etwaige Weiterungen mit der Partei auf alle Fälle zu ersparen“, war, der Sitzung von vorne herein fernzubleiben und ihm gegenüber schriftlich die Niederlegung des Mandats zu erklären. Gleichsam als Trost fügt er an: „dass die Rechte der Gemeindevertretung heute ohnedies nur noch ganz geringe sind, und den Vertretungen möglicherweise in Bälde jedes Recht

9 vgl. F. X. Hodler: Geschichte des Oberamts Haigerloch. Hechingen/Freiburg 1929; P. Sauer: Die jüdischen Gemeinden in Württemberg und Hohenzollern. Stuttgart (Kohlhammer) 1966; J. Hahn: Juden in Hohenzollern. In F. Kallenberg (Hrsg.): Hohenzollern. Stuttgart (Kohlhammer) 1996; sowie insbes. M. Kollmar: Jüdisches Vereinsleben. In U. Jeggle (Hrsg.): Erinnerungen an die Haigerlocher Juden. Tübingen 2000: 135-155.

10 SAH Fasz. 18

11 H. Gabelli: Jüdische Elementarschulen in Haigerloch und Rexingen. In M. Ulmer, H. Högerle (Hrsg.): Vom Cheder zum Campus. Jüdische Bildung in Südwestdeutschland. Horb (Staudacher) 2018: 33-54

12 Dazu und für das folgende: M. Kollmar: „Erinnerung an die Gefallenen des ersten Weltkriegs in Haigerloch.“ In Gedenkstättenrundschau Nr. 21 (Dez. 2018): 11-19

13 Kollmar a.a.O.: 15

14 vgl. H.-J. Louis: Ausgrenzung und Stigmatisierung. Was war in Haigerloch anders als anderswo. In Jeggle a.a.O.: 208 ff. sowie für alle im Folgenden angeführten Ereignisse und Zitate: SAH Fasz. 18.

zur Beschlussfassung genommen wird.“ Jakob Hohenemser antwortet bereits am Sonntag, 27. August 1933, mit einem eisig förmlichen Schreiben, in dem er sein Mandat niederlegt. Louis Ullmanns Antwort vom Montag, dem 28. August 1933 ist offensiver und verbitterter: „Ich habe aber,“ so schreibt er, „als Jude überall, wo man mich als Deutscher hingestellt hat, meine volle Pflicht getan. Sowohl bei der Verteidigung meines Vaterlandes im Weltkriege, als auch in meiner 9 jährigen Tätigkeit auf dem Rathause, da ich immer nur das Wohl und Gedeihen meiner Heimatstadt im Auge hatte. Auch meine Brüder haben für mein Ib. Deutschland gekämpft und geblutet. Es dürfte dem Kollegium auch nicht unbekannt sein, daß meine Familie seit Hunderten von Jahren mit dieser meiner Geburtsstadt auf Wohl und Wehe verbunden ist.“

Neben Hohenemser und Ullmann legen auch Peter Schwenk vom Zentrum, sowie Rudolf Weltin vom „Gemeinwohl“ ihre Ämter nieder. Der Vorsitzende, so heißt es in einem Protokollauszug vom 31. August 1933, „spricht ihnen den Dank der

Stadt für ihre langjährige Mitarbeit auf dem Rathaus aus. [...] Alle übrigen Gemeindevertreter gehören dem Kollegium weiterhin als Hospitanten der NS.-Fraktion an.“ Damit war die kurze Geschichte des „Gemeinwohls“ im Haigerloch des Jahres 1933 endgültig beendet. Der 12. März 1933 – der erstaunliche Wahlsieg und die letzte gemeinsame Gedenkfeier aller drei Konfessionen – erwies sich lediglich als kurzes retardierendes Moment, als abschließendes Symbol. Der Traum von einer regionalen Politik, die sich um die wichtigen Dinge kümmert, während Hitler in Berlin regiert, war ausgeträumt. Was folgte, ist ebenfalls bekannt: die rücksichtslose und gewalttätige Zerstörung einer über anderthalb Jahrhunderte mühsam gewachsenen konfessionsübergreifenden Ortskultur, die in der physischen Vernichtung ihrer jüdischen Träger\*innen mündete.

#### Anmerkung des Verfassers:

Für wertvolle Hilfe, Anregungen und Informationen möchte ich mich ganz herzlich bei Heinz Högerle, Margarete Kollmar, Martin Ulmer bedanken, bei Vincent Laun,



**Abbildung 3: Louis Ullmann. Bildarchiv Foto Weber Haigerloch**

Angela Vielstich und Thomas Jauch (Kreisarchiv Sigmaringen, Stadtarchiv Hechingen) sowie bei der Firma Foto Weber in Haigerloch. Außerdem habe ich sehr von der Arbeit Helmut Gabelis profitiert, der dem Gesprächskreis Ehemalige Synagoge Haigerloch e.V. die Ergebnisse seiner Archivrecherchen hinterlassen hat (bezogen auf diesen Beitrag: Kopien der Faszikel 5, 18, 857 SAH Haigerloch).

## Baisingen 1933: „... auch in der Gemeindepolitik allmählich eine Umgruppierung“

**Karlheinz Geppert, Rottenburg am Neckar**

Im landwirtschaftlich und katholisch geformten Gäudorf Baisingen<sup>1</sup> amtierte seit 1925 der von der Ostalb stammende Pfarrer Franz Wamsler. Über die Zeiten der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre notierte er in der Pfarrchronik: „Die folgenden Jahre waren wirtschaftlich wenig günstige, da vor allem die Hopfenern- te versagte. Infolge der weit verbreiteten Pernospura<sup>2</sup> waren bei den meisten Bauern die Hopfen krank u. konnten nur um geringen Preis, aber auch gar nicht abgesetzt werden. Im übrigen deutschen Vaterland ging die Arbeitslosigkeit um wie ein unheimliches Gespenst, worunter jedoch eine fast rein bäuerl. Gemeinde wie Baisingen wenig zu leiden hatte.“<sup>3</sup> Diese vergleichsweise wirtschaftliche Stabilität trug wohl auch zur entspre-

chenden politischen Beständigkeit bei. Die überwiegend katholisch-agrarisch geprägten Dörfer in der Region um die Bischofsstadt Rottenburg in den Oberämtern Horb und Rottenburg zeigten bei den Wahlen am Ende der Weimarer Republik eine große Festigkeit gegenüber den Nazis. Bei der Reichstagswahl im Juli 1932 erzielte die NSDAP in Baisingen lediglich 23 Stimmen (von 409, = 5,6 Prozent), im nahen protestantischen Dorf Hochdorf, dem Heimatort des Horber NS-Kreisleiters Eugen Vogt, dagegen die höchste Stimmenzahl (66,5 Prozent).<sup>4</sup> Die Stimmen für die Nazis in den „Judendörfern“ des Horber Oberamts wiesen eine hohe Bandbreite auf: In Baisingen und Rexingen, den einzigen Gemeinden mit einer vergleichweisen substanzialen jüdischen Bevölke-

rung, rund 5 Prozent, in Mühringen und Nordstetten über 30 Prozent der Stimmen.

1933 lebten in Baisingen 86 Jüdinnen und Juden, etwa 10 Prozent der Einwohnerschaft. Es bestand eine intakte jüdische Gemeinde mit Lehrer und Vorsänger. Haupterwerbszweig war der Viehhandel. Nach dem

1 Aus Platzgründen wird auf etliche Einzelnachweise verzichtet, sondern auf das Ortsgeschichtsbuch verwiesen: Karlheinz Geppert / Peter Ehrmann (Hgg.), 750 Jahre Baisingen. Eine Gemeinde im Gäu auf dem Weg in die Gegenwart. Rottenburg am Neckar 2008.  
2 Peronospora, falscher Mehltau, ist eine Pilzkrankheit bei vielen Kulturpflanzen, so auch beim Hopfen.  
3 Pfarrchronik Baisingen, 1862 – 1936, Typoskript im Stadtarchiv Rottenburg am Neckar, F 29/26, S. 336.  
4 Martin Braunhuber, Konrad Haizmann und Kevin Katz, Hochdorf im Nationalsozialismus. Ein ausgeblendetes Kapitel der Ortsgeschichte eines Gäudorfes. Schülerarbeit an der Christiane-Herzog-Realschule Nagold 2019, S. 10.

**Baisingen, in den 1930-er Jahren. Die scheinbare Normalität weicht auch in Baisingen bald den Bedrohungen und Schikanen. Laubhüttenfest in der Synagoge. Bildnachweis: Stadtarchiv und Museen, Rottenburg am Neckar**



Machantritt Hitlers am 30. Januar 1933 wurden die Schikanen und Boykottmaßnahmen des NS-Regimes von Jahr zu Jahr drückender und drohender.

Am 25. April 1933 wurde der Baisinger Gemeinderat aufgrund der Wahlergebnisse vom 5. März 1933 neugebildet. An der Wahl beteiligten sich 400 von 460 Wahlberechtigten, 296 Stimmen entfielen auf das Zentrum (= 74,0 Prozent), 58 Stimmen auf die NSDAP (=14,5 Prozent). Somit gehörten dem umgebildeten Rat fünf Vertreter der Zentrumspar

tei und ein Nationalsozialist an. Der Schneidermeister Ludwig Haarburger, einziger Gemeinderat der jüdischen Minorität, schied mit diesem Tag aus dem Baisinger Rat aus, dem er beinahe 14 Jahre lang angehört hatte. An der Spitze der bürgerlichen Gemeinde stand seinerzeit der bereits seit 1907 amtierende Anton Teufel, ein Angehöriger der Schultheißenfamilie Teufel, die seit 1828 fast ununterbrochen den Baisinger Ortsvorsteher gestellt hatte. Allerdings musste er alsbald dem „national eingestellten Bürgermeister Anton Raible“<sup>5</sup> Platz

machen, der bis 1945 im Amt blieb. Leiter der NSDAP-Ortsgruppe war der Lehrer Fuchs.

Für den Zeitraum 1930 bis 1936 notierte Pfarrer Wamsler nur lapidar: „Aus den folgenden Jahren ist nichts Besonders aus der Dorfgeschichte Baisingens zu berichten. Am 30. Januar 1933 erfolgte in der großen deutschen Politik die Gründung des III. Reichs durch die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei unter Führung von Adolf Hitler. Demzufolge kam auch in der Gemeindepolitik allmählich eine Umgruppierung der regionalen Kräfte, nicht in allweg zur reinen Freude des Pfarrers.“<sup>6</sup>

Nachbemerkung: Der Horber NSDAP-Kreisleiter Eugen Vogt (1903–1967) war in der Pogromnacht 1938 maßgeblich an der Schändung der Baisinger Synagoge beteiligt,<sup>7</sup> der langjährige Baisinger Gemeinderat Ludwig Haarburger (1873–1942) wurde deportiert und am 26. September 1942 in Maly Trostinec bei Minsk ermordet und Anton Teufel (1878–1954) amtierte von 1945 bis 1946 erneut als Baisinger Bürgermeister.



**Laubhütte der Familie Gideon in der Kaiserstraße. Bildnachweis: Stadtarchiv und Museen, Rottenburg am Neckar**

<sup>5</sup> Anton Buhl, Auf alten Spuren der Heimatgemeinde Baisingen, 1953 (Ortsarchiv Baisingen).

<sup>6</sup> Wie Anm. 3, F 29/26, S. 337.

<sup>7</sup> Wie Anm. 4 und Carsten Kohlmann, »... die einzelnen Täter nach Möglichkeit geheim zu halten«. Zur Biographie von NSDAP-Kreisleiter Philipp Baetzner (1897–1961) und seiner Rolle bei den Pogromen am 9. und 10. November 1938 im Kreis Horb, in: Gedenkstätten-Rundschau Nr. 5, Nov. 2010, S. 1–5.

# Rottenburg 1933 – die Zentrumshochburg und Heimatstadt von Eugen Bolz erhält einen NS-Bürgermeister

*Karlheinz Geppert, Rottenburg am Neckar*

Die alte Römer- und vergleichsweise junge Bischofsstadt Rottenburg war bei den Wahlen zu Beginn der 1930-er Jahre eine sichere Bank des katholischen Zentrums, so auch im Juli 1932 bei der Reichstagswahl: NSDAP 15,9 %, Zentrum 60,3 %, KPD 11,5 % und SPD 6,5 % der Stimmen. Die Nazis taten sich in diesem kirchenfreundlichen Milieu sehr schwer. Erst 1931 konnte eine Ortsgruppe der NSDAP gegründet werden, deren Parteilokal der „Bären“ am Marktplatz war. Bis Anfang 1933 wuchs die Ortsgruppe mit dem jungen Leiter Walter Hesse an der Spitze auf ungefähr 50 Mitglieder an.<sup>1</sup>

Die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 brachten in Rottenburg für die Hitlerpartei keine großen Zuwächse: 24 % NSDAP, 56,8 % Zentrum, 9,11 % KPD und 4,9 % SPD, dennoch titelte die Lokalpresse: „Mächtiger Erfolg der Nationalsozialisten – das Zentrum glänzend behauptet – Verlust der Kommunisten.“<sup>2</sup> Und das Zentrum dominierte in dieser katholischen

Hochburg ebenso den Gemeinderat; bei den Wahlen im Dezember 1931 war die NSDAP ohne Sitz geblieben, seinerzeitige Zusammensetzung des Stadtrats: zehn Zentrum, zwei christliche Gewerkschaften, zwei Unparteiliche bürgerliche Vertreter, drei SPD und ein „Überparteilicher Vertreter“.<sup>3</sup>

Nach der Gleichschaltung der Gemeinderäte nach den März-Wahlen von 1933 wurden am 8. Mai die neuen Ratsherren vereidigt. Von 14 Mitgliedern waren nun vier NSDAP-Mandatare:<sup>4</sup> Obersekretär Karl Müller, Kaufmann Gottlieb Schad, Kupferschmiedmeister Alfons Schnell und Nadelrichter Anton Wiedmaier.<sup>5</sup> Bei dieser Gelegenheit erfolgte auch die Umbenennung des Stadtgrabens in Adolf Hitler Anlage und des Sülchendorplatzes in Hindenburgplatz. Zu den NS Anträgen dieser Zeit gehörte der Entzug der Ehrenbürgerwürde des langjährigen, jetzt abgesetzten Zentrums-Staatspräsidenten Eugen Bolz (1881–1945). Allerdings verzichtete der Rat auf die entsprechende

Beschlussfassung und der Rottenburger Bolz blieb Ehrenbürger, eine Würde, die er anlässlich seines 50. Geburtstages 1931 erhalten hatte.

Die Anerkennung von Bolz als einem herausragenden Sohn der Stadt bezeugt auch das Faktum, dass das bisherige Zentrumsstadtoberhaupt Josef Schneider am 11. März 1933 ein Ergebenheitstelegramm an ihn sandte.<sup>6</sup> Schneider, wie Bolz NS-Gegner, sah als Bürgermeister keine

1 Aus Platzgründen wird auf manche Einzelnachweise verzichtet, sondern vor allem auf folgendes Werk verwiesen: Karlheinz Geppert (Red.): Rottenburg im Nationalsozialismus. Von der Machtergreifung zum Kriegsbeginn. Rottenburg 2009 (= Der Sülchgau 52/53)

2 Stadtarchiv Rottenburg (StAR) A 70 Nr. 12; Rottenburger Zeitung, 05.03.1933.

3 StAR, Gemeinderatsprotokoll, 14.01.1932.

4 Rottenburger Zeitung, 26.04.1933.

5 StAR, Gemeinderatsprotokoll. v. 08.05.1933. So ist es sicher kein Zufall, daß im folgenden halben Jahr, von Juni bis November 1933, ganze sechs nicht der NSDAP angehörende Gemeinderäte dem Gremium den Rücken kehrten; Rottenburger Zeitung, 19.08.1933 und 3.11.1933.

6 Ludwig-Uhland-Institut der Universität Tübingen, Nationalsozialismus im Landkreis Tübingen. Eine Heimatkunde. Tübingen 1988, S. 284.



*Marktplatz mit Hotel Bären und Rathaus im Zeichen der Hakenkreuzfahne.*

*Bildnachweis: Stadtarchiv und Museen, Rottenburg am Neckar*

**Haus der N.S.D.A.P („Braunes Haus“) und der Rottenburger Zeitung mit Hakenkreuzfahne am Marktplatz.**  
**Bildnachweis: Stadtarchiv und Museen, Rottenburg am Neckar**



Perspektive mehr, kündigte auf den 16. Juni und wurde Finanzrat im Bischöflichen Ordinariat.<sup>7</sup>

Im Folgenden bewarben sich 13 Personen als Bürgermeister, in die engere Wahl kamen: Amtsverweser und Stadtpfleger Anton Bolz mit zehn Stimmen, NS-Gemeinderat Karl Müller<sup>8</sup> und Wilhelm Seeger (Jahrgang 1893) von Isny mit jeweils acht Stimmen.<sup>9</sup> Am 26. August 1933 wurde Seeger vom Stuttgarter Innenministerium zum Bürgermeister ernannt.<sup>10</sup> Seeger war von 1917 bis zum 1. Juli 1933 Zentrums-Bürgermeister in Isny gewesen, dort als NS-Gegner betrachtet und in der Allgäustadt durch den linientreuen Georg Scheerer ersetzt worden.<sup>11</sup>

Die nächsten „Wahlen“ folgten am 12. November 1933, es ging um die Neubesetzung des bedeutungslos gewordenen Reichstages sowie das Ja zu Hitlerdeutschlands Austritt aus dem Völkerbund. Zuvor, am 6. November, gab es eine große Wahlkundgebung in der Turn- und Festhalle mit dem württembergischen NS-Innenminister Dr. Jonathan Schmid.<sup>12</sup> Das Ergebnis dieser Wahl in der Bischofsstadt war 4560 Ja und 97 Neinstimmen.<sup>13</sup> War Rottenburg so schnell braun geworden?

Und was war mit den Rottenburger Juden?<sup>14</sup> 1933 lebten noch elf jüdische Menschen in der Stadt. An noch bestehenden Handels- und Gewerbebetrieben sind zu verzeichnen: die Putzwollfabrik Rudolf Hork-



**Von der N.S.D.A.P eingesetzter Bürgermeister Wilhelm Seeger, amtierte von 1933 bis 1945 in Rottenburg, zuvor war er Zentrums-Bürgermeister in Isny /Allgäu.**  
**Bildnachweis: Stadtarchiv und Museen, Rottenburg am Neckar**

heimer Söhne (Sprollstraße 27) und das Bekleidungsgeschäft für Herren Josef und Rosa Berlzheimer (Königstr. 73). Am 1. April 1933 zogen wohl vor dem letzteren SA-Posten auf, um Kunden am Betreten des Ladens zu hindern.<sup>15</sup> Der 68jährige Josef Berlzheimer starb am 29. November 1933 in Rottenburg einen tragischen Unfalltod. Während andernorts Juden bereits umgehend aus Vereinen rausgeworfen wurden, konnten Albert und Rosa Horkheimer zunächst Mitglieder des Tennis-Klubs Rottenburg bleiben. Beide waren langjährige Mitglieder des Vereins, besonders Rosa und die Kinder Gertrude und

Rudolf zudem engagierte Tennisspieler. 1935 übte dann NS-Ortsgruppenleiter Walter Hesse entsprechenden Druck auf den Vereinsvorstands aus und die Horkheimers verließen „freiwillig“ den Klub.<sup>16</sup> Gertrude Horkheimer konnte mit ihrem Mann Siegfried Bauer mit Tochter Lilian (geb. 1931, heute Barber) über England in die USA auswandern. Rudolf Horkheimer (1894– 992), zugleich ein talentierter Funkamateurliebhaber, emigrierte 1938 nach Bolivien, kehrte allerdings nach zwanzig Jahren nach Deutschland zurück. Wem die Flucht nicht mehr gelang, der wurde schließlich wie fünf Rottenburger Jüdinnen und Juden, in den KZ's ermordet. Albertine Dierberger (1875–1948) wurde 1944 nach Theresienstadt deportiert und kehrte nach Kriegsende als einzige Rottenburger Jüdin zurück.

7 StAR, Gemeinderatsprotokoll, 02.06.1933.

8 Karl Müller von 1954 bis zum seinem Tod 1959 Bürgermeister Rottenburgs.

9 StAR, Gemeinderatsprotokoll, 01.08.1933, StAR A 70 Nr. 57.

10 StAR, Gemeinderatsprotokoll, 18.09.1933, Rottenburger Nachrichten, 19.09.1933.

11 Manfred Haaga, Die nationalsozialistische Machtergreifung in Isny, Typoskript März 2016, S. 45f.

12 Rottenburger Zeitung und Rottenburger Nachrichten, 07.1.1933. Am 6. November 1933 wurden vom Gemeinderat der württembergische Innenminister Dr. Jonathan Schmid und Reichsstatthalter Wilhelm Murr zu Rottenburger Ehrenbürgern ernannt.

13 Rottenburger Zeitung Rot, 13.11.1933.

14 Paula Kienzle, Spuren sichern für alle Generationen. Die Juden in Rottenburg im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 2008.

15 Ebenda, S. 245f.

16 Ebenda, S. 202ff. 75 Jahre Tennisclub Rottenburg e.V. Rottenburg 2001, S. 22.

# Ein erweiternder Blick auf den mutigen Mössinger Generalstreik am 31. Januar 1933

*Irene Scherer und Welf Schröter, Mössingen*

Wer sich mit dem Erinnern und Gedenken befasst, wer sich als Fachkraft oder als engagierter Laie mit historischen Vorgängen auseinandersetzt, bemerkt rasch, dass ein geschichtliches Ereignis nie nur aus einem einzigen Begründungszusammenhang hergeleitet werden kann. Gesellschaftliche Ereignisse lassen sich nicht nur auf einen einzigen Grund oder Anlass (monokausal) zurückführen. Es wirken immer mehrere Faktoren (multikausal) zusammen. Legen wir dieses Handwerkszeug der Erinnerungsarbeit dem Versuch zugrunde, sich dem Ereignis des Mössinger Generalstreiks<sup>1</sup> gegen Hitler vom 31. Januar 1933 zu nähern, erklärt sich rasch, warum manche Interpretationen des Generalstreiks zu kurz greifen.

## Was geschah Ende Januar 1933 in Mössingen?

Zweifellos war der Widerstand der Mössinger Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Machtübergabe an die Nationalsozialisten und die Kriegsgefahr ein außergewöhnliches Geschehnis von Zivilcourage. Am Abend des 30. Januar 1933 versammeln sich Bürgerinnen und Bürger Mössingens und umliegender Gemeinden in der Langgass-Turnhalle und vereinbaren öffentlichen Protest gegen die Gefährdung der Demokratie. Ein Flugblatt der KPD ruft zum Streik auf. Am nächsten Tag diskutiert die Belegschaft des Textilunternehmens Pausa auf Vorschlag von kommunistischen Sprechern den Streik. Nach einem argumentativen Hin-und-Her wird der Streik beschlossen. Die Textilunternehmer geben den Beschäftigten frei. Vom Treffpunkt Langgass-Turnhalle zieht ein anwachsender Protestzug zu den beiden weiteren Textilfabriken, um auch deren Belegschaft zum Streik zu motivieren. In einem der Betriebe kommt es zu Rangeleien. Als die aus der Region herbei gerufene Polizei am Ort eintrifft, retten sich die Streikenden, um nicht verhaftet zu werden. Es kommt zu Festnahmen, Denunziationen und

Verurteilungen. Mehrere streikende Frauen und Männer werden zu Haftstrafen und zum Teil zu mehrjährigem Gefängnis verurteilt.

## Bausteine der Bewusstseinsbildung

So könnte eine Kurzdarstellung der damals mutigen Aktion lauten. Doch aus einer solchen schmalen Beschreibung leiteten später unterschiedliche Akteure ihre monokausalen Verkürzungen ab. Die eine Denkrichtung berief sich auf das KPD-Flugblatt und erklärte dieses zum alleinigen Grund und Anlass des Streiks. Die andere Denkrichtung wollte in der Rangelei die Gewaltphantasie stalinistischer Demokratiefeinde erkennen. Beide Darlegungen sind in ihrer Monokausalität unzureichend und falsch. Bedenklich ist, dass in einer Bewertung zum 90. Jahrestag des Mössinger Generalstreiks diese verkürzte monokausale Eindimensionalität dazu herangezogen wurde, der Mössinger Wirklichkeit des Jahres 1933 ein banales Denken in Lagern zu unterstellen. Da habe es die Linken gegeben und dort „das andere Mössingen“. Eine solche Schwarz-Weiß-Schablone fand ihre Ursprünge in der Block-Logik der 50er und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts, in die ein vornehmlich entweder pro- oder antikommunistisches Verhalten hineindebattiert wurde. Man schrieb die DDR in Führungszeichen als „DDR“. Heute steht die stadttamtliche Bezeichnung ‚Mössinger Generalstreik‘ in einfachen Führungszeichen<sup>2</sup>.

Versuchen wir eine multikausale Annäherung an die Mössinger Ereignisse am 30. und 31. Januar 1933. Welchen Voraussetzungen und welchen Vorgeschichten folgte der Streikaufruf? Wie war es möglich, dass dem kommunistischen Aufruf zum Generalstreik am 31. Januar 1933 bis zu 800 Menschen folgten, wo doch am Ort nur weniger als 20 Personen Mitglieder der KPD waren? In der Recherche über die Geschichte der

Löwensteinschen Pausa der Jahre 1919 bis 1936 sind wir auf eine Reihe von Einflussfaktoren gestoßen, die wir als Bausteine der Bewusstseinsbildung jener Frauen und Männer betrachten, die später zu Streikenden und Demonstrierenden wurden. Mehrere Faktoren trugen zum widerständigen Handeln bei.

## Die Bedeutung der Löwensteins im Vorfeld des Generalstreiks

Das Handeln der jüdischen Unternehmer Löwenstein und die von ihnen mitgeschaffene Betriebskultur haben den Boden für die Bereitschaft zum Widerstand gegen den NS-Staat mit vorbereitet. Nachdem die Belegschaft der Pausa sich per Abstimmung zur politischen Arbeitsniederlegung entschlossen hatte, gaben die Unternehmer Löwenstein allen Beschäftigten frei. Damit lösten sie den Konflikt um das Abstimmungsverfahren und schützten die Streikenden juristisch. Das Verhalten der jüdischen Arbeitgeber wurde zunächst so gedeutet, dass sie dem Druck der Streikenden nachgegeben hätten. Bei näherer Betrachtung deutet jedoch einiges daraufhin, dass die Löwensteins den Aufruf zum Streik mit aktiver Sympathie begleiteten. Dies haben auch die beiden Nachkommen Doris Angel, Tochter von Felix Löwenstein, und Harold Livingston, Sohn von Artur Löwenstein in Gesprächen bestätigt. Artur und Felix Löwenstein waren bereits vor dem Januar 1933 bewusst politisch gegen die Nationalsozialisten vorgegangen. Ein wichtiges Indiz dafür ist der Konflikt der Unternehmer mit einem Mössinger Handwerker. „Ich glaube, dass die Herren Löwenstein nirgends keinen besseren Schutz genießen als durch die Nationalsozia-

1 Bernd Jürgen Warneken, Hermann Berner (Hg.): Da ist nirgends nichts gewesen außer hier. Das „rote Mössingen“ im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfes – Jakob Textor zu Ehren. Mössingen 2012.

2 Hans-Joachim Lang: Das Mössinger ‚Gänsefußchen‘. In: Schwäbisches Tagblatt, Ausgabe vom 24. Januar 2023.



*Felix und Helene Löwenstein*

listen selber.“ Diesen Satz äußerte ein Mössinger, der NSDAP geistig nahe stehender Handwerksmeister am 9. Oktober 1932 in einem Schreiben mit Briefkopf seiner Firma an die Gebr. Löwenstein. „Mit deutschem Gruß“ sandte der Schreiner seinen harschen Protest an die Geschäftsleitung der Pausa. Er beklagte sich bei Artur und Felix Löwenstein darüber, dass die Unternehmer ein falsches Bild von Hitler hätten („Hitler will das nicht“), dass die Firma Pausa ihm keine Aufträge mehr gäbe und ihn durch einen anderen Schreiner ersetzt habe. Als Begründung dafür hatte er vom Pausa-Betriebsleiter erfahren, dass er als Handwerker deshalb nicht mehr berücksichtigt werde, weil er „Nationalsozialist [sei] und weil Nationalsozialisten Judenhasser seien“. Der Handwerker führte drohend weiter aus, „die Herren Löwenstein könnten nur Hass ihnen gegenüber heraufbeschwören, wenn sie so weiter vorgehen würden wie gegen mich“.<sup>3</sup>

### Die Bedeutung der Bauhaus-Frauen im Vorfeld des Generalstreiks

Felix und Artur Löwenstein sind Vertreter eines aufgeklärten, technologisch fortschrittlichen, künstlerisch interessierten und sozial engagierten jüdischen Bürgertums, zu dessen



*Flora und Artur Löwenstein*

Selbstverständnis die künstlerische wie die technische Moderne gehört. Dass sich die beiden Familien Artur und Flora Löwenstein sowie Felix und Helene Löwenstein schon vor dem Generalstreik bewusst politisch gegen die NSDAP positionierten, lässt sich auch an ihrer Personalpolitik ablesen. Insbesondere Felix und Helene Löwenstein waren es, die in den zwanziger Jahren die Verbindung zu den Künstlerinnen und Designerinnen der Webergasse am Bauhaus Dessau herstellten. Felix Löwenstein gewann die Bauhausschülerinnen Ljuba Monastirskaja, Lisbeth Oestreicher und Friedl Dicker für die Arbeit in der Pausa in Mössingen vor 1933. Dieser Schritt der Löwensteins war richtungsweisend, weil schon mindestens seit 1924 politisch rechts stehende Parteien und die Nationalsozialisten gegen das Bauhaus vorgehen. Anfang der dreißiger Jahre standen die Bauhäusler auch im Zentrum der Angriffe der NSDAP. Schon in den zwanziger Jahren trat die Pausa mit Briefkopf offen und demonstrativ mit ihrem Bekenntnis zum Bauhausstil bei Messen und Ausstellungen auf: „Wir propagieren schon seit dem Jahr 1921 den modernen Stil, auch Bauhausstil genannt.“ Als die Löwensteins die drei Designerinnen für die Pausa verpflichteten, waren deren politische

Profile öffentlich bekannt. Lisbeth Oestreicher und Friedl Dicker, beide Jüdinnen, äußerten sich offen sozialistisch. Von Ljuba Monastirskaja liegen keine Belege vor. Da sie aber eng mit Lisbeth Oestreicher befreundet war, liegt nahe, dass auch sie ähnliche politische Auffassungen teilte. Friedl Dicker trat 1932 der KPÖ bei. Die Anwesenheit dieser drei fachkompetenten Frauen konnte die Belegschaft der Pausa sowohl politisch als auch arbeitsorganisatorisch beeinflussen. Alle drei Künstlerinnen brachten in die Pausa nicht nur neue gestalterische Ideen und neue Material- und Farbimpulse ein. Ihre Praxis ermutigte die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Pausa und trug zur Entwicklung eines neuen Selbstbewusstseins bei.<sup>4</sup>

### Jugend will die Moderne

Im Laufe der Zwanzigerjahre bis hin zum Januar 1933 war in Mössingen eine neue Kultur entstanden. In vielen Bereichen war es vor allem eine Jugendkultur und Gegenkultur. Junge Leute sahen für sich die Chancen für ein anderes Leben. Ein antiautoritäres, gegen althergebrachte Ordnungen rebellierendes Lebensgefühl machte sich breit. Statt strenger pietistischer Wertbilder brachen die Jungen aus und organisierten sich jenseits der Familie. Der Ort Langgass-Turnhalle wurde zum Symbol neuer Unabhängigkeit, wo geturnt, gesprochen, über Theater, Musik und Sexualität, Frauenrolle und Motorräder, Sozialdemokratie und Kommunismus wild debattiert wurde. In netzwerkähnlichen Vereinen organisierten sich jene, die mit dem Lebensstil ihrer Eltern und Großeltern nicht mehr zufrieden waren. Sie wollten ein anderes Leben. Welches Gefühl von Freiheit und Abenteuer muss es gewesen sein, als die Jungs auf ihren Motorrädern mit ihren

<sup>3</sup> Irene Scherer: Artur und Felix Löwenstein. Biografische Notizen. In: Irene Scherer, Welf Schröter, Klaus Ferstl (Hg.): Artur und Felix Löwenstein. Würdigung der Gründer der Textilfirma Pausa und geschichtliche Zusammenhänge. Mössingen 2013, S. 185.

<sup>4</sup> Irene Scherer: Bauhäuslerinnen in der Löwensteinschen Pausa Ljuba Monastirskaja, Lisbeth Oestreicher und Friedl Dicker. In: Irene Scherer, Welf Schröter, Klaus Ferstl (Hg.): Artur und Felix Löwenstein. Würdigung der Gründer der Textilfirma Pausa und geschichtliche Zusammenhänge. Mössingen 2013, S. 321–366.



*Die 1928 erbaute Löwensteinsche Pausa-Shedhalle wurde 2007 abgerissen.*

Freundinnen durchs Steinlachtal brausten. Wie entsetzt muss der Pfarrer gewesen sein, als zum ersten Mal ein Mädchen auf einer solchen Maschine loslegte. Welche Provokation war es, als zwei Frauen erstmals mit ihrem Turnerleibchen (heute würde man T-Shirt sagen) durchs Dorf gingen. Welche Herausforderung war die Großveranstaltung in der Langgass-Turnhalle zum Paragraphen 218. Die Weltordnung der Elterngeneration schien aus den Fugen zu geraten. 1933 ging es auch um den jugendlichen leidenschaftlichen Aufbruch mit Hoffnungen auf eine moderne Gesellschaft. Mössingen war damals ein Mikrokosmos der Moderne und des Ringens um den Erhalt der Moderne.<sup>5</sup>

### Jüdische Spuren im Mössinger Generalstreik

Der Mössinger Generalstreik stellt zweifellos ein außergewöhnliches historisches Beispiel für Zivilcourage dar. Als Löwenstein-Forschungsverein e.V. setzen wir uns für die Erinnerung an jene jüdischen Menschen ein, die Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre in der Löwensteinschen Pausa aktiv handelten. Das Zustandekommen des Mössinger Generalstreiks ist ohne Berücksichtigung der erkennbaren jüdischen Spuren nicht wirklich verstehbar.

Die Gründerinnen und Gründer der Pausa, Artur und Flora Löwenstein sowie Felix und Helene Löwenstein wurden durch ihre Erfahrungen an der Front und im Lazarett vom Schrecken und Trauma des Ersten Weltkrieges

geprägt. In ihrer Haltung zeigten sie sich eindeutig: Nie wieder Krieg! Diese Sicht teilten sie mit den Sprechern der Generalstreikenden. Als die Löwensteins in ihrer Eigenschaft als Unternehmer der Belegschaft am 31. Januar 1933 nach dem Streikbeschluss frei gaben, wollten sie die Streikenden schützen. Die Löwensteins wichen nicht dem Druck des Streiks, sondern sie stärkten dessen Absicht. Die Löwensteins sahen die Kriegsgefahr, erlebten den Antisemitismus und ahnten schon zum Zeitpunkt von Hitlers Machtantritt, dass sie mit ihren Kindern in Lebensgefahr geraten werden.<sup>6</sup>

### Von pietistischen Kommunisten

Das Steinlachtal war in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre noch mehr vom protestantischen Pietismus geprägt als heute. Zwar standen viele Gläubige des „Stundengebetes“ der Moderne und dem Verhalten der jungen Leute distanziert und kritisch gegenüber. Doch gewisse Spuren der christlichen Heilsverkündung aus dem Pietismus sind mit Teilen des kommunistischen Denkens kompatibel. Die konfrontative Gegenübersetzung von angeblich demokratiefeindlichen Anhängern Stalins auf der einen Seite und dem bewahrenden Pietismus als „das andere Mössingen“ auf der zweiten Seite ist nur plakativ aber nicht wirklich hilfreich. Entlang der Analyse von Albrecht Esche gilt es zu fragen, wieviel pietistisches Denken steckt im besonderen, vor Ort gewachsenen Steinlachtal-Kommunismus? Pietistische Kommunisten

passen nicht in die Projektion von Lagern.<sup>7</sup>

### Ermütigung zum Neu-Denken

Die Erinnerungsarbeit für den Mössinger Generalstreik benötigt eine Pluralisierung der Herangehensweisen, eine Differenzierung der Faktorenanalysen, eine Betonung der Rolle des Ringens um die Moderne, eine Berücksichtigung des Pietismus, eine Bearbeitung der juristischen Dimensionen<sup>8</sup> und die Anerkennung des Parts jüdischer Menschen.

Die Aussage, dass es im Generalstreik keine Juden gab, ist ein Vorurteil. Die Aussage, dass in Mössingen keine Juden wohnten und es deshalb kein „antisemitisches Verbrechen“ gegeben haben kann, ist offensichtlich falsch. Wie virulent dieser Aspekt noch immer ist, zeigt sich in dem heutzutage ständig wiederkehrenden Hinweis, dass die Löwensteins keine Mössinger gewesen seien. Die Täter aber, die Unternehmer Burkhardt, Greiner und Häussler sind gewürdigt bis hin zur Ehrenbürgerschaft. Jedoch: Es ist genau umgekehrt. Burkhardt, Greiner und Häussler haben nie in Mössingen gewohnt. Die Löwensteins lebten zeitweise an der Steinlach. Gegenüber Burkhardt, Greiner und Häussler hat noch niemand erwähnt, sie seien keine Mössinger. Die Auswirkungen des 31. Januar 1933 sind latent noch spürbar. Darüber muss auch bei der Erinnerung an den Mössinger Generalstreik nachgedacht werden.

5 Irene Scherer, Welf Schröter: Ein neues junges Lebensgefühl sehnte sich nach Aufbruch in die Moderne. In: Irene Scherer, Welf Schröter, Klaus Ferstl (Hg.): Artur und Felix Löwenstein. Würdigung der Gründer der Textilfirma Pausa und geschichtliche Zusammenhänge. Mössingen 2013, S. 289–295.

6 Welf Schröter: Redebeitrag bei der Demonstration in Mössingen am 28. Januar 2023 anlässlich des 90. Jahrestages des Mössinger Generalstreiks am 31. Januar 1933. Audiodatei (Länge 7 Min.) siehe: <https://youtu.be/zc151rbMSg4>

7 Irene Scherer: „Nur langsam und nicht hochnäsiger sein“ – Kampf um die Moderne am Fuß der Schwäbischen Alb. Hintergründe und Vorgeschichten des Mössinger Generalstreiks gegen Hitler. In: Heidi Beutin, Wolfgang Beutin, Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Michael Walter, Claudia Wörmann-Adam (Hg.): „Widerstand ist nichts als Hoffnung“. Widerständigkeit für Freiheit, Menschenrechte, Humanität und Frieden. Mössingen 2021, S. 155–172.

8 Hans-Ernst Böttcher: „Der Mössinger Generalstreik und die gerichtliche Rehabilitierung der Streikenden“. Aufzeichnung (Audiodatei 66 Min.) des Onlinevortrages am 1. Februar 2023 anlässlich „Neunzig Jahre Mössinger Generalstreik“ am 1. Februar 2023. Siehe: [https://youtu.be/e\\_tTZ5Aal7w](https://youtu.be/e_tTZ5Aal7w)

# Internationale Jugendbegegnung zum Unternehmen Wüste

## Von der Projektidee bis zur Abrechnung über das Programm Erasmus+

Vincent Schreiber, Konstanz

32 Jugendliche im Alter von 15-27 Jahren aus Portugal, Rumänien und Deutschland beschäftigten sich über zwei Wochen mit den Konzentrationslagern des Unternehmens Wüste. Herausgekommen ist dabei ein virtueller Rundgang, der die Orte des Geschehens digital begehbar macht und sie mit multimedialen Inhalten anreichert. Doch neben diesem Ergebnis stand insbesondere der interkulturelle Austausch junger Menschen im Fokus dieser europäischen Jugendbegegnung. Ich möchte als Organisator im Folgenden genauer schildern, wie es dazu kam. Dies in der Hoffnung, dass es Ihnen eine Inspiration für Ihre Gedenkstättenarbeit oder auch andere interkulturelle Projekte bietet. Ich studiere seit Oktober 2020 in Konstanz die Fächer Deutsch und Ethik/Philosophie für das Lehramt am Gymnasium.

Nun aber nochmal auf Anfang. Der Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 kann als Startpunkt unseres Projektes betrachtet werden. Eine vage Idee bzw. das Wissen, dass die europäische Union massiv in die Bildung und Mobilität (im Sinne von Reisen) junger Menschen investiert, hatte ich schon von meinen EU-geförderten Auslandsaufenthalten. Doch nun, während des ersten Lockdowns, hatte ich endlich Zeit, mich einmal intensiv mit dem Programm Erasmus+ (gesprochen: Erasmus Plus) auseinanderzusetzen.

Mein Interesse galt zunächst dem Stichwort „**informelle Gruppe junger Menschen**“, denn ich hatte gehört, dass es auch ohne Verein oder eine anderweitige Institution möglich sein sollte, im Rahmen des Programms Projektanträge zu stellen. Das betrifft vor allem den Bereich der Jugendbegegnungen. So war mein Ziel nach dem Studium des Programmleitfadens klar: Ich wollte eine Jugendbegegnung organisieren. Das war schon länger mein Wunsch, aber ich hatte nun eine Möglichkeit gefunden, ein

### Kurzgefasst: Erasmus+

Erasmus ist sicherlich vielen ein Begriff. Darunter versteht man meist irgendetwas mit Studenten und Ausland und das ist auch richtig, doch eben bei weitem nicht alles. Zurecht trägt das Programm also ein + im Namen. Um es auf den Punkt zu bringen: Erasmus+ ist ein Programm der Europäischen Union zur Förderung der Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und der Mobilität von Einzelpersonen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, sowie zur Förderung von Jugend und Sport.

Aktuell befinden wir uns in der zweiten Auflage des Programms. Die geht von 2021 bis 2027 und ist für diesen Zeitraum mit einem Budget von ca. 26 Milliarden Euro ausgestattet. Wie umfangreich das Programm ist, erkennt man als Laie am Programmleitfaden, der mehr als 350 Seiten umfasst, jedoch aufgrund seiner klaren Strukturierung einen guten Überblick über das Programm bietet.

solches Projekt zu finanzieren. Ein kleiner Vorgriff: Die vorgesehenen Fördermittel reichen für gewöhnlich gut aus, um 100 Prozent der Kosten zu decken. Weder unser Organisationsteam noch die Teilnehmenden haben etwas aus eigener Tasche zahlen müssen. Das ist meiner Meinung nach das stärkste Argument für Erasmus+: Es ermöglicht allen jungen Menschen den Zugang zu Bildungsangeboten, unabhängig von der finanziellen Situation.

### Wer, was, wie?

Somit stand also fest, dass es sich um eine Jugendbegegnung handeln sollte, doch wo sollte sie stattfinden? Im Zollernalbkreis gab es vorher noch keine Erasmus+ Projekte, also war es nun an der Zeit dafür. Glücklicherweise bot der Zollernalbkreis auch eine große Auswahl an Gruppenunterkünft-

### Aktivitätstyp Jugendbegegnung

Jugendbegegnungen sind Treffen von Gruppen junger Menschen aus mindestens zwei verschiedenen Ländern, die für einen kurzen Zeitraum zusammenkommen, um gemeinsam ein nichtformales Lernprogramm (eine Mischung aus Workshops, Übungen, Debatten, Rollenspielen, Simulationen, Aktivitäten im Freien usw.) zu einem Thema ihres Interesses durchzuführen. Ziele:

- Förderung des interkulturellen Dialogs und des Gefühls, ein Europäer zu sein
- Entwicklung der Kompetenzen und der Einstellungen junger Menschen
- Stärkung europäischer Werte und Abbau von Vorurteilen und Stereotypen
- Sensibilisierung für gesellschaftlich relevante Themen und damit Förderung des gesellschaftlichen Engagements und der aktiven Teilhabe  
(aus dem Erasmus+ Programmleitfaden)

ten, darunter das Freizeitheim in Zimmern unter der Burg, das ich direkt reservierte. Auch die teilnehmenden Länder waren schnell gefunden. Über meinen europäischen Freiwilligendienst in Portugal und Rumänien hatte ich bereits Kontakt zu zwei Vereinen, nämlich zum Jugendkulturverein „Adamastor“, in Viseu, Portugal, und zu den Friends of Romanian Children, bei Onesti in Rumänien.

Grundsätzlich sind für Projektanträge Projektpartner aus den entsprechenden Ländern erforderlich. Sollte man allerdings noch keine Organisation kennen, gibt es hierfür auch eine „Partnerbörse“. Nun fehlte für's Erste eigentlich nur noch ein geeignetes Thema. Auch hier bot der Programmleitfaden mit Schwerpunktthemen wie „Nachhaltigkeit, Demokratie, Inklusion, digitaler Wandel“ eine gute Orientierung. Es sollte ein Thema von



**Das Orga-Team v.l.n.r.: David Eppler, Vincent Schreiber, Jan Sauter, Johannes Herre, Daniel Bengel.**

gesellschaftlicher Relevanz sein, mit dem sich junge Menschen über zwei Wochen beschäftigen und dabei unterschiedliche Methoden einsetzen konnten. Es sollte sich schließlich nicht um einen Akt formaler Bildung mit Frontalvortrag handeln, sondern den Teilnehmenden mehr Freiraum für individuelle Lernerfahrungen bieten.

Die Umgebung von Zimmern unter der Burg bot – ehrlicherweise – thematisch keine allzu große Auswahl. Die Gedenkstättenarbeit interessierte mich allerdings schon seit meinem Besuch im Eckerwald in der Schulzeit. Ich hatte mich damals gewundert, wie es möglich ist, dass die Überreste eines solch brutalen Unternehmens und damit auch Überreste bedeutender europäischer Geschichte weitestgehend im Wald verwittern.

Ein Jahr zuvor hatte ich mich dafür eingesetzt, mit Besuchern aus der französischen Partnerstadt von Meßstetten an einer Führung im Eckerwald teilzunehmen, was letztlich auch stattfand, im Voraus jedoch nicht bei allen für Begeisterung sorgte. Dass es sich um ein wichtiges Thema handelte und es auch für junge Menschen relevant ist, davon war ich von Beginn an überzeugt. Verstärkt wurde dies noch durch meine Erfahrungen in Portugal und Rumänien, wo ich feststellte, dass die NS-Herrschaft und der Holocaust teilweise ganz anders, nahezu positiv gedeutet wurden.

2013 hatte ich an einer Jugendbegegnung des Goethe Instituts in der Türkei teilgenommen. Dort arbeitete man unter anderem an einer Klang-

straße, welche im Ergebnis, mittels 360-Grad-Aufnahmen, einen virtuellen Rundgang hervorbrachte. Das konnte ich mir für den Eckerwald auch gut vorstellen. Mit der technischen Umsetzung musste ich mich dann gar nicht allzu lange beschäftigen. Von meinem FSJ in der Kreisjugendpflege des Zollernalbkreises war mir das Kreismedienzentrum bekannt, das mich an das Landesmedienzentrum verwies. Dort gab es eine Mitarbeiterin, die sich mit dem Thema Virtual Reality beschäftigte und mir die Software von HoloBuilder empfahl. HoloBuilder ist eigentlich ein Software-Entwickler für das Management von Großbaustellen. Man stellte mir freundlicherweise eine kostenlose Bildungslizenz der Software zur Verfügung. So konnte ich direkt ausprobieren, was damit alles möglich ist.

Mit dieser Grundlage suchte ich nun nach Mitstreiter\*innen und wurde in meinem Freundeskreis schnell fündig. Bis heute bin ich sehr dankbar für das Vertrauen, das mir hier von Anfang an entgegengebracht wurde. Wir hatten zwar in unterschiedlichen Konstellationen schon zusammengearbeitet (Schülervertretung, Flüchtlingsarbeit, Sportverein, Jugendraum und Jugendbeteiligung). Dieses Vorhaben war allerdings eine Nummer größer. Ich brachte zwar umfangreiche Erfahrungen aus der Jugendarbeit und auch Vorerfahrungen aus dem interkulturellen Kontext mit. Bisher stand aber immer eine verantwortliche Institution im Hintergrund, und europäische Fördermittel hatte ich auch noch nie beantragt. Doch das machte für mich auch irgendwie den Reiz aus.



**Screenshot aus dem virtuellen Rundgang: Überblick über das Unternehmen Wüste vom Plettenberg. Unsere Website lädt ein, aktiv die Gegend zu erkunden, wo sich die Wüste-Lager befanden.**

Im nächsten Schritt registrierte ich unsere „informelle Gruppe junger Menschen“, die aus mindestens vier Personen unter 30 Jahren bestehen muss, beim Authentifizierungsdienst der Europäischen Kommission. Dies war notwendig, um überhaupt einen Antrag stellen zu können, denn der Antrag und auch die Projektabrechnung laufen komplett über dieses Portal. Für die Registrierung war es lediglich erforderlich, dass sich alle Mitglieder der Gruppe einen privaten EU-Login anlegten, sodass ich sie digital zu unserer Gruppe hinzufügen konnte. Nach kurzer Prüfung seitens der zuständigen Nationalagentur bekamen wir dann Zugriff zu den Antragsformularen der einzelnen Aktivitäten im Erasmus+ Programm.

### Wie kommt man zur Projektgenehmigung

Das Antragsformular ist wie der Programmleitfaden sehr umfangreich, aber sinnvoll strukturiert. So werden beispielsweise Fragen zur Vorbereitung der Teilnehmenden, den erwarteten Auswirkungen auf lokaler, europäischer und individueller Ebene (Lernergebnisse der Teilnehmenden) gestellt. Auch allgemeine Fragen zum Projektmanagement, wie z.B. mit den Partnern zusammengearbeitet werden soll oder wie die Sicherheit der Teilnehmenden gewährleistet wird, gehören dazu. All diese Fragen haben dazu beigetragen, das Projekt überhaupt erst konkreter zu gestalten. Es muss auch ein grober Zeitplan für die Tage der Jugendbegegnungen eingebracht werden.

Es ist aber möglich, eine Projektskizze mit der groben Projektidee an die Nationalagentur zu schicken und so schon vor der endgültigen Einreichung und der Entscheidung der Auswahlkommission ein umfangreiches Feedback zu erhalten.

Alles in allem sind bei uns ca. 15 Seiten Text entstanden, doch die Arbeit lohnte sich, denn an manche Dinge hätten wir ansonsten wohl gar nicht gedacht. Dennoch sollte man genügend Zeit einplanen. Es gibt im Jahr nur zwei Antragsfristen – Anfang Mai und Anfang Oktober. Auf den Grundlagen der erwarteten Teilnehmerzahl, der teilnehmenden Länder

und dem Ort der Jugendbegegnung wird dann das Budget berechnet. Bei Projekten in Deutschland wird pro Tag und Teilnehmendem mit 41 Euro gerechnet. Hinzu kommen die Reisekosten, die abhängig von der Entfernung sind. Bei Portugal und Rumänien handelte es sich um 300 Euro pro Person, für die deutschen Teilnehmenden um maximal 200 Euro pro Person. So ergab sich bei unserem zweiwöchigen Projekt mit 35 beantragten Teilnehmenden ein Gesamtbudget von ca. 30.000 Euro. Zusätzlich hätte es auch noch die Möglichkeit gegeben, Fördermittel für einen vorbereitenden Planungsbesuch zu beantragen.

Eingereicht hatten wir den Antrag im Oktober 2020. Im November hatten wir bereits eine erste Rückmeldung bekommen. Es fehlte noch eine Bestätigung der Bank – für die Fördermittel benötigt man ein nicht privat genutztes Konto.

Formal war dann alles in Ordnung, und so kam unser Projekt ins Auswahlverfahren. Dabei wird es von Experten auf einer Punkteskala von 0 bis 100 bewertet, woraus dann ein Ranking mit den anderen Projektanträgen im entsprechenden Bereich erstellt wird. Bis zu welcher Position im Ranking man eine Förderzusage bekommt, hängt davon ab, wie weit die oberen Projekte das Budget bereits ausgeschöpft haben. Zwar erhält man

keine Auskunft über die Position im Ranking, aber mit der Zu- bzw. Absage wird die Punktzahl mitgeteilt und eine kurze Begründung gegeben.

Wir erhielten mit der Förderzusage 79 von 100 möglichen Punkten. Die Auswahlkommission bewertete vor allem die Wahl des Themas sehr positiv und dass wir es mit einer modernen Technologie behandeln würden. Sie bemängelte allerdings, dass aus dem Projektantrag noch nicht besonders klar sei, wie genau wir den virtuellen Rundgang hierfür nutzen wollten. Das war zu diesem Zeitpunkt tatsächlich noch das große Problem. Die Zusage bekamen wir erst Ende Februar 2021, als schon klar war, dass man weiterhin mit Auswirkungen der Pandemie rechnen musste. Die Fördervereinbarung wurde somit bereits daraufhin ausgelegt, dass das Projekt möglicherweise erst 2022 stattfinden würde.

### Die konkrete Durchführung

Wir planten jedoch erstmal weiter, erstellten Flyer und fanden auch die ersten Interessenten. Bei der Suche der Teilnehmenden in Portugal und Rumänien unterstützten uns unsere Partnerorganisationen vor Ort. Außerdem nahmen wir bereits Buchungen vor, kauften Infomaterial und technisches Equipment und planten Verpflegung, Exkursionen und Projektarbeit. Mit der Unterzeichnung der



*Die Projektarbeit wurde in Kleingruppen organisiert, jede Gruppe gestaltete einen Bereich des virtuellen Rundgangs.*



*Die Gruppe mit den Projekt-T-Shirts, aufgenommen mit der 360-Grad-Kamera.*

Fördervereinbarung wurde auch die erste Rate in Höhe von 40% des Budgets überwiesen, sodass wir kein Geld vorstrecken mussten. Die nächsten 40% bekamen wir, als wir nachweisen konnten, dass 80% der ersten Rate bereits verbraucht worden war, was in unserem Fall erst kurz vor der Jugendbegegnung eintrat. Kurz vor der Jugendbegegnung machte uns dann Corona einen Strich durch die Rechnung. Um uns finanziell abzusichern, mussten wir die Jugendbegegnung frühzeitig absagen, um Stornokosten zu vermeiden. Mit dieser Entscheidung war dann erstmal wieder Ruhe um das Vorhaben, bis wir im März 2022 die Planungen wieder aufnehmen.

Jetzt ging alles ziemlich schnell. Wieder vorne mit dabei war die Frage, wie wir den virtuellen Rundgang konkret gestalten könnten. An der Grundidee, dass es einen Teil zu den Wüste-Lagern, einen zu den Wüste-Werken, einen zu den Gedenkstätten und einen zu unserer Jugendbegegnung allgemein geben sollte, wollten wir festhalten. Gleichzeitig wollten wir aber auch den Teilnehmenden möglichst viel Freiheit lassen (wobei wir uns selbst aufgrund des Alters natürlich auch zu den Teilnehmenden zählten).

Ein noch größeres Problem stellte zwei Wochen vor der Jugendbegegnung die Suche nach Teilnehmenden aus Deutschland dar. Wir hatten bis dahin viel Werbung gemacht, jedoch kaum interessierte junge Leute aus Deutschland gefunden. Wir fragen uns bis heute, woran es gelegen hat. Möglicherweise wirkte unser Projekt für deutsche Verhältnisse, insbesondere

aufgrund unseres jungen Alters und dem fehlenden Träger, zu unprofessionell. Sicherlich war auch das Thema für deutsche Jugendliche nicht besonders interessant. Die Meinung, dass der Holocaust in der Schule bereits zu viel Raum einnimmt, kannten wir von ehemaligen Mitschüler\*innen. Ein weiterer möglicher Grund: Es war kostenlos und „was nichts kostet, ist nichts wert“. Gerade im Schwabenland findet sich diese Mentalität sicher häufiger. Und zuletzt reizt es junge Menschen verständlicherweise zunächst eher danach, selbst ins Ausland zu gehen, als in der Heimat Gleichaltrige aus anderen Ländern zu treffen.

Letztendlich konnten wir allerdings das Gegenteil beweisen und werden all die Ergebnisse, Fotos, Videos, den Rundgang und die Erfahrungsberichte beim nächsten Mal auch dafür nutzen können, eben das zu zeigen.

Der Holocaust wurde bei unserem Projekt in einem Rahmen behandelt, den die Schule leider nur selten bietet: Wir konnten uns die Geschichte vor Ort ansehen. Wir waren neben der Gedenkstätte im Eckerwald auch im KZ Natzweiler-Struthof und im Goldbacher Stollen. Für alle Beteiligten eindrucksvolle Orte, selbst wenn man sich schon viel in der Schule mit dem Holocaust beschäftigt haben sollte.

Außerdem konnten wir dank des Kreisarchivs des Zollernalbkreises mit Zeitzeugeninterviews und historischem Bildmaterial arbeiten, das einen direkten Bezug zum Ort unserer Jugendbegegnung herstellte und das Thema allen sehr nahebrachte. Vor allem aber war das Thema in den Rahmen der Jugendbegegnung

eingebunden. So entwickelte sich eine interkulturelle Erfahrung mit Gleichaltrigen. Aus unserer Perspektive eine der wertvollsten Erfahrungen für junge Menschen überhaupt - wertvoll auch für den Frieden und die Zusammenarbeit in Europa. In der Projektarbeit beschäftigten wir uns über 14 Tage verteilt ca. 12 Zeitstunden mit der Erstellung des Rundgangs. Am Ende hatten wir ein großartiges Ergebnis und dennoch genug Zeit für viele andere gemeinsame Aktivitäten gehabt. Über die Jugendbegegnung an sich finden Sie im virtuellen Rundgang weitere Informationen. Die Bedienung ist relativ intuitiv, wir empfehlen allerdings die Nutzung am Computer, über mobile Geräte gibt es teilweise Schwierigkeiten in der Darstellung.

#### **Virtueller Rundgang:**

Eckerwald.de → Besuch → virtueller Rundgang

#### **Oder**

<https://app.holobuilder.com/app/?m=player&p=8e23f3a2-6746-43d1-94b2-83a873a8ee3b&s=1662033554373&d=2g1u>

#### **Oder**



Im Anschluss an die Jugendbegegnung ging die Arbeit allerdings noch weiter. Um die restlichen 20% des Budgets zu erhalten, muss der Abschlussbericht eingereicht werden.



Dieser ist ähnlich aufgebaut und auch so umfangreich wie der Projektantrag. Von Vorteil ist es daher, wenn man sich während des Projekts regelmäßig Notizen macht. Wir hatten uns im Orga-Team jeden Abend zusammengesetzt und kurz über die Punkte Projektarbeit, Gruppenleben und Rahmen (Verpflegung, Unterkunft, Transport) gesprochen. Der Abschlussbericht ist in erster Linie die Rechtfertigung für die Fördermittel. Ein Teil davon wird daher auch veröffentlicht, dennoch müssen auch sämtliche Belege der Ausgaben aufbewahrt werden. Für die Ausgaben gilt der allgemeine Grundsatz, dass sie für die Durchführung des Projekts notwendig sein müssen. Bei Unterkunft, Verpflegung und Reisekosten ist dies natürlich keine Frage, auch Eintrittspreise für Besichtigungen, Kosten für gemietetes Equipment, Nahverkehrstickets, Büromaterial oder Versicherung der Teilnehmenden sind unproblematisch.

Selbst Aufwandsentschädigungen sind gerechtfertigt, sie sollten allerdings nicht pauschal abgerechnet werden, sondern einer Dokumentation des Arbeitsaufwands zugrunde liegen. Alkoholische Getränke sind selbstverständlich nicht förderfähig. Bei Fragen kann man sich aber auch immer an die für das eigene Projekt zugeteilte Sachbearbeiterin bei der Nationalagentur richten. Unser Abschlussbericht ist in den letzten Zügen (hauptsächlich weil wir es lange aufgeschoben haben), viel mehr kann ich daher auch noch nicht sagen.

Wir haben bisher sowohl mit der Organisation und Durchführung der Jugendbegegnung, als auch mit dem Erasmus+ Programm und der Nationalen Agentur „Jugend für Europa“ sehr positive Erfahrungen gemacht und vieles dazu gelernt.

In Zukunft möchten wir auf jeden Fall wieder eine Jugendbegegnung organisieren, gerne auch zum Thema

Holocaust. Als Partnerorganisationen wären Länder wie Polen und Frankreich vielleicht noch ein bisschen interessanter, aber es können auch mehr als drei Länder sein. Wichtig ist nur, dass pro Land mindestens vier Teilnehmende dabei sind. Neben dem Ziel, weitere Projekte zu organisieren, hoffen wir aber auch, dass wir mit unserem Projekt andere motivieren können, ebenfalls Projekte über Erasmus+ ins Leben zu rufen.

Übrigens ist das Erasmus+ Programm nicht nur für Mitgliedsländer der EU vorgesehen, es gibt auch assoziierte Partnerländer, die teilnehmen können, darunter fällt auch Israel. Bei weiteren Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

#### **Kontakt**

Comenius non-formal education:  
Instagram: co\_menius  
Vincent Schreiber: vincent.schreiber@uni-konstanz.de



*Am ersten Wochenende unternahmen wir eine Exkursion nach Konstanz. Von dort ging es über den See zum Goldbacher Stollen.*



*Vom KZ Friedhof Schörzingen ging man den Weg der Gefangenen in den Eckerwald.*

# „... wie ein Licht im Dunkel“: Der „Kindertransport“ zur Rettung jüdischer Kinder nach dem Novemberpogrom

## Teil 2

*Benigna Schönhagen, Rottenburg am Neckar*



*Ankunft einer Kindergruppe in London. Die Packzettel mit den wichtigsten Angaben tragen sie immer bei sich. Quelle: Jüdisches Museum Berlin.*

### Die Ankunft

Die englischen Hilfsorganisationen arbeiteten unglaublich schnell. Schon am 1. Dezember – in Deutschland lag der Brandgeruch der Synagogen noch in der Luft – verließ der erste Kindertransport mit 196 Kindern Berlin. Sie kamen einen Tag später mit dem Schiff an der englischen Ostküste in Harwich an. Dort wurden die Kinder in einem Lager gesammelt und von hier aus auf die Pflegefamilien verteilt. Später wurden sie mit Bussen weiter nach London transportiert. Sie trugen einen Packzettel um den Hals mit allen nötigen Angaben.

Für viele Kinder verlief die Ankunft glücklich, für einige aber auch dramatisch. Nicht wenige, vor allem ältere Kinder und Jugendliche fühlten sich „wie auf dem Viehmast“, als die Pflegeeltern kamen, um sich „ihr“ Kind auszusuchen.

Kleine blonde, lockige Mädchen waren begehrt, pubertierende Jugendliche oder Kinder mit Behinderungen hatten deutlich weniger

Chancen, von einer Familie aufgenommen zu werden.

Die Pädagogin Anna Essinger (1879–1960), die mit 66 Schülern aus ihrem Internat in Herrlingen bei Ulm nach England geflohen war und in Bunce Court eine neue Schule aufgebaut hatte, half im Aufnahmelager Dovercourt bei der Ankunft.<sup>22</sup>

Dovercourt war ein leerstehendes Feriencamp, die Unterkünfte waren nur für die Sommerwochen gedacht. Die Kinder froren im nassen englischen Winter entsetzlich. Eine

Betreuerin berichtete später:

„Das Wasser in den Krügen auf den Frühstückstischen, die am Abend herausgestellt wurde, gefror über Nacht. Wir waren froh, dass wir trotz der extremen Kälte und der allgemein primitiven Lebensbedingungen einen ziemlich guten Gesundheitszustand der Jugendlichen halten konnten.“<sup>23</sup>

Und Anna Essinger schaute so zurück: „Keiner von uns wird je die herzerreißenden Tage und Wochen dort vergessen. Tausende von Kindern wurden gerettet, aber dies waren notwendigerweise eilig getroffene Vorkehrungen, und vielleicht war es nur natürlich, daß sich schwerwiegende Fehler nicht vermeiden ließen; Fehler, die wohl damit begannen, daß man Kindern erzählte, sie würden ein bequemes Leben haben, wenn sie von ihren Eltern weggingen und nach England kämen; Fehler von hiesigen Komitees, die glaubten, je schneller diese Kinder in englischen Familien unterkämen, desto besser wäre es für sie und die Gemeinschaft.“

Es gab viel guten Willen, aber keinerlei professionelle Vorbereitung. Noch einmal Anna Essinger:

„Niemand von uns kannte die Kinder; in vielen Fällen waren nicht einmal die nackten Fakten ihrer

<sup>22</sup> Frank Raberg, Biografisches Lexikon für Ulm und Neu-Ulm 1802–2009, Ostfildern 2010, 92f.

<sup>23</sup> Hanna Bergas, Fifteen Years – Lived among, With and For Refugee Children, Palo Alto, California 1979, S.49. Dort auch das Folgende.



*Eingang zum Warners Holidays Camp, Dovercourt, wo die Kinder zuerst Aufnahme fanden. Quelle: Wikipedia.*

Herkunft bekannt, und kaum jemand kannte die Familien, die sich anboten, sie bei sich aufzunehmen. Einige dieser Kinder erlebten, daß sie während dieser vier Jahre in acht bis zehn verschiedene Familien gesteckt wurden.“

Bald schon kamen mehr Kinder als Plätze in Familien vorhanden waren. Deshalb wurden die späteren Ankömmlinge fast alle in rasch zusammengebauten Flüchtlingslagern und Heimen untergebracht.

So erging es auch Liese Einstein aus Augsburg, als sie im Juli 1939 mit ihrem Bruder in London ankam. Nach dem langen Transport, bei dem die Dreizehnjährige sich auf dem Schiff um mitreisende Säuglinge kümmern musste, kam sie, wie sie berichtete, „müde, verwirrt und krank vor Heimweh“ in einer Halle an, wo viele Pflegefamilien warteten.<sup>24</sup> Aber die Menschenmenge löste sich allmählich auf und Siegfert und Liese mussten feststellen, dass sie niemand erwartete. Sie wurden schließlich in den Küstenort Westgate-on-Sea weitergeschickt, wo sich eines der vielen provisorischen Flüchtlingsheime befand. Dort wurden die Geschwister getrennt. Siegfert kam in ein koscher geführtes Heim für Jungen, Liesel bekam ein Feldbett in der Wohnung des Heimleiters. Schon bald musste sie dort als Dienstmädchen arbeiten. Wie ihnen die Eltern aufgetragen hatte, bemühten sich die Beiden, mit den widrigen Umständen klarzukommen und niemandem zur Last zu fallen.

## In der Fremde

Briefe waren für die einsamen Kinder die einzige Möglichkeit, mit den Eltern in Kontakt zu bleiben. Vor allem anfangs gingen viele Briefe hin und her, einige schrieben nahezu täglich, beschrieben ihre neue Umgebung, ihren Tagesablauf, die Pflegeeltern – viele oft eng beschriebene Seiten.

Das endete, als der Krieg begann und Briefe nur noch über das Rote Kreuz versandt werden konnten. In der Regel waren das offene Karten, die jeder lesen konnte. Sie durften nicht mehr als 25 Worte enthalten. Oft dauerte es zudem Monate, bis die Post ankam. Wer Verwandte in der Schweiz hatte, war glücklich, weil er

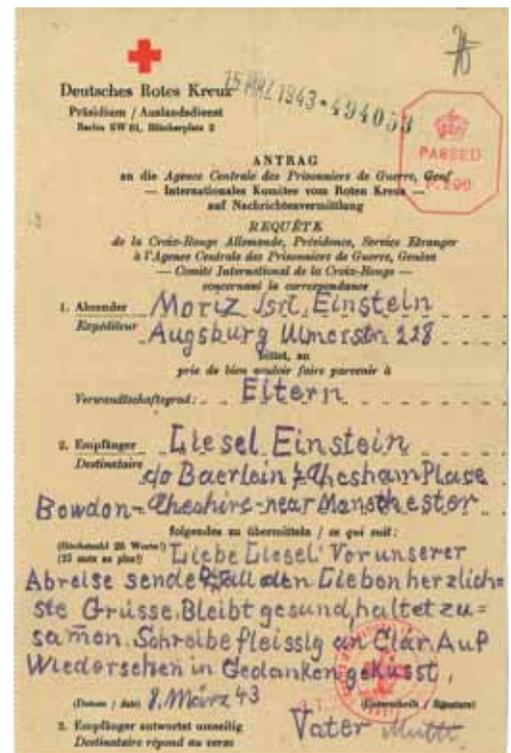
den Kontakt nach Zuhause über diese aufrecht erhalten konnte.

In solch einem Brief musste die 13jährige Liese Einstein ihren Eltern mitteilen, dass ihr Bruder Siegfert gestorben war – an einer verschleppten Mandelentzündung, die zu einer zu spät behandelten Herzerkrankung geführt hatte. Die Kinder hatten nicht zur Last fallen wollen und erst zu spät Alarm geschlagen.

Auf einem Rot-Kreuz-Vordruck erhielt Liese im März 1943 auch den letzten Gruß ihrer Eltern, bevor diese deportiert wurden. Lydia und Moriz Einstein schrieben von „Abreise“. Erst nach Kriegsende erfuhr Liese, was das hieß. Niemand von der großen Familie hatte überlebt.

Die Erfahrungen der Kindertransport-Kinder mit ihren Pflegefamilien und Unterkünften waren höchst unterschiedlich. Das lag nicht nur am Alter der Kinder, ihren unterschiedlichen Herkunftsfamilien, sondern auch an den differierenden Interessen der beteiligten Organisationen. Die jüdischen Gemeinden waren bemüht, die Kinder in praktizierenden jüdischen Familien unterzubringen. Wenn dann Kinder aus liberalen oder ganz säkular lebenden jüdischen Familien in orthodoxe Familien kamen, von denen es in Großbritannien deutlich mehr gab als in Deutschland, kam es häufig zu Schwierigkeiten – umgekehrt ebenso.<sup>25</sup> Auch die Unterbringung von Großstadtkindern bei armen Familien auf dem Land führte nicht selten zu Problemen, waren sie doch z.B. fließendes Wasser gewohnt und mussten sich jetzt an ein Plumpsklo auf dem Hof und einen Zinkschuber zum Waschen gewöhnen.

Im Gegensatz zum Refugee Children Movement (RCM), der zentralen Hilfsorganisation der Kindertransporte, wandten sich die Organisatoren der Kinder- und Jugend-Aliyah grundsätzlich gegen die Unterbringung der Kinder in Pflegefamilien, auch in jüdischen, da sie der Meinung waren, eine solche Unterbringung würde die Kinder nicht ausreichend auf ein Leben im Kibbutz in Palästina vorbereiten. Sie pachteten daher



**Letzte Nachricht von Lydia und Moriz Einstein an ihre Kinder vor ihrer Deportation. Quelle: Jüdisches Museum Augsburg.**

eigens Farmen, auf denen die Kinder landwirtschaftliches Arbeiten kennen lernen sollten. Da die Kapazität dieser Farmen aber nicht ausreichte, um sämtliche Kinder aufzunehmen, die einmal nach Palästina gehen sollten, wurden einzelne Kinder auf englische Farmen verteilt, die möglichst in erreichbarer Nähe standen, so dass abends und am Wochenende ein gemeinsames Programm veranstaltet werden konnte. An die 20 dieser Hachschara-Zentren gab es in Großbritannien.<sup>26</sup>

Viele Kinder haben es gut getroffen. Sie hatten liebevolle, verständnisvolle Pflegefamilien. Richard Attenborough, mehrfacher Oscar-Preisträger als Regisseur, gab eines der ersten Bücher zu den Kindertransporten heraus, das später auch verfilmt wurde. Er hatte die Aufnahme von Kindern selbst erlebt.

<sup>24</sup> Monika Müller, „Es ist ein hartes Los, das uns getroffen.“ Der Weg der Familie Einstein aus Augsburg-Kriegshaber. (Lebenslinien. Deutsch-jüdische Familiengeschichten, Bd. 5), Augsburg 2012; S.36-41. Dort auch das Folgende.

<sup>25</sup> Siehe die Erfahrungsberichte bei R. Göpfert, wie FN 14.

<sup>26</sup> Siehe Ulrike Pilarczyk/Ofer Ashkenazy, Arne Homann (Hgg.), Hachschara und Jugend-Alija Wege jüdischer Jugend nach Palästina 1918-1941, Gifhorn 2020..



*Ankunft jüdischer Kinder aus Polen in England. Quelle: Bundesarchiv.*

Im Vorwort zu dem Buch erzählt er, wie seine Eltern ihn und seine zwei Brüder auf die Aufnahme zweier Mädchen aus Deutschland vorbereiteten: „Wir Kinder fanden die Idee wunderbar; denn dass drei Jungen plötzlich zwei Schwestern hatten, war ein großes Glück. An den Einwand meiner Mutter erinnere ich mich noch sehr genau. Sie meinte: »Das Problem, meine Lieben, ist Folgendes. Euer Vater und ich lieben euch drei sehr, aber wir müssen diesen beiden Mädchen möglicherweise noch mehr Liebe geben als euch, denn sie haben alles verloren.«

Diese Bemerkung hat in Bezug auf mein Verhalten anderen gegenüber, die nicht so viel Glück hatten wie meine Brüder und ich, mein ganzes Leben beeinflusst. [...] Helga und Irene als Schwestern in unsere Familie aufgenommen zu haben, war keine Theorie. Das war Erfahrung aus erster Hand. Es waren Menschen, die wir lieben lernten. Seit ich 14 Jahre alt war, ist es meine feste Überzeugung, dass niemand auf einer Insel lebt. Und daran glaube ich auch heute noch.“

Einsamkeit blieb jedoch das Grundgefühl der geretteten Kinder. Eines von ihnen gestand Jahrzehnte später: „Auf ihre Art waren meine Pflegeeltern freundlich zu mir. Mein Pflegebruder war sogar sehr nett, und seine zukünftige Frau, die im Geschäft mitarbeitete, wurde eine echte

Freundin. Es war nur, dass ich wegen meiner Eltern inwendig blutete. Ich trug eine schreckliche Leere und ein unstillbares Verlangen nach Liebe und Wärme in mir.“<sup>27</sup>

### Zwei besondere Beispiele

Zwei besondere Beispiele von Kindertransporten sollen zum Abschluss noch skizziert werden. Das sind zum einen die Transporte aus Polen und zum anderen der Transport ganzer Schulklassen eines Kölner Gymnasiums. Beide sind ausführlich in einer Online-Ausstellung des Lern- und Gedenkorts Jawne dokumentiert.<sup>28</sup>



*Klara Klajman (oben) und Paula Waldhorn (unten) inmitten ihrer Jugendgruppe vor der Deportation nach Zbaszyn. Bildquelle: Alte Synagoge Essen, Archiv.*

## Transporte aus Polen

Während in den ersten drei Monaten die Kindertransporte hauptsächlich aus Deutschland kamen, verlagerte sich der Schwerpunkt danach auf Österreich, vor allem auf Wien, wo weitaus die meisten Juden lebten. Als die deutsche Wehrmacht im März 1939 in die Tschechoslowakei einmarschierte und das NS-Regime dort das Protektorat Böhmen und Mähren einrichtete, mussten auch jüdische Kinder aus der Tschechoslowakei gerettet werden. Unter ihnen waren nicht wenige, deren Eltern erst 1933 bzw. nach dem Münchner Abkommen 1938 nach Prag geflohen waren. Zum zweiten Mal wurden sie nun verpflanzt.

Auch aus Polen gingen drei Züge mit Kindern nach Großbritannien ab. Zwei davon aus der freien Stadt Danzig und einer kam aus dem Lager Zbaszyn (Bentschen), unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze gelegen. Dort vegetierten seit der Abschiebung im Oktober 1938 etwa 7000 Juden aus Deutschland unter

<sup>27</sup> Richard Attenborough, in: Harris, Oppenheimer, wie FN 16S.330 (Lorraine Allard). Siehe auch Claudia Curio, Gerettet aber einsam – Elizabeth Melamid, in: Kindertransporte nach Großbritannien, bpb 6.11.2018, online verfügbar als: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdoersiers/278846/kindertransporte-nach-https://www.jawne.de/forschung-projekte/kinder-abreisen-17-uhr-13/-grossbritannien/> [letzter Aufruf: 15.9.2022].

<sup>28</sup> Online-Ausstellung des Lern- und Gedenkorts JAWNE: <https://kindertransport-17uhr13.de/>.

unvorstellbaren Umständen. Im Februar 1939 gelang es den Kindertransport-Organisatoren, Kinder von dort nach England zu holen.

Die Transporte aus Zbaszyn führten zunächst mit der Bahn nach Warschau und dann in den neben Danzig gelegenen polnischen Hafen Gdynia. Von hier passierten die rettenden Schiffe den Nord-Ostsee-Kanal, fuhren also quer durch das nationalsozialistische Deutschland, bevor sie die Nordsee und am Schluss die Themsemündung erreichten.

Klara Klajman und Paula Waldhorn wurden auf diese Weise gerettet. Sie kamen ursprünglich aus Essen und konnten 1940 aus Großbritannien weiter nach Palästina auswandern, wo sie heute noch leben.

## Die Rettung der Jawne

Das Realgymnasium Jawne, 1918 gegründet, war eine Kölner Institution. 1929 hatte die Leitung des ersten und einzigen jüdische Gymnasiums im Rheinland Dr. Erich Klibansky übernommen. Nach 1933 nahm die Schülerzahl dort wegen der antisemitischen Schikanen an den öffentlichen Schulen enorm zu. 1937 war mit 423 Schülerinnen und Schülern der Höchststand erreicht. Um seine Schülerschar auf die Auswanderung vorzubereiten, führte Klibansky den Unterricht in modernen Fremdsprachen ein, einschließlich Neuhebräisch.

Schon vor 1933 bemühte sich Klibansky um eine Möglichkeit, die gesamte Schule ins Ausland zu verlagern. Er wollte unbedingt verhindern, dass für die elternlosen Transportkinder auch noch die Haltgebenden Freundschaften wegbrachen. Deshalb setzte er sich mit aller Kraft dafür ein, dass seine Schülerinnen und Schüler klassenweise in England aufgenommen wurden.

Tatsächlich gelang ihm das. Besonders gut dokumentiert ist der Transport der ehemaligen Quarta, der dritten Klasse des Gymnasiums. Anfangs waren die Jungen in einem Hostel untergebracht, wo sich ein junger Rabbiner mit seiner Frau um sie kümmerte.

Die Mädchen waren nicht weit entfernt in einem anderen Hostel untergekommen.



*Das Realgymnasium Jawne in Köln und sein Leiter Dr. Erich Klibansky.  
Quelle: Lern- und Dokumentationszentrum Jawne, Köln.*

Wie verloren sich die geretteten, aber eltern- und heimatlosen Kinder trotz allem fühlten, zeigt der Bericht von Shimon Ben-Yehuda, früher Paul Katz. Kurz nach der Ankunft in London feierte er seinen 13. Geburtstag. Damit wurde er ein Bar Mizwa, ein Sohn der Pflicht. Das ist ein wichtiges Datum im Judentum; es markiert den Übergang ins Erwachsenenalter und wird mit einem Familienfest und vielen Geschenken gefeiert.

Für Paul Katz war das völlig anders. Er berichtet später: „Ich wurde Bar

Mizwa, als ich noch im Hostel lebte. Alles wurde arrangiert. An diesem Tag ging ich zur Synagoge, las meinen Text ohne Fehler zu machen, und nachher gab es einen Empfang bei einem Mitglied des Komitees, das uns betreute. Ich fühlte mich sehr verloren und konnte nur denken, meine Familie sollte heute hier sein. Ich dachte mehr an meine Familie als an irgendetwas anderes. Am Nachmittag gab es eine Party im Hostel ... und ich wurde von einem Mitglied des Komitees mit einem neuen Anzug und



*Quartaner der  
Jawne vor dem  
Hostel Minster  
Road. Quelle:  
Online-Ausstellung  
„kindertransport-17  
uhr 13.de“*



*Eine U-Bahnhaltestelle als Luftschutzkeller in London. An solchen Orten mussten auch geflohene Kinder Unterschlupf finden. Quelle: Online-Ausstellung „kindertransport-17 uhr 13.de“*



*Geertruida Wijsmuller-Meijer, die mithalf, dass tausende Kinder vor den Nazis gerettet werden konnten, vor ihrer Ehrenbüste in Amsterdam 1965. Quelle: CC0, Wikipedia. Fotograf Ron Konen.*

mit einer kurzen und einer langen Hose ausgestattet, es waren noch die Tage der kurzen Hosen. [...]“

Dr. Erich Klibansky, der die Rettung der Kinder organisiert hatte, wurde 1942 zusammen mit seiner Frau Meta und seinen drei Söhnen deportiert und am 24. Juli in der Nähe von Minsk ermordet.

### **Kriegsjahre und letzter Kindertransport**

Nur wenige Stunden bevor die Niederlande am 14. Mai 1940 vor der deutschen Übermacht kapitulierten,

legte ein Frachtschiff in IJmuiden ab. Es war der letzte Kindertransport. Im Laderaum befanden sich 74 jüdische Kinder und Jugendliche. Sie kamen fast alle aus dem Amsterdamer Waisenhaus ‚Burgerweeshuis‘. Nach fünf Tagen unter deutschem Beschuss erreichten sie Liverpool. Die Rettung dieser Waisenkinder gelang nur durch das entschiedene Handeln der bereits erwähnten Truus Wijsmuller-Meijer. In Zusammenarbeit mit niederländischen Flüchtlings-Komitees rettete sie mehrere tausend Kinder aus dem deutschen Herrschaftsbereich ins Ausland.

Bei Kriegsbeginn wurden die Kinder in ganz Großbritannien aufs Land evakuiert, um sie vor den drohenden deutschen Bomben zu schützen. Für die Kindertransport-Kinder bedeutete das, dass sie erneut Abschied nehmen und sich an neue Menschen und Umstände gewöhnen mussten. Der regelmäßige Kontakt mit den Eltern in Deutschland brach ab. Zudem wurden sie nun als Deutsche mit Misstrauen betrachtet, oft der Spionage verdächtigt, sogar von ihren Pflegeeltern. Die meisten konnten nicht mehr in die Schule gehen. An ein Studium oder



*Enthüllung des Erinnerungsbandes für Familie Einstein in Augsburg, 2017. Quelle: Privcat.*



*Denkmal für die Kindertransporte vor der Liverpool Station, gestiftet 2006 von Prince Charles. Der Entwurf stammt von Frank Meisler, einem Kindertransport-Kind.*



*Denkmal für die Kindertransporte in Berlin, Bahnhof Friedrichstraße – ebenfalls von Frank Meisler gestaltet. Quelle: Privat.*

den erträumten Beruf war überhaupt nicht zu denken. Die älteren mussten sich einen Job suchen, meist in der Kriegsindustrie. Manche gingen auch zur Army. So berichtete Lorraine Allard später: „Mit 18 Jahren wurde ich vor die Entscheidung gestellt, entweder kriegswichtige Arbeit zu leisten oder zu den Streitkräften zu gehen. Ich dachte, das sei der Augenblick, um mich von meinen Pflegeeltern zu trennen, ohne sie zu verletzen. Ich entschloss mich, zu den Streitkräften zu gehen. Dafür konnten sie mir nicht böse sein. Ich fühlte auch, dass ich England damit Dank sagen konnte, dass es mein Leben gerettet hat.“<sup>29</sup>

Waren die Kinder 16 Jahre alt, wurden sie als „feindliche Ausländer“ (enemy alien) interniert. Die meisten auf der Isle of Man im Ärmelkanal, einige wenige sogar in australischen Internierungslagern.

Der Augsburger Manfred Stern erlebte seinen ersten Bombenangriff in London. Der Bombenalarm überraschte ihn beim Tagebuchschieben. Er bricht seinen Eintrag mitten im Satz ab. Als er aus dem Luftschutzbunker zurückkommt, setzt er seinen Eintrag auf Englisch fort. Aus Manfred war Fred geworden.<sup>30</sup>

Das Kriegsende erlebten die meisten

Kindertransport-Teilnehmer höchst ambivalent. Einerseits war es ihre jahrelange Sehnsucht, andererseits erhielt nun die Mehrzahl die Gewissheit, dass ihre Eltern nicht mehr lebten. Es gab kein Grab, an dem sie sich davon vergewissern und trauern konnten, nur der Name eines unbekanntes Ortes im Osten. Deshalb hat das Setzen von individuellen Gedenkzeichen, seien es Stolpersteine oder Erinnerungsbänder wie in Augsburg, eine so ungeheuer große Bedeutung.

Aber auch wenn die Eltern oder zumindest ein Elternteil überlebt hatte, war das Wiedersehen nicht einfach. Oft mussten die Überlebenden noch Jahre warten, bevor sie sich eine Reise nach England oder in die USA, wohin viele Kindertransportkinder bei Kriegsende auswanderten, leisten konnten. Auch für die Eltern war das Wiedersehen oft nicht einfach. Sie hatten ein Kind weggeschickt und fanden nun einen Jugendlichen oder eine junge Erwachsene vor. Manche Kinder konnten sich an die Eltern gar nicht mehr erinnern, sie sprachen kein Deutsch mehr oder weigerten sich, es nach so langer Zeit zu sprechen. Ursula Krechel hat die Schwierigkeiten eindrücklich in ihrem 2012 erschienen Roman „Landgericht“ beschrieben.

## Erinnerung und Erbe

Für Jahrzehnte war die erstaunliche Geschichte der Kindertransporte weitgehend unbekannt. So wenig wie der Judenmord ein Thema war, so wenig wurde über die Rettung der Kinder durch die Großzügigkeit der Briten gesprochen. Die geretteten Kinder blieben mit ihren Erinnerungen allein. Viele hatten verzweifelt versucht, ihre Eltern nachkommen zu lassen. Sie wurden von einem Gefühl gequält, das erst später einen Namen bekam: Überlebensschuld. Sie hatten Schuldgefühle gegenüber denen, die sie zurückließen und die schließlich umgekommen sind. Eva Haymann, die wir schon kennen gelernt haben, drückt das so aus:

„Merkwürdig, dass es nur sechs Jahre eines langen Lebens sind, aber diese sechs Jahre verändern den Rest

<sup>29</sup> Mark Jonathan Harris, Deborah Oppenheimer, Kindertransport in eine fremde Welt., S.330; siehe auch Claudia Curio, Gerettet aber einsam – Elizabeth Melamid, in: Kindertransporte nach Großbritannien, bpb 6.11.2018, online verfügbar als: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdoziers/278846/kindertransporte-nach-grossbritannien/> (letzter Aufruf: 15.9.2022)

<sup>30</sup> Benigna Schönhagen, „... und dann heißt's Abschied nehmen aus Augsburg und Deutschland.“ Der Weg der Familie Stern aus Augsburg. (Deutsch-jüdische Familiengeschichten, Bd. 6), Augsburg, 2013, S. 41 f.



**Denkmal an die Kindertransporte als Karussell in Frankfurt am Main, 2021.  
Quelle: Privat.**

deines Lebens. Als ich in Prag in den Zug stieg, war meine Kindheit zu Ende. Danach war ich nie wieder Kind. Selbst in der Schule, bei was auch immer ich mitgemacht habe – seien es Spiele oder irgendetwas, das mir Spaß gemacht hat, wenn ich glücklich war – immer hatte ich sofort Schuldgefühle: Meine Eltern könnten unglücklich sein und ich freue mich.“

Jeder und Jede dachte, dass es nur ihm und ihr so ginge. Ein Austausch untereinander begann erst 1989 mit einer Initiative von Bertha Leverton, geb. Engelhard.<sup>31</sup> Sie war aus München nach England transportiert worden und war die Erinnerung an die traumatische Trennung von ihren Eltern nie losgeworden. 1989, zum 50. Jahrestag des Kindertransports, organisierte sie ein erstes Treffen. Sie erwartete nur wenige, aber Hunderte kamen.

Seitdem haben sich die „Kinder“ organisiert, regelmäßige Treffen veranstaltet und begonnen, ihre Erinnerungen zu sammeln. Für die Überlebenden war dies die Möglichkeit, ihre traumatische Lebensgeschichte zu verarbeiten und sich nach Jahren der Verdrängung diese Erlebnisse mitzuteilen. Diese Arbeit führen heute Organisationen wie die *Association of Jewish Refugees (AJR)* oder *The Kindertransport Association (KTA)* weiter.<sup>32</sup> Am 23. November 2008 organisierte die AJR eine weitere

Reunion in London. Prinz Charles dankte dabei den Kindern für ihr Engagement für die britische Gesellschaft. Prince Charles stiftete 2006 auch das erste Denkmal für die Kindertransporte. Es wurde vor der Liverpool Station aufgestellt. Der Entwurf stammt von Frank Meisler, einem Kindertransport-Kind.

Seitdem wurden weitere Denkmale aufgestellt: 2008 in Berlin, 2009 in Danzig, 2011 in Hoek von Holland und 2015 in Hamburg. Alle Skulpturen entwarf Frank Meisler.

Das Berliner Denkmal führte zu Kontroversen, weil die Darstellung historisch ungenau war, vor allem aber, weil es ohne Abstimmung mit den Betroffenen geplant worden war. Erst in letzter Minute, kurz vor der Einweihung, konnten die Unstimmigkeiten ausgeräumt werden. Der Vorfall mahnt eindrücklich, Erinnerung nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu pflegen, auch nicht in noch so guter Absicht.<sup>33</sup>

Die Stadt Frankfurt ging einen anderen Weg und schrieb in Abstimmung mit den „Kindern“ einen künstlerischen Wettbewerb für das Denkmal aus.<sup>34</sup> Den Zuschlag erhielt die israelische Künstlerin Yael Bartana. Ihr Denkmal „Das Waisenkarussell“ wurde im September 2021 an den Gallus-Anlagen aufgestellt, mit Blickachse zum Hauptbahnhof, wo die Transporte aus Süddeutschland

gesammelt wurden. Die Form erinnert an ein Kinderkarussell. Man kann es bewegen, sich darauf setzen. Auf den Seiten stehen Abschiedsworte, voller Hoffnung auf ein Wiedersehen. Sie gingen fast nie in Erfüllung.

Auch aus Hechingen wurden vier Kindern mit dem Kindertransport gerettet.<sup>35</sup> Mit der Erinnerung an sie möchte ich meinen Vortrag beenden. Das waren

Ruth Schmalzbach (1920–2019), die Tochter des letzten Rabinatsverweisers Leon Schmalzbach (\*1882, deportiert 1941 nach Riga) und seiner Frau Mina geb. Weil (\*1888, deportiert 1941 nach Riga).

Hanni Hamburger (1928), Tochter des Kultusbeamten Carl Hamburger (1890–1962) und seiner Frau Anna geb. Gräff (1905–1986).

Martin Eppstein (1919–1996), Sohn des Kaufmanns Edmund Eppstein (\*1876, deportiert 1942 nach Izbica) und der Blondina geb. Felsenthal (\*1883, deportiert 1942 nach Izbica) und

Manfred Bernheim (1920–1996), Sohn des Kaufmanns Isidor Bernheim (\*1888, deportiert 1941 nach Riga) und der Lydia geb. Hirschfeld (\*1891, deportiert 1941 nach Riga).<sup>36</sup>

Die Geschichten des Kindertransports erinnern uns an Flucht und Exil, an Grausamkeit und Erbarmen. Sie zeigen aber auch, dass selbst in den schlimmsten Zeiten Menschen mit Verständnis und Menschenliebe handeln können. In Zeiten von Moira und anderen Flüchtlingscamps ist das eine Lehre, die auch für uns Gültigkeit hat und Auftrag ist.

<sup>31</sup> Ich hatte noch nie gesehen, wie ein Mann weint – aber damals haben Väter geweint, Die Geschichte von Bertha und Ingeborg Engelhard in: Anja Salewsky, wie FN 18, S. 201–221.

<sup>32</sup> Siehe <https://kindertransport.org/>.

<sup>33</sup> Daniel Bersen, Denkmäler Kindertransport <https://geschichtsunterricht.wordpress.com/2009/08/17/denkmaer-kindertransport/>.

<sup>34</sup> [https://www.journal-frankfurt.de/journal\\_news/Kultur-9/Denkmal-Kindertransporte-Auf-bald-mein-Kind-35338.html](https://www.journal-frankfurt.de/journal_news/Kultur-9/Denkmal-Kindertransporte-Auf-bald-mein-Kind-35338.html).

<sup>35</sup> Möglichkeiten der Erinnerns. Orte jüdischen Lebens und nationalsozialistischen Unrechts im Zollernalbkreis und Kreis Rottweil, hrsg. Von Alte Synagoge e.V. Hechingen u.a., Hechingen 1997.

<sup>36</sup> Das Schicksal von Ruth Schmalzbach, Martin Eppstein, Manfred Bernheim und ihren Familien wurde von Jugendguides aus dem Gedenkstättenverbund ausführlich auf der Website: [www.piecesofmemory.com/](http://www.piecesofmemory.com/) beschrieben. Ausführliche Infos zur Website und ihrer Entstehung in Gedenkstätten-Rundschau Nr. 29, 2022, S. 1–6.

# Interview mit Heinz Högerle, dem langjährigen Vorsitzenden des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb

von Heide Friederichs, Rottweil

*Der Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e.V. ist eine Vereinigung mehrerer Gedenkstätten zu Zwangsarbeit in den ehemaligen Außenlagern von Natzweiler-Struthof und Vereinen an Orten ehemaliger jüdischer Gemeinden in den Landkreisen Freudenstadt, Rottweil, Tübingen und Zollernalbkreis. Der Gedenkstättenverbund wurde 2010 gegründet. 2023 gehören ihm 13 Mitgliedsinitiativen an.*

**Heinz, Du warst einer der maßgeblichen Mitbegründer des Gedenkstättenverbundes. Welche Gründe sprachen damals für eine Verbundgründung? Gab es schon bestehende Vorbilder?**

Es gab lange vor der Gründung des Gedenkstättenverbundes in der Region Gäu-Neckar-Alb einen ersten Austausch zwischen den ab 1979 entstehenden Initiativen und Gedenkstättenvereinen. Dazu gehörten vor allem die Aktiven der Alten Synagoge in Hechingen (gegründet 1979), der Initiative Gedenkstätte Eckerwald (gegründet 1987) mit ihren vielen Gedenkorten und die Pioniere aus dem Gesprächskreis ehemalige Synagoge Haigerloch (gegründet 1988, seit 2000 Verein). Der Verein Gedenkstätte Synagoge Baisingen wurde im Januar 1989 gegründet.

An diesen ersten Verbindungen hatte ich selber keinen Anteil, denn

obwohl auf dem Gebiet der heutigen Großen Kreisstadt Horb ein Zentrum jüdischen Lebens in Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert bestand, ist der Rexinger Synagogenverein erst 1997 gegründet worden und ich war daran nicht beteiligt. In selben Jahr produzierte der Rexinger Verein zusammen mit dem Stadtarchiv Horb sein grundlegendes Buch über die Jüdische Gemeinde von Rexingen und ihren Friedhof. Bei dieser Veröffentlichung konnte ich mein Wissen als Buchgestalter und Verlagshersteller ehrenamtlich einbringen. Barbara Staudacher und ich wurden daraufhin gebeten, die Öffentlichkeitsarbeit des Rexinger Vereins zu verbessern. Wir dachten über die lokalen Grenzen hinaus, suchten den Kontakt zu den anderen Gedenkstätten und wollten an ihren Erfahrungen teilhaben.

So kam es zu den ersten Treffen, an denen wir teilnahmen. Sie fanden oft in der Synagoge in Hechingen, aber auch in Haigerloch, Bisingen und Rexingen statt. Dabei waren meist Lothar Veas, Karl-Hermann Blickle (1950–2022) und Dr. Norbert Kirchmann für Hechingen, Klaus Schubert (1959–2017) und Helmut Gabeli (1944–2018) für Haigerloch, Werner Kessler (1933–2022) und Gerhard Boos (1941–2018) für Rottweil, Walter Looser-Heidger (1937–2010) und

Gerhard Lempp für Eckerwald, Hubert Dettling, Adolf Hug und Karl-Heinz Geppert für Baisingen.

Uta Hentsch (1939–2016) und Hanne Grunert kamen für das Heimatmuseum in Bisingen.

Ein wichtiger Grundstein für den Gedenkstättenverbund war die 1997 erschienene Broschüre „Möglichkeiten des Erinnerns“, in der wichtige Gedenkorte im Landkreis Rottweil und im Zollernalbkreis vorgestellt wurden.

Damals hatten wir im Rexinger Verein begonnen, zweimal jährlich die „Mitteilungen“ herauszugeben, ein am Anfang ganz bescheidenes Blättchen, das sich aber bald mauserte und von Anfang an auch Einblicke in andere Gedenkstätten in der Region gab. In der Nummer 1 der „Mitteilungen“ wurde z.B. von Karl-Heinz Geppert über die Rettung der Laubhütte in Baisingen als bewegliches Kulturdenkmal berichtet und Werner Kessler schrieb über die Innenrenovierung des ehemaligen Betsaals der jüdischen Gemeinde in Rottweil. Im Veranstaltungskalender wurden von uns in Rexingen schon damals auch Veranstaltungen von anderen Gedenkstätten aufgenommen.

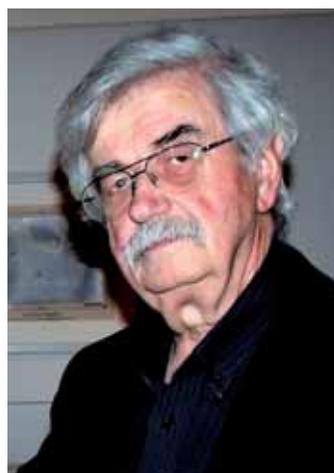
Bald kam von Karl-Hermann Blickle der Wunsch, ob man nicht für alle Gedenkstätten der Region eine regelmäßig erscheinende Publikation



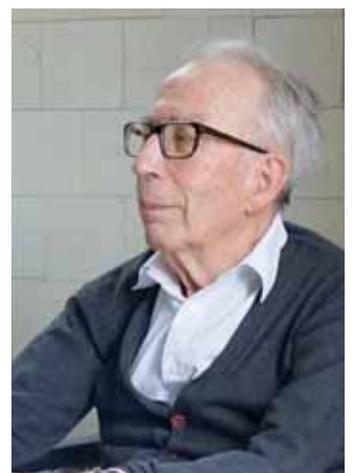
**Karl-Hermann Blickle (1950–2022), Hechingen.**



**Klaus Schubert (1959–2017), Haigerloch.**



**Helmut Gabeli (1944–2018), Haigerloch.**



**Werner Kessler (1933–2022), Rottweil.**



**Gerhard Boos (1933–2022),  
Rottweil.**



**Walter Looser-Heidger (1937–  
2010), Eckerwald.**



**Uta Hentsch (1939–2016),  
Bisingen.**

*Gründungsmitglieder des Gedenkstättenverbundes, die in den letzten Jahren von uns gegangen sind.*

herausgeben könnte. Damals lehnten wir in Rexingen noch ab, weil wir unsere „Mitteilungen“ nicht aufgeben wollten. Gleichzeitig entwickelte sich aber die gemeinsame Zusammenarbeit stark. Im Jahr 2008 organisierten die Synagogengedenkstätten die legendäre Tagung über den jüdischen Viehhandel zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb in Rexingen. Einen ganzen Tag lang trafen sich Mitglieder von Gedenkstätten mit Studierenden, Professoren, Bauern und Viehhändlern und hörten spannende Referate. Am Ende der Tagung erzählte Amos Fröhlich, der aus Israel mit seiner Frau Gila angereist war, über den Aufbau des Viehstalls in Shavei Zion, und Dr. Fredy Kahn berichtete, wie sein Vater Harry Kahn, nachdem er sieben Lager überlebt hatte, 1945 wieder mit dem Viehhandel in Bisingen angefangen hatte und sich gegen alle Widerstände eine neue Existenz erkämpfte.

Wir spürten, dass wir gemeinsam viel bewegen konnten, und so erschien auch 2008 die erste Ausgabe der Gedenkstätten-Rundschau, die noch „Rundschau“ hieß. Sie hatte als Leitthema den 70sten Jahrestag der Pogromnacht 1938 in unserer Region. Den Hauptartikel schrieb Helmut Gabeli aus Haigerloch, der durch seine wissenschaftliche Sorgfalt Grundlagen für unsere Arbeit gelegt hat.

Nun hatten wir eine gemeinsame Publikation. Es fehlte noch die gemeinsame Organisation, die mit dem Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb 2010 gegründet wurde. Dabei waren wir Pioniere in der Vernetzung

in Baden-Württemberg. Die Gedenkstätten-Rundschau ist bis heute eines der wesentlichen Instrumente unserer Arbeit. Sie ist in dieser Form einmalig in der Gedenkstättenlandschaft.

**Ein wichtiger Grund war, neben der Vernetzung der räumlich weit auseinanderliegenden Gedenkstätten neben den seit Jahrzehnten ehrenamtlich Arbeitenden auch vom Land BW bezahlte Stellen zu erhalten. Was konntest Du in Deiner Zeit erreichen?**

Nach der Gründung des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb wurde ich 2012 bei der Jahrestagung der Landesgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen (LAGG) in Mosbach in den Sprecherrat der LAGG gewählt. Klaus Schubert hatte lange Jahre dort die Interessen der Gedenkstätten auch aus unserer Region vertreten.

Ich versuchte die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass viele Gedenkstätten, neben den jährlich zu beantragenden Projektmitteln für Ausstellungen, Homepages und größere Veranstaltungen, ständige Aufgaben haben, die bisher überhaupt nicht beachtet wurden. Dazu gehörte z.B. die Verantwortung für Gebäude, für deren Erhaltung einige Gedenkstätten als Eigentümerinnen geradzustehen haben oder als Mieterinnen monatlich Aufwendungen mit Nebenkosten aufbringen müssen.

Im Sprecherrat fand eine gewisse Demokratisierung statt. Alle Mitglieder des Sprecherrats wurden als gleichberechtigt bestätigt. Die Leitung der Sitzungen des Sprecherrats und die

Protokollierung der Sitzung wurde jetzt reihum nach dem Alphabet festgelegt.

Es wurde durchgesetzt, dass an den Gesprächen mit den Vertretern der Fraktionen des Landtags alle Mitglieder des Sprecherrats teilnehmen konnten.

Auf der Jahrestagung in Mosbach war zum ersten Mal über eine Basisförderung für Gedenkstätten diskutiert worden. Das ging noch relativ einfach. Auf der Jahrestagung der LAGG 2014 in Bad Urach konnte mit dem Einstieg in die Basisförderung den Gedenkstätten ein großes Tor geöffnet werden. Endlich gab es neben der Projektförderung eine ständige Förderung der Gedenkstätten, die ihnen mehr Luft verschaffte. Gegen die Einrichtung von festen, vom Land bezahlten Stellen für kleine und mittlere Gedenkstätten gab es im Sprecherrat jedoch erhebliche Widerstände. Diese Forderung wurde 2014 in Bad Urach mehrheitlich abgelehnt. Es wurde von Ausbeutung gesprochen. Und davon, dass das Hauptamt das Ehrenamt kaputt machen würde.

Ich vertrat auf dieser Tagung im Sprecherrat eine Einzelmeinung, die immerhin im Protokoll festgehalten werden musste.

Eine von mir danach im Sprecherrat vorgeschlagene und mit Unterstützung von Dorothee Roos aus der KZ-Gedenkstätte Neckarelz und von Carola Grasse vom Jüdisches Museum Emmendingen durchgeführte Befragung der Gedenkstätten brachte Ergebnisse zutage, die dann nicht mehr ignoriert werden konnten. Der



*Vier Tagungsbände, die vom Gedenkstättenverbund und seinem Vorläufer herausgegeben wurden.*

Wunsch nach festen, geförderten Stellen wurde in der Befragung gerade von den aktiven Gedenkstätten klar artikuliert. Auf der Jahrestagung 2015 wurde die Förderung von 450-Euro-Stellen dann mehrheitlich gutgeheißen (24 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen). Damit war der Anfang gemacht für den Einstieg in die Unterstützung der ehrenamtlichen Aktiven durch bezahlte hauptamtliche Kräfte. Inzwischen wurden auch von Gedenkstätten, die damals noch gegen die Einrichtung von hauptamtlichen Stellen vehement argumentiert hatten, 450-Euro-Stellen eingerichtet. Und heute wird von einer wachsenden Zahl von Gedenkstätten die Einrichtung von bezahlten halben Stellen an Gedenkstätten gewünscht. Angesichts der wachsenden Anforderungen ist dies dringend notwendig.

Nach der Gründung des Gedenkstättenverbundes erhielten wir vom Land Baden-Württemberg 10.000 Euro pro Jahr für eine Honorarstelle. Diese Stelle konnten wir allmählich ausbauen. Heute können wir eine Geschäftsführerstelle beim Verbund mit 28 Stunden pro Woche finanzieren, womit unserer Arbeit wesentlich gestärkt wird. Die Stelle hat der Tübinger Kulturwissenschaftler und Historiker Dr. Martin Ulmer seit 2012 inne.

**Zehn Jahre hast Du als Erster Vorsitzender die Geschicke der gemeinsamen Arbeit geleitet.**

**Gab es Widerstände zu überwinden und welche Bilanz kannst Du im Laufe Deiner Vorstandsschaft vorweisen?**

Bei der Gründung des Gedenkstättenverbundes hat der Vorstand darum geworben, für seine Arbeit auch eine anteilige Unterstützung durch die Landkreise zu erhalten, in denen unsere Initiativen beheimatet sind. Die Signale vor allem durch den Landrat des Landkreises Freudenstadt, Peter Dombrosky (1945–2022), waren dabei sehr ermutigend. Größere Widerstände kamen damals von den Kreisarchivaren, mit denen wir in Haigerloch einen vertraulichen Meinungsaustausch organisiert hatten. Die Archivare vertraten dabei die Ansicht, die Bewahrung der Geschichte wäre ihre Sache. Es sei nicht sinnvoll, Parallelstrukturen aufzubauen. Deshalb würden sie eine direkte Unterstützung des Gedenkstättenverbundes durch die Landkreise ablehnen.

Diese Meinung lockerte sich jedoch mit der Zeit. Immer wieder konnten wir Projektförderungen durch einzelne Landkreise erreichen. Bernhard Rüth, Kreisarchivar im Landkreis Rottweil bis November 2022, unterstützte immer wieder die Herstellung der Gedenkstätten-Rundschau mit einem Druckkostenzuschuss aus seinem Etat. Dr. Wolfgang Sannwald, Kreisarchivar im Landkreis Tübingen, und Dr. Andreas Zekorn, Kreisarchivar im Zollernalbkreis bis 2022, schrieben größere Artikel in der Rundschau und organisierten dann auch Druckkostenzuschüsse. Dr. Zekorn unterstützte auch den Erwerb und die Übersetzung von vielen Interviews mit ehemaligen Häftlingen der „Wüste“-Lager, die bei der Spielberg-Shoah-Foundation archiviert sind. Sie stehen jetzt den

Gedenkstätten und der Allgemeinheit für weitere Forschung zur Verfügung.

Die Zusammenarbeit hat sich durch solche gemeinsamen Projekte positiv entwickelt und sollte auch mit den neuen Kreisarchivaren weiter gepflegt werden.

Der Aufbau einer Website bestimmte in den ersten beiden Jahren die Arbeit des Gedenkstättenverbundes. Kirsten Timme, die für den Verbund damals auf Honorarbasis arbeitete, leistete dabei Grundlagenarbeit, von der wir noch heute profitieren. Es mussten von allen Mitgliedsinitiativen Bilder und Texte zu ihrer Arbeit angefordert werden. Die Website sollte in einer übersichtlichen Struktur die Angebote ihrer Mitgliedsinitiativen kompakt vorstellen. Ein Schwerpunkt war dabei die Erarbeitung von Materialien für Schülerinnen und Schüler. In den nächsten Jahren soll die Website des Gedenkstättenverbundes grundlegend überarbeitet und neuen Sehgewohnheiten angepasst werden.

Nach der Tagung über den Viehhandel organisierte der Gedenkstättenverbund 2010 in Hechingen die Tagung „Juden in der Textilindustrie“, 2013 in Haigerloch die Tagung: „Vom Cheder zum Campus. Jüdische Bildung in Südwestdeutschland“ und 2017 in Gäufelden-Tailfingen die Tagung: „Der Umgang mit früheren KZ-Außenlagern nach 1945. Perspektiven des Erinnerns heute“. Dazu erschienen jeweils umfangreiche Tagungsbände.

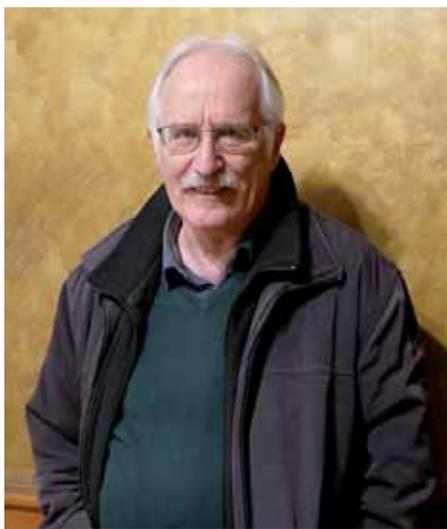
Der Gedenkstättenverbund war der Initiator des großen Forschungspro-



*Grundlagenwerk zur NS-Politik gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern.*

jekts über die Ausgrenzung, Ausraubung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Württemberg und Hohenzollern von 1933 bis 1945, an dem 29 Autorinnen und Autoren mitwirkten. Als Ergebnis wurden 2019 eine grundlegende Buchdokumentation und eine Wanderausstellung vorgelegt, die in Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung entstanden.

Von Oktober 2020 bis Mai 2022 organisierte der Gedenkstättenverbund mit zwei israelischen Partnerorganisationen ein Dokumentations- und Austauschprojekt von deutschen und israelischen Jugendguides über



*Heinz Högerle, aufgenommen von Heide Friederichs anlässlich des Interviews 2022.*

das Schicksal von Kindern in der Shoah. Als Ergebnis konnte eine umfangreiche dreisprachige Website erarbeitet werden, in denen in 32 Bildergeschichten die Schicksale von Kindern beschrieben werden. Das Projekt wurde mit über 98.000 Euro von der Stiftung EVZ und dem Auswärtigen Amt im Rahmen des Programms JUGEND erinnert und von der Stiftung Stuttgarter Lehrhaus – Stiftung für interreligiösen Dialog unterstützt.

**Gab es Unterstützung einzelner Gedenkstätten oder gab es doch viel Überzeugungsarbeit zu leisten?**

Die Mitgliedschaft im Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb liegt in der Entscheidung jeder einzelnen Initiative. Ich denke, alle, die das Projekt mitbegründet haben, haben es durch ihre Mitarbeit im Vorstand, Beirat oder als Autorinnen und Autoren in verschiedenen Publikationen und an verschiedenen Stellen unterstützt. Jeder und jedem ist freigestellt, sich einzubringen. Im Gedenkstättenverbund hat sich die Kenntnis der Mitgliedsinitiativen untereinander stark verbessert. Jedem und jeder muss aber auch klar sein, dass wir alle zusammen den Gedenkstättenverbund bilden und dass jede und jeder etwas dazu beitragen kann, dass wir noch besser werden.

**Welcher maßgebliche Eindruck bleibt Dir nach zehn Jahren als Vorsitzender des GSV.GNA bestehen?**

Mit der Gründung des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb haben wir Pionierarbeit geleistet.

Unsere Arbeit und unser Auftreten führte zur Gründung weiterer Verbände in Baden-Württemberg. Der Erste hat es immer am schwersten. Von dem, was wir errungen haben und von den Erfahrungen, die wir gesammelt haben, konnten die neuen Verbände profitieren.

Es hat sich gezeigt, dass Vernetzung und Zusammenarbeit nach außen und innen wirkt und sich lohnt. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die einzelnen Mitgliedsinitiativen an ihrem Ort lebendige Arbeit leisten. Das ist die Grundlage, die stets gehegt und gepflegt werden muss.

**Weiterhin bleibst Du als Zweiter Vorsitzender dem Gedenkstättenverbund erhalten, nachdem im März 2022 Dr. Michael Walther zum Ersten Vorsitzenden gewählt worden ist.**

**Worin siehst Du jetzt Deine Tätigkeit im Verbund?**

Mein Schwerpunkt wird in der Betreuung der Gedenkstätten-Rundschau liegen. Darüber hinaus möchte ich den Vorstand in den vielen Bereichen unterstützen, in denen eine Modernisierung ansteht, und die Verjüngung unseres Leitungsgremiums mit dem neuen Vorsitzenden Dr. Michael Walther voranbringen.

**Neben Deiner Arbeit im Gedenkstättenverbund bist Du zusammen mit Deiner Frau sehr aktiv in zwei Gedenkstätten: der Ehemaligen Synagoge in Rexingen und dem Museum Jüdischer Betsaal in Horb. Die Arbeit geht also keineswegs aus.**

**Wo siehst Du künftig Deine Schwerpunkte in der Gedenkstättenarbeit?**

Der Rexinger Verein steht vor einem Generationswechsel, der verantwortungsvoll organisiert werden muss. Wir versuchen gerade, eine Verjüngung in der Leitungsebene zu erreichen. Die Arbeit soll von mehreren Schultern getragen werden. Dazu gehört, Wissen weiterzugeben und Verantwortung abzugeben. Wir brauchen mindestens eine halbe bezahlte Stelle, die die viele ehrenamtliche Arbeit entlastet. Dazu benötigen wir die Unterstützung vom Land, vom Kreis Freudenstadt und von der Stadt Horb.

In den nächsten Jahren muss auch der Bestand an Dokumenten, Abbildungen und Gegenständen, die der Verein angesammelt hat, dauerhaft für die Zukunft gesichert werden. Die vielen Kontakte zu jüdischen Familien in aller Welt als eine Grundlage unserer Arbeit müssen weiterentwickelt und an die nächsten Generationen weitergegeben werden.

**Heide Friederichs: Alle VertreterInnen der Mitgliedsinitiativen des Gedenkstättenverbundes sprechen Dir großen Dank für Deine zukunftsweisende Arbeit für die Gedenkstätten aus.**

# Zum hundertsten Geburtstag von Tadeusz Borowski, Häftling im KZ Dautmergen

Renate Greve, Initiative Eckerwald

„Ich überlebte, die Toten bleiben stumm“. Tadeusz Borowski überlebte in der Tat, er überlebte die „Hölle von Dautmergen“ bzw. die „Knochenmühle“, wie dieses Konzentrationslager am Fuße der Schwäbischen Alb von den Häftlingen oft bezeichnet worden war.

Am 12. November 1922 wurde er als Pole in Schytomyr (Ukraine) geboren. Bereits seine Eltern waren als verfolgte Kommunisten getrennt nach Sibirien und Karelien deportiert worden. Nach ihrer Rückkehr lebten sie in schwierigsten Verhältnissen in Warschau. Tadeusz konnte jedoch seiner Begabung gemäß in einem geheimen Warschauer Untergrundgymnasium sein Abitur machen und auch ein Studium der Polonistik an einer gleichfalls geheimen Untergrund-Universität aufnehmen. In dieser Zeit verfasste er bereits Gedichte und Kurzgeschichten. 1943 wurde er verhaftet und nach Auschwitz, von dort ins KZ Dautmergen und bald danach ins KZ Dachau deportiert, wo er am 1. Mai 1945 von amerikanischen Soldaten befreit wurde.

Wer weiß aber, dass ein junger



polnischer Dichter hier in den Ölschieferwerken schuftete und als einer der Ersten die apokalyptischen Erfahrungen der KZ-Lager literarisch zu verarbeiten suchte? Danach war ihm die Lyrik abhanden gekommen; er konnte nun nur noch in einer strengen, manchmal sarkastischen Prosa schreiben, anders konnte er die entmenslichten Erfahrungen nicht ausdrücken (ganz im Sinne von Th.W. Adorno, dass nach Auschwitz kein Gedicht mehr geschrieben werden könne). Er musste „neue Wortgefüge ersinnen“, wie er sagte,

in die alten Worthülsen passte nicht mehr der schreckliche Inhalt. Trotzdem konnte er nicht weiterleben. Er nahm sich das Leben. Er starb am 3. Juli 1951 achtundzwanzigjährig.

Auch ein zweiter Holocaust-Überlebender und berühmt gewordener Schriftsteller, der Italiener und jüdische Chemiker Primo Levi, bezeugt in seinem autobiografischen Bericht „Ist das ein Mensch?“ die Gräueltaten von Auschwitz. Wenn auch nicht endgültig geklärt, so liegt es doch im Bereich des Möglichen, dass auch er Suicid beging, allerdings erst mit 68 Jahren. Beide, Borowski und Levi litten an ihrer „Überlebensschuld“. Sie mussten mit ihren Erinnerungen an diejenigen kämpfen, die ermordet und nicht gerettet werden konnten.

Tadeusz Borowski, der junge polnische Dichter, konnte sein Überleben angesichts des unermesslichen Schmerzes seiner toten Mitgefangenen nur wenige Jahre ertragen, seine Schuldgefühle trieben ihn die existentielle Sackgasse, er musste den Freitod wählen: „Ich überlebte, die Toten sind stumm.“

## VOR 90 JAHREN



## GENERALSTREIK IN MÖSSINGEN

Eine Ausstellung der Stadt Mössingen vom 27. Januar bis 17. Dezember 2023 im Museum Kulturscheune, 72116 Mössingen, Brunnenstr. 3/1  
Öffnungszeiten: Mittwoch 14 bis 22 Uhr. Sonntag 14 bis 18 Uhr.

Die Ausstellung „Vor 90 Jahren – Generalstreik in Mössingen“ beleuchtet den 31. Januar 1933 in Mössingen. An diesem Tag waren in dem gut 4.000 Einwohner zählenden Ort im Steinlachtal 800 Personen auf die Straße gegangen, um gegen die Machtübernahme Hitlers zu protestieren.

Die drei großen Fabriken des Ortes sollten bestreikt werden. Der Streikaufruf war reichsweit erfolgt, aber eine vergleichbare Aktion ist von nirgendwo bekannt. Das Mössinger Generalstreik blieb isoliert und wurde am Nachmittag durch Reutlinger Polizei aufgelöst. 80 Teilnehmer wurden zu Haftstrafen verurteilt.

Die Ausstellung zeigt Vorgeschichte, Ereignisse und Folgen des 31. Januar 1933 und gibt auch Antworten auf die Frage: Warum kam es gerade in Mössingen zu einer Aktion?

# Veranstaltungen im Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb



<p>Sonntag, 23. April 2023, 10.00 Uhr beim Mahnmal in der Gedenkstätte im Eckerwald</p>	<p><b>Gedenkfeier: Erinnern öffnet Weg in eine demokratische Zukunft.</b> Angehörige der KZ-Opfer berichten über ihre Erfahrungen mit ihren Vätern und Großvätern und ihr Leben nach dem Zweiten Weltkrieg. Frau <b>Muhterem Aras</b>, Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, wird anwesend sein und auf der Gedenkfeier sprechen.</p>
<p>Sonntag, 23. April 2023, 15.00 Uhr Treffpunkt: Münzgasse 13, Tübingen</p>	<p><b>Stadtführung</b> im Rahmen der Veranstaltungsreihe „2023-1933. Vor 90 Jahren: Machtübernahme der Nationalsozialisten in Tübingen“ Veranstalter: <b>Junge Geschichtswerkstatt Tübingen</b>.</p>
<p>Montag, 24. April 2023, 19.00 Uhr Alte Anatomie, Österbergstraße 3, Tübingen</p>	<p>Vortrag von <b>Benigna Schönhagen</b> und <b>Stefan Wannewetsch</b>, Tübingen: <b>Von der Armen- zur Rassenanatomie. Das Tübinger Beispiel.</b> Im Rahmen der <b>Ausstellung: Entgrenzte Anatomie. Eine Tübinger Wissenschaft und der Nationalsozialismus.</b> <b>Ausstellung bis 30. Sept. 2023. Geöffnet: Mo. bis Fr. von 10 bis 17 Uhr.</b></p>
<p>Freitag, 28. April 2023, 20.00 Uhr Alte Synagoge Hechingen</p>	<p>Vortrag von <b>Micha Giese</b>, Pädagoge, Regisseur, Schauspieler aus Tübingen: <b>Varian Fry – amerikanischer Fluchthelfer in Marseille 1940/41.</b> Lisa Fittko, Hannah Arendt, Franz Werfel ... vielen ermöglichte Varian Fry die Flucht.</p>
<p>Sonntag, 30. April 2023, 14.00 Uhr Treffpunkt vor der Ehemalige Synagoge in Haigerloch</p>	<p><b>Führung mit Margarete Kollmar auf dem Jüdischen Friedhof und zur Mikwe.</b> Festes Schuhwerk wird dringend empfohlen, männliche Teilnehmer werden gebeten, eine Kopfbedeckung zu tragen.</p>
<p>Donnerstag, 4. Mai 2023, 19.00 Uhr Museum Jüdischer Betsaal Horb</p>	<p><b>Filmvorführung des Joseph-Schmidt-Films „Ein Lied geht um die Welt“.</b> Mit Ausstellungskurator <b>Carsten Eichenberger</b>, Haus der Heimat in Stuttgart.</p>
<p>Freitag, 5. Mai 2023, ab 14.00 Uhr Alte Synagoge Hechingen</p>	<p><b>Elie Wiesels Buch „Die Nacht“</b> ist eines der bekanntesten Zeugnisse des Holocaust. <b>Schülerinnen und Schüler des Beruflichen Schulzentrums Hechingen lesen das ganze Buch in der Neuübersetzung von 2022 bis in den Abend.</b> Zur jeweils vollen Stunde kann man dazu kommen.</p>
<p>Montag, 8. Mai 2023, 19.00 Uhr Alte Anatomie, Tübingen</p>	<p>Vortrag von <b>Sabrina Müller</b>, Stuttgart: <b>Opfer der NS-Strafjustiz und der Gestapo</b></p>
<p>Mittwoch, 10. Mai 2023, 19.00 Uhr Rathausaal, Rathaus Tübingen</p>	<p><b>Podiumsgespräch: Vor 90 Jahren: Zerstörte Demokratie. Heute: Bedrohte Demokratie. Was folgt daraus?</b> Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „2023-1933. Vor 90 Jahren: Machtübernahme der Nationalsozialisten in Tübingen“ Mit <b>Sibylle Thelen</b>, Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung, <b>Dr. Barbara Hanke</b>, Institut für Geschichtsdidaktik und Public History an der Universität Tübingen, <b>Boris Palmer</b>, Oberbürgermeister, und <b>Dr. Martin Ulmer</b>, Geschichtswerkstatt Tübingen. <b>Moderation Anette Hübsch.</b> Die Veranstaltung wird auch auf Youtube live übertragen und aufgezeichnet: <a href="http://www.youtube.com/Tuebingen001">www.youtube.com/Tuebingen001</a>.</p>
<p>Donnerstag, 11. Mai 2023, 19.30 Uhr Alte Synagoge Hechingen</p>	<p><b>10. Klang-Labor Hechingen Festival „Wolfgang feiert“</b> <b>„Wolfgang... mit viel Ausdruck“</b> Am Eröffnungskonzert erklingt Mozarts berühmtes Quartett C-Dur für Flöte, Violine, Viola und Violoncello, KV Anh 171 und ein selten gehörtes Fragment eines Quintetts für Klarinette und Streichquartett in B-Dur. Ebenfalls interpretieren die Musiker:innen des renommierten Elliot-Quartetts an diesem Abend Joseph Haydns „Reiterquartett“ op.74 Nr.3. Tickets gibt es per Mail, <a href="mailto:tickets@klanglabor-hechingen.de">tickets@klanglabor-hechingen.de</a>, per Telefon 07477/8611 oder unter <a href="http://www.klanglabor-hechingen.de">www.klanglabor-hechingen.de</a></p>
<p>Freitag, 12. Mai 2023, 18.00 Uhr Europasaal der Stadthalle Hechingen</p>	<p><b>„Wolfgang tanzt...“</b> Drei Monate lang haben rund 250 Schülerinnen und Schüler der fünf Klang-Labor Partnerschulen und des Jugendzentrums mit der Tübinger Choreografin und Sportpädagogin <b>Susanne Pape-Kramer</b> eine Tanz-Performance zu Mozarts Sinfonie Nr. 40 g-moll erarbeitet. Mit dabei sind Tänzer:innen des Staatsballett Zürich und die Gruppe „Schleudergang“ aus Tübingen. Eintritt frei. Anmeldung über <a href="mailto:tickets@klanglabor-hechingen.de">tickets@klanglabor-hechingen.de</a> dringend empfohlen.</p>
<p>Samstag, 13. Mai 2023, 19.30 Uhr Alte Synagoge Hechingen</p>	<p><b>„Wolfgang's Gala-Abend“</b> Mit <b>Mezzo-Sopranistin Diana Haller</b>; <b>Clemens Müller</b>, Klavier; <b>Raphaël Schenkel</b>, Klarinette</p>

Sonntag, 14. Mai 2023, 11.00 Uhr Alte Synagoge Hechingen	„Wolfgang trifft Ludwig“ Die Quintette für Bläser und Klavier von Mozart und Beethoven. Mit Fernando Martinez Zavala, Oboe; Raphaël Schenkel, Klarinette; Kenichie Furuya, Fagott; Daniel Lohmüller, Horn; Clemens Müller, Klavier; Rudolf Guckesberger, Sprecher.
Montag, 22. Mai 2023, 18.00 Uhr Museum Bisingen	Jahreshauptversammlung des Vereins Gedenkstätten KZ Bisingen. Es wird der neue Ausstellungskatalog des Museums vorgestellt.
Mittwoch, 25. Mai 2023, 19.00 Uhr Friedhofskirche Balingen	Vernissage zur Ausstellung: „Balingen Gedenkkultur: Kriegerdenkmal und Ehrengräber auf dem Balingen Friedhof“ mit einem Vortrag von Dr. Michael Walther. Die Ausstellung wurde erarbeitet vom Arbeitskreis Wüste-Balingen in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Friedhofskirche Balingen e.V. Öffnungszeiten nach der Vernissage vom 26.5 – 30.7.2023; täglich 9-18 Uhr. Der Eintritt ist frei.
Sonntag, 28. Mai 2023, 14–17 Uhr Museum Jüdischer Betsaal Horb	Finissage der Ausstellung „Sein Lied ging um die Welt. Auf den Spuren des jüdischen Tenors Joseph Schmidt“. Mit den Kuratoren Carsten Eichenberger und Alfred Fassbind.
Sonntag, 11. Juni 2023, ab 14 Uhr Ehemalige Synagoge Rexingen	Büchereifest der Arnold und Friederike Isenberg Bibliothek mit Lesungen, Buchflohmarkt, Kaffee und Kuchen und kalten Getränken.
Montag, 19. Juni 2023, 19.00 Uhr Alte Anatomie Tübingen	Vortrag von Michael von Cranach, München: Verpasster Neuanfang 1945. Die vergessenen Opfer der nationalsozialistischen Krankenmorde.
Freitag, 23. Juni 2023, 20.00 Uhr Projekt Zukunft im Kloster in Horb	Volker Mall, Vorstandsmitglied im Verein KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen, stellt sein Buch „Wir waren Menschen zweiter Klasse“ – Die Geschichte der 1040 von Athen nach Deutschland deportierten Griechen vor. Zur Lesung spielt der Bouzouki-Spieler Nikos Hatziliadis Musik von Theodorakis.
Sonntag, 16. Juli 2023, ab 10 Uhr Treffpunkt: KZ-Friedhof Schörzingen	Exkursion des Gedenkstättenverbunds zu den früheren KZ-Orten Schörzingen, Eckerwald und Schömberg/Dautmergen. Begehung des Gedenkpfads Eckerwald und Besuch des KZ-Friedhofs und Lernorts Schömberg/Dautmergen. Nach dem Mittagessen in Schömberg ab 14 Uhr Besuch des ehemaligen Dölf-Geländes in Schömberg und des Dormettinger Gedächtnispfads. Anmeldung bei Martin Ulmer: ulmer@gedenkstaettenverbund-gna.org
Montag, 17. Juli 2023, 19.00 Uhr Alte Anatomie, Tübingen	Vortrag von Jens Kolata, Frankfurt am Main: Die Verfolgung von „Asozialen“ im Nationalsozialismus in Württemberg und Hohenzollern
Samstag, 22. Juli 2023, 14–18 Uhr im Alten Rathaus Mössingen	„Nachmittag der Offenen Tür“ in der „Forschungs- und Archivstelle Artur und Felix Löwenstein“ im Alten Rathaus Mössingen (Rathof 2)
Sonntag, 23. Juli 2023, 11–12.30 Uhr. Museum Kulturscheune, Mössingen	Matinee in Mössingen: „Ich war noch keine zehn Jahre alt, als Hitler an die Macht kam“ (Harold Livingston) Eine Lesung aus Texten von Harold Livingston, Sohn von Flora und Artur Löwenstein, die die Pausa mitbegründeten
Sonntag, 23. Juli 2023, 17.00 Uhr Ehemalige Synagoge Rexingen	Einführungsveranstaltung zur Ausstellung: „Wir wollten ein neues Leben für uns selbst und für unsere Kinder“. Emigration ins britische Mandatsgebiet Palästina im 19. und 20. Jahrhundert. Die Ausstellung ist ab Samstag, 29. Juli 2023 bis Sonntag, 28. Januar 2024 samstags und sonntags von 14 bis 17 Uhr im Museum Jüdischer Betsaal Horb zu sehen.
Sonntag, 3. Sept. 2023, 14.00 Uhr Treffpunkt vor der Ehemalige Synagoge in Haigerloch	Führung mit Helmut Opferkuch. Rundgang zu Gebäuden, die für die jüdische Geschichte der Stadt eine wichtige Bedeutung hatten. Zum Abschluss wird die Dauerausstellung in der ehemaligen Synagoge besucht.
Sonntag, 3. Sept. 2023, 14.00 Uhr Ehemalige Synagoge Rexingen	Führung auf dem Jüdischen Themenweg von der Ehemaligen Synagoge bis zum Jüdischen Friedhof.
Sonntag, 3. Sept. 2023, 15.00 Uhr Jüdischer Friedhof Wankheim	Führung auf dem jüdischen Friedhof. Veranstalter: Geschichtswerkstatt Tübingen in Kooperation mit dem Förderverein für jüdische Kultur Tübingen.
Samstag, 16. Sept. 2023 Treffpunkt: Museum Bisingen	Der Verein Gedenkstätten KZ Bisingen bietet 2023 eine Exkursion zum DDR-Museum in Pforzheim an. Wer daran teilnehmen möchte, wende sich an den Vorstand des Vereins: DieterGrupp@aol.com
Dienstag, 3. Okt. 2023, 10.00 Uhr in der Gedenkstätte im Eckerwald	Stationentheater: Kein Tag, an dem sie nicht tote Häftlinge ins Lager tragen. Auf der Grundlage eines Gesprächs, das Mitglieder der Initiative Gedenkstätte Eckerwald 1987 mit einer Zeitzeugin führten, hat Gerhard Lempp den Text zum Theater entworfen. Als junge Bäuerin hat sie Szenen des Terrors an den Gefangenen erlebt.

## Die Gedenkstätten-Rundschau wird herausgegeben von

### Arbeitskreis „Wüste“ Balingen

c/o Dr. Michael Walther  
Bergstraße 45, 72160 Horb  
Telefon: 0174 302 961  
Web: www.akwueste.de  
Email: info@akwueste.de



### Gedenkstätten KZ Bisingen

Öffnungszeiten des Museums in 72406 Bisingen, Kirchgasse 15: So. 14.00–17.00  
Informationen zur Ausstellung und zum Geschichtslehrpfad: Bürgermeisteramt Bisingen, Tel. 074 76/89 61 31  
Fax 074 76/89 61 50  
https://museum-bisingen.de



### KZ-Gedenkstätten Eckerwald/Schörzingen und Dautmergen-Schömbreg

Initiative Eckerwald. Führungen nach Vereinbarung. www.eckerwald.de  
Kontakt über Brigitta Marquart-Schad, Bergstraße 18, 78586 Deilingen.  
Tel. 074 26/88 87  
Email: ms.brigitta@web.de



### Ehemalige Synagoge Haigerloch

Gustav-Spier-Platz 1, 72401 Haigerloch  
Öffnungszeiten: Sa., So. 11.00–17.00  
Do. 14.00–17.00 (nur 1. April bis 31. Okt.)  
Führungen nach Vereinbarung über  
Tourismusbüro Haigerloch 074 74/697-27  
oder Gesprächskreis ehemalige Synagoge Haigerloch e.V., Helmut Opferkuch 074 76/27 59, Helmut.Opferkuch@gmx.de  
www.synagoge-haigerloch.de  
synagoge-haigerloch@web.de



### KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen

Ausstellungs- und Dokumentationszentrum im Rathaus Gäufelden-Tailfingen.  
Geöffnet: So. 15.00–17.00  
Führungen anfragen: fuehrungen@kz-gedenkstaette-hailfingen-tailfingen.de  
Kontaktadresse: Walter Kinkelin  
Schlehenweg 33, 71126 Gäufelden,  
Tel. 070 32/7 62 31



### Alte Synagoge Hechingen

Goldschmiedstraße 20, 72379 Hechingen  
Öffnungszeiten: Sonntag 14 bis 17 Uhr,  
Führungen nach Vereinbarung  
Initiative Hechinger Synagoge e.V.  
Heiligkreuzstr. 55, 72379 Hechingen  
Tel. 074 71 / 66 28  
info@alte-synagoge-hechingen.de  
www.alte-synagoge-hechingen.de



### Jüdischer Betsaal Horb – Museum

Fürstabt-Gerbert-Str. 2, 72160 Horb a.N.  
Öffnungszeiten: Sa. und So. 14.00–17.00  
oder nach Vereinbarung:  
Tel. 074 51 / 62 06 89. Postanschrift:  
Stiftung Jüdischer Betsaal Horb,  
Bergstraße 45, 72160 Horb a.N.  
www.ehemalige-synagoge-rexingen.de



### Stauffenberg Gedenkstätte Lautlingen

Stauffenberg-Schloss, 72459 Albstadt Lautlingen. Öffnungszeiten: Mi., Sa., So. und an Feiertagen 14.00–17.00 und nach Vereinbarung.  
Information: 0 74 31/76 31 03  
(Museum während der Öffnungszeiten),  
0 74 31/60 41 und 0 74 31/160-14 91



### Löwenstein-Forschungsverein Mössingen

Vorstand: Irene Scherer  
Rietsweg 2, 72116 Mössingen-Talheim  
Tel. 074 73/227 50, Fax. 074 73/2 41 66  
E-Mail: scherer@talheimer.de



### Ehemalige Synagoge Rexingen

Freudenstädter Str. 16, 72160 Horb-Rexingen. Geöffnet: So. 14.00–17.00 Uhr.  
Führungen nach Vereinbarung.  
Synagoge Rexingen e.V., Bergstr. 45,  
72160 Horb a.N. – Tel. 0 74 51/62 06 89  
www.ehemalige-synagoge-rexingen.de



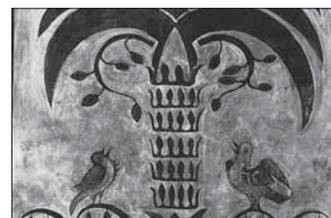
### Gedenkstätte Synagoge Rottenburg-Baisingen

Kaiserstr. 59a (»Judengässle«),  
72108 Rottenburg-Baisingen.  
Geöffnet: So. 14.00–16.00. Gruppen nach Vereinbarung. Info und Postanschrift: Ortschaftsverwaltung Baisingen.  
Tel.: 074 57/69 65-02, Fax 69 65-56, baisingen@rottenburg.de.  
Stadtarchiv und Museen Rottenburg, PF 29, 72101 Rottenburg.  
Tel. 074 72/165-351, Fax 165-392, museen@rottenburg.de, www.rottenburg.de



### Ehemalige Synagoge Rottweil

Kameralamtsgasse 6, 78628 Rottweil  
Verein Ehemalige Synagoge Rottweil e.V.  
Barbara Haller, Hauptstraße 39  
78628 Rottweil. Tel. 0741/8303  
email: Ehem.Synagoge-RW-eV@t-online.de  
www.ehemalige-synagoge-rottweil.de



### Geschichtswerkstatt Tübingen – Denkmal Synagogenplatz

Gartenstrasse 33, 72074 Tübingen  
rund um die Uhr geöffnet. Führung nach Vereinbarung. Geschichtswerkstatt Tübingen e.V., Lammstr. 10, 72072 Tübingen,  
Tel. 070 71/237 70, e-mail: info@geschichtswerkstatt-tuebingen.de  
www.geschichtswerkstatt-tuebingen.de



### Impressum

Redaktion und Gestaltung  
Verlagsbüro Högerle, Bergstraße 45  
72160 Horb, Tel. 074 51/62 06 89.  
Email: verlagsbuero@t-online.de

Gefördert durch



**lpb**

Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg